



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Spoiling in Peacemaking.  
Die HDZ und die HVIDRA als Spielverderber  
in Post-Dayton Bosnien und Herzegowina“

Verfasserin

**Barbara Boreta**

angestrebter akademischer Grad

**Magister der Philosophie (Mag. phil.)**

Wien, im Oktober 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: O.Univ.Prof. Dr. Peter Gerlich

## **Eidesstaatliche Erklärung**

Hiermit erkläre ich eidesstattlich, dass ich die vorliegende Diplomarbeit nur mit der Hilfe der angegebenen Literatur erfasst habe. Die aus dem schriftlichen gedruckten, sowie ungedruckten Quellen und aus dem Internet verwendeten Konzepte und Begriffe wurden gemäß der Richtlinien wissenschaftlicher Arbeiten übernommen und zitiert. Alle wörtlich und inhaltlich zitierten Formulierungen wurden durch Fußnoten oder genaue Quellenangabe gekennzeichnet.

Wien, 29.10.2009

Unterschrift:

Barbara Boreta

An dieser Stelle möchte ich mich bei folgenden Personen für ihre großartige Unterstützung bedanken:

- O. Univ.-Prof. Dr. Peter Gerlich für die hervorragende Betreuung,
- meiner Mutter, für ihre mentale Unterstützung und ihre bedingungslose Liebe;
- meiner Familie im Allgemeinen.

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	5
Herleitung der Hypothese .....	7
Aufbau .....	11
Methode.....	14
1. Der Formwandel des Krieges .....	15
1.1. Die begriffliche Klassifizierung.....	15
1.2. Die neuen Kriege.....	17
1.2.1. Die Gewaltakteure.....	19
1.2.2. Die Gewaltstrategien.....	23
1.2.3. Die Gewaltökonomie.....	26
1.2.4. Gewaltmotive .....	28
2. Spoiling und seine Auswirkung auf den Friedensprozess.....	31
2.1. Der Begriff des Spoilers .....	32
2.1.1. Die Position des <i>Spoilers</i> im Friedensprozess .....	33
2.1.2. Die Typologie der <i>Spoilers</i> – das <i>Motivation-based</i> Modell .....	35
2.2. Präzisierungsversuch .....	37
2.3. Motivationen der Spielverderber .....	41
2.4. Der Custodian of Peace .....	45
3. Implikationen des Formwandels des Krieges für das Auftauchen der Spoilers .....	51
3.1. Implikationen der Privatisierung der Gewaltakteure.....	52
3.2. Implikationen der Brutalisierung der Gewaltstrategien.....	53

3.3.	Implikationen der Kriminalisierung der Gewaltökonomie .....	54
3.4.	Implikationen der Ökonomisierung der Gewaltmotive .....	55
3.5.	Implikationen der Asymmetrie.....	56
4.	Fallbeispiel: Bosnien und Herzegowina .....	58
4.1.	Bosnienkrieg – Fallstudie des neuen Krieges .....	58
4.1.1.	Die Gewaltakteure.....	59
4.1.2.	Die Gewaltstrategien.....	68
4.1.3.	Die Gewaltmotive.....	71
4.1.4.	Die Gewaltökonomie.....	74
5.	Das Dayton-Abkommen .....	78
5.1.	Die Bestimmungen des Abkommens.....	78
5.2.	Kritik am Dayton-Abkommen .....	84
6.	Spoilers im Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina .....	88
6.1.	Implikationen der spezifischen Kriegsbedingungen für die <i>Spoilers</i> in Bosnien .....	88
6.2.	Motive der Spielverderber .....	93
6.3.	Ziele der Spielverderber .....	97
6.4.	Intrumente der Spielverderber .....	99
6.5.	Spoiler-Management in Bosnien und Herzegowina.....	107
6.6.	Schwächung der Gewaltökonomie.....	113
6.7.	Kritik am Spoilers-Management.....	119
	Fazit .....	126
	Literaturverzeichnis.....	130
	Dokumente der internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen .....	137
	Internetquellen.....	141

## Einleitung

„Our record of success in mediating and implementing peace agreements is sadly blemished by some devastating failures. Indeed, several of the most violent and tragic episodes of the 1990s occurred after the negotiation of peace agreements [...]. Roughly half of all countries that emerge from war lapse back into violence within five years. These two points drive home the message: if we are going to prevent conflict we must ensure that peace agreements are implemented in a sustained and sustainable manner.”<sup>1</sup>

Viele Waffenstillstände und Friedensabkommen in Bürgerkriegen sind zunächst nicht erfolgreich und bilden nur einen Zwischenstopp in Kriegshandlungen, die oft danach ein größeres Ausmaß erreichen. Manche Friedensprozesse werden endlos in die Länge gezogen: lange Verhandlungen, in denen Zugeständnisse nur selten vorkommen. Sogar wenn die Parteien es schaffen, ein Friedensabkommen zu unterschreiben, stolpern sie öfter über die Implementierungsphase. Die großen finanziellen sowie menschlichen Kosten des gescheiterten Friedensprozesses haben seine Konsolidierung und Implementierungsdrohungen zum Hauptbereich der Friedensforscher gemacht.

In meinem Projekt befasse ich mich mit Phänomenen, die die Lösung eines Konfliktes behindern, nämlich denen von *Spoling* und *Spoilers*: Gruppen und Taktiken, die aktiv versuchen, den Friedensprozess zu behindern, aufzuhalten beziehungsweise zu unterminieren. Sie verfügen dabei über zahlreiche Ziele, Motivationen und Strategien.

Die Vorstellungen vom Erfolg und Scheitern des Konfliktmanagements und deren Bewältigung wurden in den letzten Jahren in die Richtung der langwierigen Friedensprozesse verschoben, die eine Verhandlungskultur ausweisen, aber oftmals in keiner Lösung des Konfliktes terminieren. Obwohl nach dem Ende des Kalten Krieges bedeutsame Erfolge im Bereich der Friedensschaffung stattgefunden haben, wurde klar, dass die traditionelle Durchführung des Friedensprozesses in Frage gestellt sein sollte. Tatsächlich gab es mehrere bemerkenswerte Fehlversuche und sogar dort, wo der Friedensprozess scheinbar erfolgreich durchgelaufen ist (wie im Nahen Osten beziehungsweise in Nordirland), tauchten Probleme in der

---

<sup>1</sup> UN Secretary General (2005): In Larger Freedom: Towards Development, Security and Human Rights for All, New York, United Nations, § 114, <http://www.un.org/largerfreedom/chap3.htm>, Zugriff am 05.07.2009.

Implementierungsphase auf. Darüber hinaus verstehen die Friedensforscher die Komplexität der Konfliktmotivationen und der Aufrechterhaltung des Friedensprozesses immer besser, was sie zu Schlussfolgerungen gebracht hat, wie der Friedensprozess aussehen sollte. Der liberale Frieden gilt jetzt für das Ziel jedes Friedensprozesses. Das geplante Resultat soll Demokratie, freien und globalisierten Markt, Sicherung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung beinhalten. Wenn die Akteure eines Konfliktes gegen eines dieser Ziele vortreten und dadurch versuchen den Friedensprozess zu unterminieren, können sie als *Spoilers* bezeichnet werden.

Da wo es ein Friedensprozess zu unterminieren gibt, tauchen auch die Spielverderber auf. In jedem Akteur des Krieges steckt die Fähigkeit zu *Spoiling*. Allerdings ist die Rückkehr zu offenen Gewalthandlungen genau so selten das Ziel, wie die Implementierung des Friedensabkommens.

Obwohl die Anwesenheit einer transnationalen Autorität zur Lösung eines Konfliktes nicht unerlässlich ist, schließen die Kriegsakteure nur selten einen Frieden aus eigener Initiative. Ein *Custodian of Peace* ist ein Vertreter der internationalen Gemeinschaft, dessen Rolle sich nicht nur auf die Vermittlung zwischen den Gesprächspartnern beschränkt. Zu seinen Aufgaben gehört auch die Wahl der Akteure, die bereit sind, im guten Willen für die Transformation vom Krieg zum Frieden zu verhandeln.

## Herleitung der Hypothese

In der letzten Zeit scheitern viele Friedensabkommen und Waffenruhen schon innerhalb der ersten fünf Jahre nach ihrer Unterzeichnung und führen zur Erneuerung der Feindseligkeiten sowie erneutem Ausbruch beziehungsweise zur Eskalation der Gewalt. Die Erklärungen, die die Literatur für das Scheitern des Friedensprozesses anbietet, sind meiner Meinung nach nicht vollständig.

Downs and Stedman weisen darauf hin, dass eine erfolgreiche Friedenskonsolidierung von der Einbeziehung aller relevanten Parteien, der Bereitstellung für die Friedensimplementierung unerlässlicher Ressourcen, sowie der Bereitschaft der Parteien, das Leben ihrer Soldaten zu riskieren abhängt.<sup>2</sup>

Die Fachliteratur liefert auch mehrere friedenskonsolidierende Maßnahmen, die sich nach dem Ende des 2. Weltkrieges entwickelt haben. Einige dieser Maßnahmen dienen der Bearbeitung der sicherheitspolitischen Problemzone und zielen auf die Wiedereinrichtung des Gewaltmonopols in den Institutionen des Staates. Dazu gehören Überwachung des Waffenstillstandes, sowie Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DD&R). Andere Maßnahmen werden zur Bearbeitung des politischen Problemfeldes entwickelt und befassen sich mit dem Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen. Wieder andere friedenskonsolidierende Maßnahmen beziehen sich auf die Bearbeitung des psychosozialen Problemfeldes und zielen auf die Durchführung eines Aussöhnungsprozesses zwischen Gewaltakteuren. Schließlich dienen einige dieser Maßnahmen der Bearbeitung des sozioökonomischen Problemkreises von Nachkriegssituationen und zielen auf die Verbesserung der sozioökonomischen Lage der gesamten Bevölkerung, im Besonderen der ehemaligen Kombattanten.<sup>3</sup>

Diese Ansätze haben sich in den letzten zwanzig Jahren nur als teilweise erfolgreich erwiesen. Meiner Ansicht nach liegt es an der fehlenden Berücksichtigung der Spezifika der neuen Kriege.

---

<sup>2</sup> Vgl. Downs, George/Stedman, Stephen John (2002): Evaluation Issues in Peace Implementation, In: Stedman, Stephen John/Rotchild, Donald/Cousens, Elizabeth M. (2002): Ending Civil Wars. The Implementation of Peace Agreements, Boulder, Lynne Rienner Publishers, S. 58.

<sup>3</sup> Vgl. Heupel, Monika (2005): Friedenskonsolidierung im Zeitalter der „neuen Kriege“, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 22f.



Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts haben sich die Auseinandersetzungen dem Typus der so genannten neuen Kriege angenähert, die einen ethnopolitischen Charakter aufweisen. Es heißt nicht, dass diese die klassischen Bürgerkriege und Staatenkriege einfach ersetzt haben. Es erfolgte ein langer und vielschichtiger Formwandelprozess, in dem sich vier Hauptdimensionen des Krieges verändert haben: Gewaltakteure, Gewaltmotive, Gewaltstrategien und Gewaltökonomie.

Das Ziel dieser Arbeit ist zu erforschen, inwiefern diese Veränderungen einen Einfluss auf die Entstehung und das Auftauchen der so genannten *Spoilers* haben, da meiner Ansicht nach der Erfolg beziehungsweise das Scheitern der Friedenskonsolidierung im Kontext der neuen Kriege maßgeblich vom Einsatz effektiver Strategien zur Schwächung der *Spoilers* beziehungsweise dem Versäumnis solcher Strategien abhängt. Eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass die oben genannten friedenskonsolidierenden Maßnahmen überhaupt implementiert werden können, scheint das erfolgreiche Management von *Spoilers* zu sein.

Die Hypothesen, die anhand dieser Fallstudie überprüft werden sollen, lauten dementsprechend folgendermaßen:

*Die Anwesenheit von Spoilers ist von den, für die neuen Kriege charakteristischen Bedingungen, bestimmt.*

Und zweitens:

*Erfolg beziehungsweise Scheitern des Friedensprozesses wird im Kontext der neuen Kriege maßgeblich vom Einsatz effektiver Strategien zur Schwächung der Spoilers beziehungsweise dem Versäumnis solcher Strategien einzusetzen, beeinflusst.*

Die Strategien zur Schwächung der *Spoilers* können sowohl auf die Spielverderber selbst, als auch auf die Umgebung angewendet werden.

Es existiert eine Vielzahl der Strategien, die auf das Management der Spielverderber zielen. Diese wurden von Stedman und Schneckener eingeführt und beinhalten Überzeugungs-, Verhandlungs-, Marginalisierungs-, Anreiz-, Sozialisierungs- sowie mehrere Varianten der Zwangsstrategie.

Sowohl Stedman, als auch Schneckener, haben jedoch die Außenvariablen nicht berücksichtigt. Die Strategien zur Schwächung der *Spoilers* müssen nicht nur an den Spielverderbern selbst angewendet werden. Sie sollen die besonderen Bedingungen des neuen Krieges in Betracht ziehen. Monika Heupel versteht darunter Strategien, die an die Schwächung der Gewaltökonomie und der kriminellen Netzwerke zwischen den Gewaltakteuren und den internationalen Märkten zielen.<sup>4</sup>

Heupel behauptet, dass der Schlüssel zu einer erfolgreichen Friedenskonsolidierung an den Strategien zur Schwächung der kriminalisierten Gewaltökonomie liegt. Stedman hingegen ist der Ansicht, dass die Strategien direkt an die Spielverderber angewendet sein sollten, um den Friedensprozess erfolgreich durchzuführen.

Meiner Ansicht nach hängt die Auswahl der angemessenen Strategie mit dem Spezifikum des Krieges zusammen. Wie Clausewitz betont hat, ist der Krieg ein wahres Chamäleon, das sich an die jeweiligen Bedingungen anpasst. Diese Eigenschaft des Krieges ist nicht nur zeitlich gemeint, sondern auch räumlich. Es lassen sich natürlich zahlreiche Gemeinsamkeiten in den neuen Kriegen feststellen; sie unterscheiden sich aber auch in gewissen Punkten von einander. Die spezielle Bedingung, die ich betonen möchte und die, meiner Meinung nach, bei der Auswahl der besten Strategie zur Friedenskonsolidierung eine große Rolle spielt, ist eine bedeutsame Gewaltökonomie.

Durch die Wahl des Fallbeispiels möchte ich beweisen, dass die beiden Typen der Strategien für eine erfolgreiche Friedenskonsolidierung verbunden werden müssten. Auch wenn die Gewaltökonomie scheinbar wenige gewinnbringende Geschäfte bringt, sind die Strategien der Schwächung der Gewaltökonomie anzuwenden. Werden sie vernachlässigt und konzentriert sich

---

<sup>4</sup> Op. cit. Heupel (2005), S. 43.

der *Custodian of Peace* nur auf das direkte Management der *Spoilers*, weisen sie sich als wenig erfolgreich aus und der Friedensprozess scheitert. Die Spielverderber werden nämlich von den internationalen kriminellen Netzen nicht abgetrennt und können sich weiter von der Gewaltökonomie finanzieren. Es ist nämlich zu erwarten, dass *Spoilers*, die weniger Einkünfte aus der Veräußerung von Ressourcen und anderen Gütern haben, weniger Waffen importieren und folglich keine Bedrohung für den Friedensprozess mehr bilden. Die besonderen Bedingungen des neuen Krieges, insbesondere die neue Gewaltökonomie, dürfen vom *Custodian of Peace* bei der Auswahl der Strategie zum Management der Spielverderber nicht ignoriert werden.

## Aufbau

In meiner Diplomarbeit beschäftige ich mich mit dem *Spoiling*-Phänomen sowohl aus theoretischer, als auch aus praktischer Perspektive, indem ich die Spielverderber im Bosnienkonflikt darstelle und die Strategien des *Custodians*, um diese zu schwächen einer kritischen Betrachtung unterwerfe.

Im ersten Teil der Arbeit sollen die thematischen Grundlagen dargestellt werden, die es in den folgenden Kapiteln, den Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina hinsichtlich des Auftretens der potentiellen Spielverderber sowie des Einflusses der spezifischen Bedingungen des Konfliktes auf die Natur der *Spoilers* zu untersuchen erlauben.

Da die *Spoilers* nicht im Vakuum existieren können, beschäftige ich mich im ersten Kapitel meiner Diplomarbeit mit den Theorien der neuen Kriege. Im Verlauf der letzten 20-30 Jahre hat sich ein neuer Typus organisierter Gewalt herausgebildet. Diese Form der Gewalt hat die Gestalt eines so genannten neuen Krieges angenommen. Die Debatte über die Kriege der Gegenwart und der Unterschied zwischen ihnen und den klassischen Bürgerkriegen, ist besonders heikel und hat schon seit dem Anfang der 90er Jahre weite Kreise der Friedensforscher beschäftigt. Obwohl das Adjektiv „neu“ die Form des gegenwärtigen Krieges nicht besonders zutreffend charakterisiert, werde ich den Begriff „neuer Krieg“ in meiner Arbeit für die Bezeichnung des gegenwärtigen Typus der Konflikte benutzen. Bei den Bürgerkriegen der letzten 20 Jahre, handelt es sich nicht um eine neue Erscheinung. Im Gegenteil, alle dabei auftauchenden Phänomene, waren noch vor dem 30-jährigen Krieg bekannt und waren zum Teil auch in den modernen Kriegen anwesend. Manche Erscheinungen sind jedoch in den neuen Kriegen verstärkt worden. Ich behandle die Unterschiede zwischen den neuen und den klassischen Bürgerkriegen in vier Kategorien: Gewaltakteure, Gewaltstrategien, Gewaltmotive und Gewaltökonomie.

Das zweite Kapitel soll das *Spoiling*-Phänomen erklären. Einer kritischen Betrachtung wird hier das *Spoilers*-Konzept von Stephen Stedman unterzogen. Stedman beschäftigt sich mit *Spoilers* und ist der Meinung, dass die Strategien des *Custodians*, die dem Management der Spielverderber dienen, an einem der drei Typen der Störenfriede angepasst sein sollten. Mehrere Friedensforscher, unter anderem Greenhill und Major sowie Newman und Richmond, fordern, den Focus von der Identifizierung von *Spoilers* auf die Identifizierung von *Spoiling* zu verlagern.

Die Kriegsforschung sollte dann die bestimmten Strategien analysieren, die als gefährlich für die Friedenskonsolidierung bezeichnet werden konnten, statt sich mit der Typologie der Störenfriede zu beschäftigen. Solche Focusverschiebung sollte eine *a priori* Bezeichnung als Spielverderber nur aufgrund der Wertvorstellungen mancher Akteure zu verhindern. Der Präzisierung bedürfen mehrere Aspekte des Stedmans *Spoilers*-Konzepts, mit denen ich mich in diesem Kapitel befassen werde.

Im dritten Kapitel beziehe ich mich mit den Implikationen neuer Kriege auf die Natur eines Friedensprozesses und somit auch auf die Natur der Spielverderber. Die heikle Debatte über die These vom Formwandel des Krieges, hat die Aufmerksamkeit auf die mangelhafte Berücksichtigung der Bedingungen dieser Form des Konfliktes bei der Friedenskonsolidierung gelenkt. Es lassen sich klare, ungünstige Voraussetzungen für die erfolgreiche Friedenskonsolidierung feststellen, indem die neuen Kriege ein besonders günstiges Umfeld für die *Spoilers* schaffen. In diesem Zusammenhang lassen sich fünf Besonderheiten eines neuen Krieges feststellen, die einen Einfluss auf die Entstehung sowie die Natur der *Spoilers* haben: Privatisierung der Gewaltakteure, Brutalisierung der Gewaltstrategien, Kriminalisierung der Gewaltmotive, Ökonomisierung der Gewaltökonomie und die besondere Asymmetrie des Konfliktes.

Das vierte Kapitel beinhaltet eine Fallstudie eines neuen Krieges. Obwohl sich in den 1990er Jahren andere äußerst brutale Konflikte auf der Welt ausgetragen haben, die ganz sicherlich besser zum Paradigma des heutigen Typs der Konfliktaustragung geeignet sind, ist der Krieg in Bosnien-Herzegowina zum Musterbeispiel des gegenwärtigen Krieges geworden. Dieser Konflikt hat das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeitsmassen weltweit geprägt, da er am Rande des seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges friedlichen Europas, stattgefunden hat. In diesem Fallbeispiel finden wir schon alle für die gegenwärtigen Kriege typischen Merkmale, die in den späteren Konflikten in Afrika und Asien zunehmend auftauchen.

Im fünften Kapitel fasse ich die Bestimmungen des Friedensvertrages von Dayton zusammen. Das Abkommen wird hier der kritischen Betrachtung unterzogen und es werden Elemente dargestellt, die einen Einfluss auf das Auftreten der Spielverderber im bosnischen Friedensprozess haben.

Das letzte Kapitel beinhaltet eine Fallstudie von *Spoiling* in Bosnien und Herzegowina. Als Hauptspielverderber betrachte ich die drei nationalistischen Parteien HDZ, SDS und SDA, wobei ich mich in dieser Arbeit hauptsächlich auf die Partei der bosnischen Kroaten konzentriere. Im weiteren Teil des Kapitels stelle ich die Strategien der internationalen Gemeinschaft dar, die zur Schwächung des potentiellen *Spoilers* entworfen wurden. Hier sollte auch ihre Effizienz geschätzt werden.

## Methode

Im Zuge dieses Projektes wurde eine Quellenanalyse vorgenommen. Die methodische Datenerhebung kann in Primär- und Sekundärquellen eingeteilt werden. Zu den Primärtexten zählen zahlreiche Berichte der Vereinten Nationen, des Hohen Repräsentanten für Bosnien-Herzegowina, sowie mehrere Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, die in der Region tätig sind. Bei der Sekundärstudie werden vor allem Zeitschriftenartikel und Buchbeiträge verwendet, die zum Thema *Spoiling* und „neue Kriege“ verfasst wurden.

Ich habe vor, in meiner Diplomarbeit nicht rein deskriptiv vorzugehen, sondern das *Spoilers*-Konzept sowie die Strategien zum Management der Spielverderber, die in Bosnien und Herzegowina eingesetzt wurden, einer kritischen Betrachtung unterzuziehen.

# 1. Der Formwandel des Krieges

Einige Friedens- und Konfliktforscher der späten 1990er und frühen 2000er Jahre, wie zum Beispiel Mary Kaldor und Herfried Münkler, beobachten einen grundlegenden Formwandel des Krieges am Ende der Bipolarität. Die zwei Wissenschaftler weisen auf die Unterschiede zwischen den neuen und den zwischenstaatlichen Kriegen auf, wobei sie sich auch von den klassischen Bürgerkriegen abgrenzen lassen.

Dabei taucht jedoch die Frage auf, wie Kriege, die Wissenschaftler als „neue Kriege“ bezeichnen, begrifflich zu klassifizieren sind.

## 1.1. Die begriffliche Klassifizierung

Der Begriff des Krieges umfasst verschiedene Formen organisierter Gewaltanwendung. In den einschlägigen Texten der politischen Ideengeschichte gibt es zahlreiche Definitionen des Krieges. Das Problem in den Texten besteht jedoch darin, dass sie den Krieg zu eng definieren. Dadurch wird der Krieg auf einen bestimmten Zeitraum beziehungsweise eine Region beschränkt. Die meisten Kriegsdefinitionen sind an die eigene Gegenwart gekettet und deswegen von den nächsten Generationen der Kriegsforscher leicht anzufechten.<sup>5</sup>

Die einzige Definition des Krieges, die als transhistorisch und transkulturell verstanden werden kann, ist die des preußischen Militärtheoretikers Carl von Clausewitz. Den Kernpunkt seiner Definition bildet der Chamäleonscharakter des Krieges. Der Krieg „ist also nicht nur ein wahres Chamäleon, weil er in jedem konkreten Falle seine Natur etwas ändert, sondern er ist auch seine Gesamterscheinungen nach, in Beziehung auf die in ihm herrschenden Tendenzen eine wunderliche Dreifaltigkeit, zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewaltsamkeit eines Elementes, dem Haß und der Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb anzusehen sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die ihn zu einer freien Seelentätigkeit machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeuges, wodurch er dem bloßen

---

<sup>5</sup> Vgl. Münkler, Herfried (2008): Krieg, In: Erwägen, Wissen Ethik, Jg. 19/2008, S. 1.



Verstande anheimfällt.“<sup>6</sup> Der Krieg ist schwer zu definieren, weil seine Bestandteile sich ständig ändern und jede Epoche eine spezifische Art ihrer Zusammensetzung aufweist.

Darüber hinaus definiert Clausewitz den Krieg als „nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument [...], eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln.“<sup>7</sup> Hiermit wurde der Wille der Kämpfenden mit dem politischen Willen identifiziert. Das Politische war mit dem Staat (Regierung) gleichgesetzt, der einen Krieg im Namen des Volkes und mit Hilfe der Armee durchgeführt hat. Stellt man die politische Instrumentalität des Krieges mit seiner historischen Variabilität gegenüber, die sich aus seinem Chamäleoncharakter aus gibt, zeigt sich, dass Clausewitz das Politische mit dem Staat identifiziert, jedoch nicht durchgängig.<sup>8</sup> „Der Krieg ist ein Mittel der Politik, aber er ist dies nicht immer in der gleichen Weise; der Krieg verändert beständig seine Erscheinungsformen, aber bei diesen Veränderungen sind Grundkonstanten erkennbar, die in allen Erscheinungsformen des Krieges mehr oder weniger ausgeprägt auszumachen sind [...].“<sup>9</sup> Im folgenden Teil des Kapitels werden wir sehen, dass wandert das Politische in den neuen Kriegen vom Staat zum Volk wandert. Der Krieg passt sich dann an die neue, privatisierte und globalisierte Umgebung an und bleibt weiter ein Ausdruck des politischen Willens der Gemeinschaft, obwohl sie nicht mehr von staatlichen Akteuren ausgetragen wird.

Das Zusammenspiel der Instrumentalität des Krieges und seines Chamäleoncharakters wird durch die oben genannte Dreifaltigkeit bestätigt. Die Trias „blinder Naturtrieb“, „freie Seelentätigkeit“ und „bloßer Verstand“ variieren im ersten Kapitel des Clausewitz' Meisterwerkes zu Leidenschaften, Mut und Talent sowie der Fähigkeit zur Zwecksetzung. In dieser Konstellation wird die Leidenschaft dem Volk, Mut und Talent dem Heer und die Fähigkeit zur Zwecksetzung, der Regierung zugeschrieben.<sup>10</sup> Münkler übersetzt die Clausewitzische Dreifaltigkeit in die heutige Sprache. An die Stelle der Leidenschaft taucht die kriegerische Brutalität auf, der Mut und das Talent werden durch die strategische Kreativität ersetzt und für die Fähigkeit zur

---

<sup>6</sup> Von Clausewitz, Carl (1832/2000): Vom Kriege, München, Cormoran, S. 212f.

<sup>7</sup> Ebd., S. 210.

<sup>8</sup> Vgl. Münkler, Herfried (2007): Clausewitz über den Charakter des Krieges. In: Themenportal Europäische Geschichte, [http://www.europa.clio-online.de/site/lang\\_de/ItemID\\_137/mid\\_11428/40208214/default.aspx](http://www.europa.clio-online.de/site/lang_de/ItemID_137/mid_11428/40208214/default.aspx), Zugriff am 21.08.2009.

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> Vgl. op. cit. Clausewitz (1832/2000), S. 111.

Zwecksetzung springt die politische Rationalität ein.<sup>11</sup> „Ersteres kann auch durch den bewaffneten Anhang eines Warlord verkörpert werden, zweitens durch die Strukturen schnell lernender Organisationen, wie sie etwa Terrornetzwerke darstellen, und letzteres schließlich muss keineswegs bei der Regierung liegen, sondern kann ebenso von ökonomischen Akteuren oder so genannten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) verkörpert werden.“<sup>12</sup>

Darüber hinaus meint Clausewitz, dass sich die Dreifaltigkeit in der Form der Gesellschaft widerspiegelt. „Sind die Kriege gebildeter Völker viel weniger grausam und zerstörend als die der ungebildeten, so liegt das in dem gesellschaftlichen Zustand [...]“<sup>13</sup> Clausewitz hat dann die Form der Vergesellschaftung mit der Art der Kriegsführung verbunden. Der Krieg entwickelt sich mit der Gesellschaft. Jede Epoche wird durch eine eigene Form der Gesellschaft und somit auch durch eine eigene Form des Krieges gekennzeichnet, die „ihre eigenen beschränkenden Bedingungen“<sup>14</sup> aufweist. Hier taucht der Chamäleoncharakter des Krieges auf, der sich an verändernde Umweltbedingungen anpasst.

In diesem Zusammenhang erweist sich die Clausewitz' Kriegsdefinition nach wie vor aktuell und lässt sich auch für die Analyse der neuen Kriege anwenden.

## 1.2. Die neuen Kriege

Es lässt sich feststellen, dass es spätestens seit Ende des Zweiten Weltkrieges eine proportionale Zunahme von Kriegen nicht-internationalen Charakters gab und die klassischen Staatenkriege an Bedeutung verloren. Laut AKUF wurden zwischen 1945 und 2000 nur 17% aller Kriege zwischen zwei verfeindeten Staaten ausgetragen. Die restlichen 83% fallen unter die Kategorie der Bürgerkriege<sup>15</sup>, was die Graphik 1 dargestellt.

---

<sup>11</sup> Vgl. Münkler (2007).

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> Vgl. ebd., S. 90.

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S. 405.

<sup>15</sup> Schreiber, Wolfgang (2001): Die Kriege in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und danach, In: Rabehl, Thomas/Schreiber, Wolfgang (Hrsg.) (2001): Das Kriegsgeschehen 2000. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Opladen, Leske+Burich, S. 16.

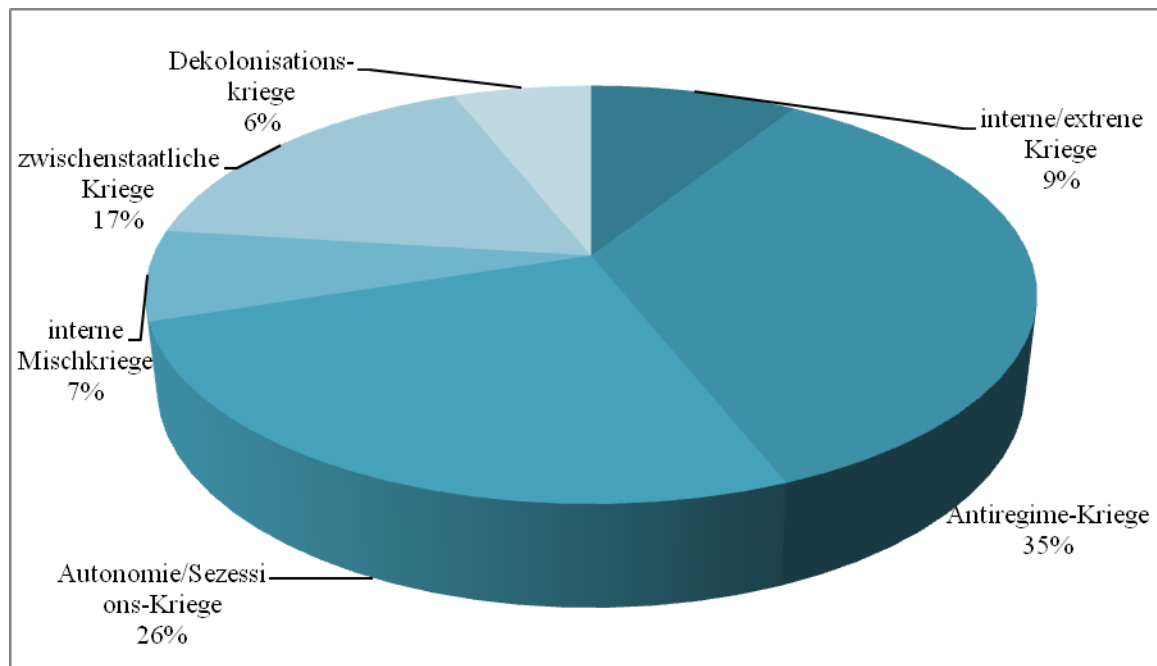


Abbildung 1: Aufzählung der unterschiedlichen Kriegsformen nach Typen.<sup>16</sup>

Mit den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts hat sich die für die westfälische Ordnung zentrale Unterscheidung zwischen Staaten- und Bürgerkriegen aufgelöst. Der Begriff des Weltkrieges steht „nicht nur für die räumliche Entgrenzung des Krieges, sondern auch für das Auftauchen von Akteuren und Formen der Kriegsführung, die in der Westfälischen Ordnung aus dem Kriegsgeschehen ausgeschlossen bleiben sollten.“<sup>17</sup> Unter diesen Umständen entwickelte sich eine Debatte über die nach der Auflösung der Bipolarität aufgetauchte neue Form des Krieges. Der Begriff des „Neuen Krieges“ bezieht sich somit hauptsächlich auf die Art eines Bürgerkrieges, das heißt auf einen Krieg, bei dem „Rebellen mit militärischer Gewalt gegen den bestehenden Staat vorzugehen versuchen beziehungsweise untereinander um die Staatsmacht kämpfen.“<sup>18</sup> Die alten Kriege stehen hingegen nicht nur für die unterschiedlichen Staatenkriege, sondern beinhalten auch die klassischen Bürgerkriege, die sich vor dem Ende des Kalten Krieges ereignet haben.

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> Op. cit. Münkler (2008), S. 4.

<sup>18</sup> Heupel, Monika/Zangl, Bernhard (2003): Die empirische Realität des "neuen Krieges", Bremen, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien, S. 6

Die neuen Kriege lassen sich von den alten in vier Bereichen abgrenzen. In erster Linie unterscheiden sie sich hinsichtlich der Gewaltakteure, die an den auftretenden Gewalthandlungen teilnehmen. Zweitens, hat sich die Gewaltökonomie des Krieges verändert, das heißt die Art und Weise, wie die verfeindeten Gewaltakteure versorgt und unterstützt werden. Drittens verfolgen die Kriegakteure in den neuartigen Bürgerkriegen andere Ziele als ihre Vorgänger im Kalten Krieg. Schlussendlich unterscheiden sich die neuen Formen des Krieges auch in den eingesetzten Gewaltstrategien, die im Kampf von den Gewaltakteuren verwendet werden.<sup>19</sup>

### 1.2.1. Die Gewaltakteure

Die Westfälische Ordnung hat die Institution des modernen Staates neu definiert. Es erfolgte eine Verstaatlichung des Krieges, das heißt, nur der Staat war finanziell im Stande, sich einen Krieg zu leisten und diese zu führen. Das Heer „war ein Instrument wie Symbol staatlicher Kriegsmacht und stand dafür, dass der Staat nicht nur zum rechtlichen, sondern auch zum faktischen Monopolisten des Krieges geworden war.“<sup>20</sup> Nach dem Ende des Ost-West Konfliktes konnte jedoch eine eindeutige Entstaatlichung des Krieges beobachtet werden. Das Monopol des Staates allein einen Krieg führen zu können, wurde durch eine zunehmende Privatisierung der Gewaltakteure gebrochen. Die Globalisierung hat zahlreiche Netze geschaffen und Kanäle eröffnet, durch die die Gewaltakteure sich selbst versorgen konnten und nicht mehr auf die Unterstützung einer der Supermächte angewiesen waren.

Unter dem Begriff der Privatisierung ist, laut Münkler, eine zunehmende Dezentralisierung der Gewaltakteure in den neuen Kriegen zu verstehen. Im Falle des klassischen Bürgerkrieges waren es wenige Rebellengruppierungen, die um die Erlangung der Staatsmacht kämpften. Der Staat verfügte hingegen über zentral geführte, reguläre Streitkräfte beziehungsweise über die ins Militär eingegliederten paramilitärischen Verbände. In den modernen Bürgerkriegen ist jedoch erkennbar, dass die einzelnen Akteure zunehmend unabhängiger voneinander agieren.<sup>21</sup>

---

<sup>19</sup> Vgl. ebd.

<sup>20</sup> Op. cit. Münkler (2008), S. 7.

<sup>21</sup> Vgl. ebd., S. 7.

Im Falle der „Neuen Kriege“ kommt es zunehmend zu einer Privatisierung der gewaltbereiten Gruppierungen, nicht nur von den Rebellenbewegungen, sondern auch von der Staatsgewalt geprägt. Erhard Eppler unterscheidet hier zwei Typen von Privatisierungen: die Privatisierung von oben und die Privatisierung von unten.

Aus der Sicht von Eppler geht die Privatisierung „von oben“ von der Regierung oder der Armee aus. In erster Linie betrifft es meist die von der Regierung gut besoldeten, paramilitärischen Verbände, die im Namen der Justiz oder der Armee „die Drecksarbeit erledigen“.<sup>22</sup> Solche Verbände dienen der Regierung auch zur Verleugnung der Verantwortung für extreme Gewaltanwendungen. Kaldor definiert das Paramilitär als „autonome Gruppen bewaffneter Männer, die sich im allgemeinen um eine einzelne Führungsgestalt scharen.“<sup>23</sup> Sie setzen sich meistens aus entlassenen Soldaten oder Arbeitslosen, die nach einem Lebensunterhalt oder einem Abenteuer streben, zusammen. Des Weiteren tragen sie selten eine Uniform, besitzen nur bestimmte Abzeichen beziehungsweise spezielle Kleidung, die sie jedoch von Zivilisten kaum unterscheidet.<sup>24</sup> „Als signifikante Quasi-Uniformen dienen oft Symbole der globalen Warenkultur: Rayban-Sonnenbrillen beispielsweise, Adidas-Schuhe, Jogginganzüge und Mützen.“<sup>25</sup> Helmut Diessenbacher erwähnt außerdem das grüne Stirnband in Tschetschenien als Zeichen der Todesbereitschaft, sowie das safrangelbe Stirnband der Hindu-Fundamentalisten in Indien.<sup>26</sup> Der berühmte polnische Reporter und Afrika-Kenner Ryszard Kapuściński beschreibt das Auftreten des afrikanischen Paramilitärs folgendermaßen: „Seine Bande halbnackter Condottieri, mit zerfetzten Adidas an den Füßen, durchstöbert pausenlos das Gebiet des Warlords auf der Suche nach Raub und Beute.“<sup>27</sup>

Es wird ein ständiger Niedergang und eine Herabstufung der regulären Streitkräfte beobachtet. Neuerdings werden neben den regulären Streitkräften auch private Sicherheitsfirmen durch den Staat beauftragt, im Kampf gegen vorhandene Rebellen-Gruppierungen, Unterstützung zu

---

<sup>22</sup> Eppler, Erhard (2002): Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, S. 42.

<sup>23</sup> Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, S. 148.

<sup>24</sup> Vgl. ebd., S. 149.

<sup>25</sup> Ebd., S. 149f.

<sup>26</sup> Vgl. Diessenbacher, Hartmut (1998): Kriege der Zukunft, München Carl Hanser Verlag, S. 193f.

<sup>27</sup> Kapuściński, Ryszard (1999): Afrikanisches Fieber. Erfahrungen aus Vierzig Jahren, Frankfurt am Main, Eichborn Verlag, S. 254.

leisten.<sup>28</sup> Sie unterscheiden sich von Söldnern durch ihre Organisationsstruktur. Die klassischen Söldnergruppen werden *ad hoc* für einen Kampfeinsatz gebildet und lösen sich nach der Erledigung des Auftrages wieder auf. PMCs weisen hingegen eine feste Organisationshierarchie auf. Weiters treten sie als vollwertige Unternehmen auf, die staatlich registriert sind und regelmäßig Steuern zahlen. Die PMCs unterscheiden sich von den klassischen Söldnern auch durch ihre Geschäftsgebaren. „Für Söldnergruppen ist die kurzfristige Gewinnmaximierung oberstes Ziel. Sie können sich jederzeit gegen einen Auftraggeber wenden, wenn dessen Konkurrent höhere Entlohnung verspricht.“<sup>29</sup> Die PMCs hingegen können es sich nicht leisten ihre Kunden zu betrügen und ihre langfristigen Geschäftsinteressen zu gefährden. Heute werden die Dienste der teils börsennotierten Firmen nicht nur von einzelnen Staaten, sondern auch von der UNO selbst, sowie von Hilfs- und Friedensorganisationen in Anspruch genommen.<sup>30</sup>

Neben der Privatisierung „von oben“, unterscheidet Eppler die Privatisierung „von unten“. Die Existenz der Rebellen und/oder der Revolutionäre, die um die Staatsmacht kämpfen, ist keine neue Erscheinung. Neu hingegen ist in der privatisierten Gewalt, die kontinuierliche Ablehnung des Staatssystems, welches hauptsächlich als hinderlich erachtet wird. Dieser Umstand gilt zum Beispiel für die Warlords im afrikanischen und asiatischen Raum.<sup>31</sup> Nach Kapuściński lassen sich die Warlords als das Gegenteil von Robin Hood definieren. Ein Kriegsherr will „den Zerfall des Staates, zu dem er selbst beigetragen hat und beiträgt, ausnützen, um für sich einen informellen Ministaat zu formen, in dem er wie ein Diktator herrscht.“<sup>32</sup> Die Kriegsherren sind somit zugleich die Ursache und das Produkt des mangelnden, staatlichen Gewaltmonopols.

Die Rebellenbewegungen der neuen Kriege weisen in ihrer Struktur eine zentrale Gemeinsamkeit auf: einerseits bekennen sie sich zu ihren entsprechenden Ideologien, die „meist in Fundamentalismen religiöser oder nationalistischer Prägung wurzeln“<sup>33</sup>, andererseits besitzen sie Mafia ähnelnde Organisationshierarchien. „Die für die meisten Kriege zentrale Figur des Warlords kann geradezu als Verbindung unternehmerischer, politischer und militärischer

---

<sup>28</sup> Vgl. Pittwald, Michael (2008): Kindersoldaten, neue Kriege und Gewaltmärkte, Osnabrück, Sozio-Publishing, S. 69f.

<sup>29</sup> Mair, Stefan (2004): Die Rolle von Private Military Companies in Gewaltkonflikten, In: Kurtenbach, Sabine/Loch, Peter (Hrsg.) (2004): Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Insel der Zivilität, Bonn, Verlag J.H.W. Dietz, S. 261.

<sup>30</sup> Vgl. op. cit., Pittwald (2008), S. 70.

<sup>31</sup> Vgl. op. cit. Eppler (2002), S. 31.

<sup>32</sup> Kapuściński (1999), S. 253.

<sup>33</sup> Op. cit. Eppler (2002), S. 32f.

Logiken in einer Person definiert werden.<sup>34</sup> Die Ökonomie der einzelnen Kriegsherren baut auf Plünderung, Handel mit geraubten Gütern auf und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes auf.<sup>35</sup>

Die Kriegsherren der Neuzeit rekrutieren ihre Soldaten oft aus jungen Männern, die sich teilweise freiwillig dem Kriegstreiben anschließen, oder die mit Gewalt zwangsrekrutiert werden. Immer öfter bestehen die paramilitärischen Einheiten der Kriegsherren aus Kindern und Jugendlichen. In den neuen Kriegen wurden die 7- oder 8-jährigen Kinder nicht deswegen rekrutiert, weil es zu wenige erwachsene Soldaten gab, sondern vor allem weil die Warlords aus dem Einsatz der Kindersoldaten größere Vorteile ziehen konnten. Die Kriegsherren messen dem Völkerrecht und den zahlreichen Konventionen, die den Einsatz von Kindern in Kriegen betreffen, keine Bedeutung bei. Sogar internationales Recht ist für die Warlords nicht von Bedeutung, da selbst ihre strafrechtliche Verfolgung auf nationaler Ebene unwahrscheinlich bleibt.<sup>36</sup> Kinder stellen in den Augen der Warlords ideale Soldaten dar. Sie werden Krieger, jedoch keine Soldaten. Sie sind keine Kombattanten im Sinne des Artikels 44 des 1. Zusatzprotokolls von 1977.<sup>37</sup> Sie besitzen keinen Rechtsstatus und im Falle der Gefangennahme beanspruchen sie keinen Status eines Kriegsgefangenen.

Die Minderjährigen werden bevorzugt rekrutiert, weil sie nur selten für ihre Dienste bezahlt werden müssen. Des Öfteren werden den minderjährigen Rekruten Geld oder Unterstützung versprochen, schlussendlich erhalten sie ihren angemessenen Sold im Gegensatz zu erwachsenen Soldaten sehr selten.<sup>38</sup> Kinder sind wesentlich einfacher zu mobilisieren, zu motivieren, zu beeindrucken und zu indoktrinieren, als Erwachsene. Sie führen die Befehle der Warlords, selbst wenn sie Gräueltaten beinhalten, widerspruchslos aus. „Boys will do things that grown man can't

---

<sup>34</sup> Münkler, Herfried (2004): Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 161.

<sup>35</sup> Vgl. Bollig, Michael (2001): Zur Ökonomie des Krieges: Die Gewalt und die Geschäfte der afrikanischen Warlords. Über die soziale und politische Organisation von Kriegsherren-Gruppen, <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Privatkriege/kriegsherren.html>, Zugriff am 6.04.2009.

<sup>36</sup> Vgl. Coalition to Stop the Use of Child Soldiers: Global Report Child Soldiers (2008), [http://www.childsoldiersglobalreport.org/files/German\\_intro\\_08.pdf](http://www.childsoldiersglobalreport.org/files/German_intro_08.pdf), Zugriff am 4.04.2009, S. 15.

<sup>37</sup> Vgl. Art 44 des Ersten Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte, [http://www.admin.ch/ch/d/sr/0\\_518\\_521/a47.html](http://www.admin.ch/ch/d/sr/0_518_521/a47.html), Zugriff am 15.04.2009.

<sup>38</sup> Vgl. Singer, Peter Warren (2005): Children at War, New York, Pantheon Books, S. 55.

stomach. Kids make more brutal fighters because they haven't developed a sense of judgment."<sup>39</sup>  
Oft wird ihre Familie ermordet, damit sie nicht mehr zurück können.

Obwohl man sich hauptsächlich unter dem Begriff Kindersoldat männliche Minderjährige vorstellt, werden in einzelnen Fällen auch Mädchen rekrutiert. Außer typischen militärischen Aufgaben wie Spionage, Sabotage und Selbstmordattentate, haben die Mädchen auch andere Verpflichtungen zu erfüllen. Sie werden als Dienstbotinnen beziehungsweise als Krankenschwestern eingesetzt. Außerdem kommt es oft zu sexuellen Übergriffen, die in einer sexuellen Sklaverei enden könnten.

Schließlich weist der Begriff Privatisierung „von unten“ noch darauf hin, dass sich private Gewaltakteure im Sinne der Selbstverteidigungseinheiten selbstständig bilden können. Die Selbstverteidigungseinheiten bestehen ausschließlich aus Freiwilligen. Meistens sind es Bewohner eines Dorfes beziehungsweise einer Stadt, die die eigene Ortschaft schützen wollen. Aufgrund ihrer mangelnden Ausstattung, existieren solche Einheiten nicht besonders lange. Wenn sie jedoch auf die Auflösung verzichten, schließen sie sich meistens anderen bewaffneten Gruppen an und tragen somit zum erneuten Aufflammen des Konfliktes bei.<sup>40</sup>

### 1.2.2. Die Gewaltstrategien

Die neuen Akteure des Krieges haben neue, brutalere Gewaltstrategien entwickelt. Die klassischen Bürgerkriege zeichneten sich hauptsächlich durch die Maos Guerillataktik aus. „Die Führer des Partisanenkrieges gehen mit der Partisanenabteilung so um wie der Fischer mit einem Netz. [...] Beim Fischfang muß man oft die Stelle wechseln; die Partisanenabteilungen müssen ebenfalls oft den Platz wechseln. Dezentralisation, Konzentration und Verschiebung – das sind die drei Formen des elastischen Einsatzes der Kräfte im Partisanenkrieg.“<sup>41</sup> Die Guerillas haben es ständig, aufgrund der zahlenmäßigen Unterlegenheit, vermieden, mit den staatlichen Einheiten eine direkte Konfrontation zu suchen. Die Strategie der Guerillas besteht nicht in einem direkten und konzentrierten Angriff, sondern vielmehr in der Verlangsamung des Kampfgeschehens.

---

<sup>39</sup> Edb., S. 106.

<sup>40</sup> Vgl. op. cit., Kaldor (2000), S. 150f.

<sup>41</sup> Mao, Tse Tung (1938): Probleme der Strategie im Partisanenkrieg gegen Japan, In: Hahlweg, Werner (1968): Lehrmeister des kleinen Krieges, Damstadt, Wehr und Wissen Verlagsgesellschaft, S. 115.



Deswegen vermeiden sie größere Gefechte, bei den die organisatorische sowie technologische Stärke beziehungsweise Überlegenheit des Gegners entscheidend ist und zur Beschleunigung des Kriegsverlaufs beitragen könnte.<sup>42</sup> „The guerilla wins if he does not lose. The conventional army loses if he does not win.“<sup>43</sup>

Heupel und Zangl behaupten, dass es für die Guerillas entscheidend war, die unterstützende Zivilbevölkerung für ihre Seite zu gewinnen. Die Bevölkerung war zwar stark motiviert, die Rebellen in ihrem Kampf gegen die regulären Streitkräfte zu unterstützen, jedoch hielt sie sich aus den direkten Kampfhandlungen heraus. Eine geringe Anzahl an zivilen Opfern in den klassischen Bürgerkriegen ergibt sich hauptsächlich aus der Tatsache, dass die Zivilbevölkerung nur versehentlich von Gewalthandlungen der Guerilla betroffen war.<sup>44</sup> Im Fall des neuen Bürgerkrieges, sind die Unterschiede zwischen Krieg, Terror, Terrorismus und Kriminalität verwischt und kaum mehr direkt erkennbar. Opfer in der Zivilbevölkerung können nicht mehr als einfacher Kollateralschaden bezeichnet werden. Die Bevölkerung tritt als Ziel der Kampfhandlungen nicht nur seitens der Staatsmacht, sondern auch seitens der Rebellentruppen auf.<sup>45</sup>

Münkler weist darauf hin, dass die traditionellen Großschlachten fundamental an Bedeutung verloren haben. An ihrer Stelle tauchen nun vermehrt Massaker auf, dessen Hauptziel die Zivilisten sind. In einer Schlacht sind die Chancen für Sieg und Niederlage meist gleich verteilt (ausgenommen strategische Überlegenheit). Die daran beteiligten Soldaten sind Täter und Opfer zugleich. Bei einem Massaker ist die Rolle des Täters und des Opfers von einander getrennt und von vornherein festgelegt. „In ihm ist die eine Seite nicht bloß chancenlos, sondern im wortwörtlichen Sinn auch wehrlos; sie hat sich nicht aus freien Stücken zum Kampf gestellt, weil sie darin eine Chance zur Durchsetzung ihrer Ziele sieht, sondern sie ist, wie gejagtes Wild, gestellt worden.“<sup>46</sup>

Kaldor betont jedoch, dass es nicht heißt, die Kämpfer der neuen Kriege hätten auf die Unterstützung der Bevölkerung verzichtet. Ganz im Gegenteil, der Unterschied besteht in der Art,

---

<sup>42</sup> Vgl. Münkler, Herfried (2006): Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie, Weilerswist, Velbrück Wissenschaft, S. 184.

<sup>43</sup> Kissinger, Henry (1969): The Viet Nam Negotiations, In: Foreign Affairs, Bd. 47, Nr. 2 (1969), S. 214.

<sup>44</sup> Vgl. op. cit. Heupel/Zangl (2003), S. 11.

<sup>45</sup> Vgl. op. cit. Kaldor (2000), S. 18.

<sup>46</sup> Op. cit. Münkler (2006), S. 216.

wie diese Kontrolle über die Bevölkerung ausgeübt wird. Die Guerillas der klassischen Bürgerkriege haben die Anhängermassen mit ihrer Ideologie an sich gebunden. Das Volk ist also der (revolutionären) Idee treu und vereint geblieben.<sup>47</sup> „Im Gegensatz dazu erlangen die neuen Krieger politische Kontrolle mittels der Treue zu einem Etikett und nicht zu einer Idee.“<sup>48</sup>

Die physische Kontrolle eines Territoriums über einen längeren Zeitraum, spiegelt sich dann schlussendlich auch in der psychischen Kontrolle der vor Ort lebenden Bevölkerung wider. Es genügt nicht, dass sich die Mehrheit, der im fraglichen Gebiet ansässigen Menschen, zum „richtigen“ Etikett bekennen muss. Die Opposition muss abgeschafft und das Erfüllen jeglichen Widerstandes gebrochen werden, damit das Volk die eigene Idee homogen unterstützt. „Statt ein günstiges Umfeld für die Guerilla zu erzeugen, zielt die neue Kriegführung darauf, ein feindliches Umfeld für all jene zu schaffen, die sie nicht kontrollieren kann.“<sup>49</sup>

Kaldor weist darauf hin, dass die Taktiken zur Schaffung günstiger Bedingungen für die Guerillas, mit anderen Worten, die Taktiken, die zum Ausbruch des vorhandenen Widerstandes führen, von der systematischen Ermordung bestimmter Bevölkerungsgruppen (zum Beispiel die Ermordung der Tutsi von der Hutu 1994), über die ethnischen Säuberungen (wie die gewaltsame Vertreibung der Georgier aus Abchasien), bis zum unbewohnbar machen größerer Gebiete variieren, was auf physische (durch Antipersonenminen beziehungsweise durch ständige Beschießung ziviler Ziele), ökonomische (durch künstliche Hungersnöte beziehungsweise Belagerungen, wie es im Süden des Sudans stattgefunden hat) oder psychische (durch die Belastung des Heimatgebietes mit unerträglichen Erinnerungen) Weise erfolgen kann.<sup>50</sup>

Die Möglichkeit, ein Volk zum Verlassen seines Heimatgebietes psychisch zu zwingen, ist weit gestreut. Einerseits kann gezielt gegen die Geschichte und die Kultur einer Bevölkerungsgruppe vorgegangen werden. Oft werden vor allem sakrale Bauwerke sowie historische Monumente ausgewählt und zerstört, damit der Volkswille gebrochen werden kann.

Eine andere Methode liegt in der Schändung der Bevölkerung durch systematische Vergewaltigungen und sexuellen Missbrauchs, vor allem des weiblichen Teils des Volkes.<sup>51</sup>

---

<sup>47</sup> Vgl. op. cit. Kaldor (2000), S. 156.

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> Ebd., S. 157.

<sup>50</sup> Vgl. ebd., S. 158f.

<sup>51</sup> Vgl. ebd., S. 159.

Frauen sind somit keine zufälligen Opfer des Krieges mehr. Ganz im Gegenteil, die Gewalt stärkerer, aggressiverer und besser organisierten Männer, richtet sich in den neuen Kriegen gezielt gegen sie. Bei Vergewaltigungen handelt es sich in Wahrheit nicht nur um rein sexuelle Befriedigung, sondern auch um die symbolische Bedeutung des Aktes und die Machtposition. „Die Vergewaltigung ist Ausdruck von Macht über die Frauen des Feindes und stellt die endgültige Demütigung der männlichen Feinde dar.“<sup>52</sup>

### 1.2.3. Die Gewaltökonomie

Nach dem Ende des Ost-West Konfliktes hat sich der Krieg auch hinsichtlich der Kriegswirtschaft grundlegend geändert. Es erfolgt eine Kriminalisierung der internen sowie externen Versorgungsstrukturen der Gewaltakteure, da alternative Unterbringungschancen in der regulären Ökonomie unerreichbar scheinen.<sup>53</sup> „Das heißt, die Gewaltakteure versorgen sich innerhalb des Kriegsgebietes durch kriminelles Handeln ebenso wie sie von außerhalb des eigentlichen Kriegsgebietes durch kriminelles Handeln unterstützt werden.“<sup>54</sup>

In den klassischen Bürgerkriegen war die Unterstützung der Bevölkerung auch deswegen so wichtig, da die internen Versorgungsstrukturen der Rebellen auf einer mehr oder weniger freiwilligen Hilfe seitens des Volkes basierten. Auch wenn die Unterstützung nicht immer ganz freiwillig erfolgte, durften die revolutionären Kämpfer die Sympathie der Bevölkerung nicht völlig verspielen.<sup>55</sup>

Münkler weist darauf hin, dass an die Stelle der freiwilligen Unterstützung durch die Bevölkerung, eine gewaltsame Plünderung dieser, in den neuen Kriegen tritt. Die Kosten des Einsatzes werden meistens vom Kämpfer selbst übernommen und getragen. Die Mitglieder der paramilitärischen Einheiten bekommen nur selten einen Sold. Wenn sie eine Belohnung für ihre Dienste bekommen möchten, müssen sie sich diese selbst besorgen.<sup>56</sup> Zur einfachsten Form des

---

<sup>52</sup> Van Creveld, Martin (2001): Frauen und Krieg, München, Gerling Akademie Verlag, S. 40.

<sup>53</sup> Vgl. Kurtenbach, Sabine/Lock, Peter (2004): Kriege als (Über)Lebenswelten: Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Insel der Zivilität, In: op. cit. Kurtenbach/Lock (2004), S. 24.

<sup>54</sup> Op. cit. Heupel/Zangl (2003), S. 8.

<sup>55</sup> Vgl. ebd.

<sup>56</sup> Vgl. op. cit. Münkler (2004), S. 131ff.

Belohnungserwerbs gehören Raub, Plünderung, Erpressung und Geiselnahme. „Wohlhabende Menschen werden ermordet, ihr Gold und ihre Wertsachen geraubt; nach ethnischen Säuberungen wechselt das Eigentum seinen Besitzer; Milizen stehlen die Viehherden; nach der Eroberung einer Stadt werden Geschäfte und Fabriken geplündert.“<sup>57</sup> Die Geiselnahme ist besonders gewinnbringend, da die Entführten oft gegen Nahrung, Waffen, Kriegsgefangene beziehungsweise Gefallene ausgetauscht werden. Zangl und Zürn betonen, dass dort, wo die Bevölkerung infolge des Krieges bereits alles verloren hat und nicht mehr beraubt oder erpresst werden kann, werden schlussendlich sogar die internationalen Hilfsorganisationen zum Ziel der kämpfenden Banden. Humanitäre Hilfe wird immer häufiger in eine Kriegsressource transformiert.<sup>58</sup>

Eine andere Form des Zugangs zur alternativen Finanzquelle sind wirtschaftliche Repressalien. „Ein typisches Charakteristikum der neuen Kriege sind die zahllosen Kontrollpunkte, mittels deren die Versorgung mit Nahrung und lebenswichtigen Gütern gesteuert wird.“<sup>59</sup> Das Gebiet zwischen den kämpfenden Parteien ist normalerweise aufgeteilt. Dieser Umstand ermöglicht den Warlords die Marktpreise für bestimmte Artikel und Güter selbstständig festzulegen. Daher ist es auch nicht weiter überraschend, dass selbst Bauern ihren ganzen Besitz (Autos, Kühlschränke beziehungsweise Fernseher) verkaufen müssen, um die übersteuerten, aber lebensnotwendigen Lebensmittel erwerben zu können. Die Kriegsherren agieren im Grunde wie dubiose Mafiabosse. Sie verlangen von den restlichen Bauern oder Rohstoffproduzenten „Kriegssteuern“ beziehungsweise „Schutzgelder“.<sup>60</sup>

Aus der Sicht von Heupel sind auch die externen Versorgungsstrukturen einem Wandel unterlegen. Während des Ost-West Konflikts, versorgten sich die Akteure der klassischen Bürgerkriege über die Zuwendungen einer der zwei Supermächte.

Münkler weist darauf hin, dass das Ende des Ost-West Konflikts auch das Einhalten der ausländischen Unterstützung dieser Art mit sich gebracht hat. Die Kriegsparteien sind nun auf eigene Versorgungsstrukturen angewiesen. Die Gewaltakteure versorgen sich nicht nur, wie bereits in diesem Kapitel erläutert wurde, innerhalb des Kriegsgebietes durch kriminelles

---

<sup>57</sup> Op. cit. Kaldor (2000), S. 162.

<sup>58</sup> Vgl. Zangl, Bernhard/Zürn, Michael (2003): Frieden und Krieg, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, S. 185.

<sup>59</sup> Ebd.

<sup>60</sup> Vgl. ebd., S. 162f.

Handeln, sondern sie werden durch kriminelle Netzwerke auch außerhalb des Konfliktgebietes unterstützt. Es erfolgt ein kontinuierlicher Übergang von der geschlossenen zur offenen Kriegsökonomie.<sup>61</sup>

Aus der Sicht von Lock, litten und profitierten die Konfliktgebiete nach dem Ende des Kalten Krieges unter den Folgen der Globalisierung, besser gesagt der Schattenglobalisierung. Schattenökonomien sind ein durchgehendes Phänomen, doch die Unterstützung von Großmächten hat sie verschleiert. „Nachdem sich die Bipolarität des internationalen Systems aufgelöst hat, ist die Einbindung der Kriegsökonomien in schattenwirtschaftliche globale Handelsströme eine notwendige Voraussetzung für längere innergesellschaftliche bewaffnete Konflikte.“<sup>62</sup> Dank der Schattenglobalisierung fanden die Kriegsherren graue Absatzmärkte für ihre Waren sowie Lieferanten für die militärischen Aufträge. Die Kriegsherren wurden zu leistungsfähigen Gewaltunternehmern. An die Stelle der zahlungsunfähigen Sowjetunion und der zahlungsunwilligen Vereinigten Staaten, traten am Anfang der 90er Jahre verschiedene internationale Unternehmen beziehungsweise kriminelle Organisationen.<sup>63</sup>

Die heutigen Kriege führt man nicht mehr zur Eroberung eines Territoriums, sondern zur Kontrolle kleiner, aber rohstoffreicher Gebiete. Ganz oben auf der Liste der begehrten Ressourcen stehen Diamanten, Drogen, Wasser, Holz, Erze und Öl.<sup>64</sup> Der Verkauf erfolgt über Mittelsmänner, die öfter (jedoch nicht ausschließlich) Mitglieder der jeweiligen Diaspora sind.

#### 1.2.4. Gewaltmotive

Die neue Kriegsökonomie bedeutet auch eine Veränderung der Gewaltmotive innerhalb der unterschiedlichen Kriegsparteien. Die bisher dominanten ideologischen beziehungsweise identitätsbezogenen Gewaltmotive, sind den neuen ökonomischen Motiven unterlegen. „Am Anfang dieser Kriege spielen häufig politische Motive eine wichtige Rolle, etwa ethnische Konflikte oder religiös-konfessionelle Gegensätze, aber im Verlauf der oftmals eher

---

<sup>61</sup> Vgl. Münkler (2004), S. 165.

<sup>62</sup> Lock, Peter (2004): Gewalt als Regulation: Zur Logik der Schattenglobalisierung, In: op. cit. Kurtenbach/Lock (2004), S. 52.

<sup>63</sup> Vgl. ebd., S. 52ff.

<sup>64</sup> Vgl. Pittwald (2008), S. 71.

dahinschwellenden als auflodernden Kriege (*low intensity conflicts*) verselbständigen sich die militärischen Komponenten der Kriegsparteien und entwickeln Eigeninteressen an der Fortdauer des Krieges.“<sup>65</sup>

Münkler verweist darauf, dass die ideologischen sowie identitätsbezogenen Gewaltmotive zwar noch nicht verschwunden sind, jedoch stark mit den ökonomischen Gewaltmotiven vermischt sind oder sogar von diesen überlagert werden. Da das Element, der Verbindung der Staatsmänner mit der Bevölkerung, fehlt, gibt es ständige und gewaltsame Kämpfe um die Aneignung der Renditen, die durch den Export legaler sowie illegaler Waren entstehen. Darüber hinaus kümmert sich das Staatsoberhaupt beziehungsweise die Regierung kaum um das Gemeinwohl und plündert selbst den Staat für ihre partikularistischen Interessen aus.<sup>66</sup>

Die Sorge um das Wohl der Gesellschaft wird bei Seite geschoben und macht Platz für ein neues Gewaltmotiv: die Habgier.<sup>67</sup> Das heißt noch lange nicht, dass die Gewaltakteure selbst die Staatsmacht nicht erlangen wollen. „Rebellenbewegungen streben oftmals nach wie vor danach, die Regierung zu stürzen und sich an die Spitze des Staates zu stellen, allerdings vor allem, weil ihnen dies die Möglichkeit eröffnet, leichter Profite erwirtschaften zu können.“<sup>68</sup> Aus der Sicht von Heupel und Zangl dient die ideologische beziehungsweise identitätsbezogene Rhetorik den Kriegsherren als Deckmantel für ihre wahren, ökonomischen Gewaltmotive.<sup>69</sup>

Die Motivation der Gewaltakteure in den neuen Kriegen lässt sich jedoch nicht auf die ökonomischen Interessen reduzieren, ebenso wenig wie die ökonomischen Motive in den klassischen Bürgerkriegen bedeutungslos waren. Die Motive der Gewaltanwendung sind komplex und lassen sich nicht nur auf Selbstbereicherung beschränken. Darüber hinaus sind sie stark von der lokalen Geschichte abhängig.<sup>70</sup>

Kaldor weist darauf hin, dass die neuen Kriege aufgrund der „Politik der Identität“ geführt werden. „Politisch geht es in den neuen Kriegen um Machtansprüche auf Basis scheinbar

---

<sup>65</sup> Op. cit. Münkler (2008), S. 11.

<sup>66</sup> Vgl. op. cit. Münkler (2002), S. 159.

<sup>67</sup> Vgl. ebd., S. 159ff.

<sup>68</sup> Op. cit. Heupel (2005), S. 26f.

<sup>69</sup> Vgl. op. cit. Heupel/Zangl (2003), S. 10.

<sup>70</sup> Vgl. Schlichte, Klaus (2006): Neue Kriege oder alte Thesen?, In: op. cit. Geis (2006), S. 117ff.

traditioneller Identitäten (Nation, Stamm, Religion).“<sup>71</sup> Die meist ethnische beziehungsweise religiöse Identität, gilt als die neue Etikette. Diese „Politik der Identität“ ist durch historische Erinnerungen und Überlieferungen gekennzeichnet, was die Gesellschaften mit tief verwurzelten kulturellen Traditionen anfälliger macht.<sup>72</sup> Jeder Krieg wurde gewissermaßen nach identitätsbezogenen Motiven ausgetragen: die Briten gegen die Franzosen, die Demokraten gegen die Faschisten. In den klassischen Kriegen waren die Etiketten jedoch mit den geopolitischen Interessen beziehungsweise mit den neuen Ideen der Gesellschaftsorganisation verlinkt. Heute dienen die Etiketten der Mobilisierung. Sie sind jedoch stark mit der ökonomischen Dimension des Konfliktes verbunden. „[...] Informal networks for smuggling, money laundering, and other forms of semi-legal or illegal trading are often based on ethnicity. In a sense, it could be said that it is the politization of the various clientelistic links between the political class and the new informal economy that provides the basis for mobilization based on identity.“<sup>73</sup>

---

<sup>71</sup> Op. cit. Kaldor (2000), S. 110.

<sup>72</sup> Vgl. ebd., S. 121ff.

<sup>73</sup> Kaldor, Mary (2001): New Types of Conflict, In: Stanley, Ruth (Hrsg.) (2001): Gewalt und Konflikt in einer globalisierten Welt, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, S. 32.

## 2. Spoiling und seine Auswirkung auf den Friedensprozess

Die Kriegsforschung der vergangenen Jahre hat angenommen, dass jeder Krieg irgendwann enden muss, da die Gewaltakteure an einem Punkt der verlängerten Kampfhandlungen davon ausgehen werden, dass die Weiterführung der gewaltsamen Auseinandersetzungen mehr Nachteile als der Frieden hat. Das Friedensabkommen sollte sich in diesem Sinne als vorteilhaft erweisen. Die internationale Gemeinschaft ist davon ausgegangen, dass die traditionellen Methoden der Diplomatie, wie Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Regelung oder Anrufung regionaler Organe, die in Kapitel VI der UN Charta stehen, und im schlimmsten Fall die Anwendung der Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII, die Seiten des Konflikts zur Konsensbereitschaft erzwingen können.

Besonders in den letzten zwanzig Jahren ist es klar geworden, dass diese Maßnahmen ihre Grenzen haben, da die Beteiligung an Friedensverhandlungen oder sogar die Unterzeichnung eines Friedensvertrags noch lange kein Frieden bedeuten. „[...] the establishment of a peace process does not necessarily mean the end of violence, nor that disputants have fully accepted a mediated compromise around a negotiating table.“<sup>74</sup> Viele Friedensabkommen sowie Waffenruhen scheitern schon innerhalb der ersten fünf Jahre nach ihrer Unterzeichnung und führen zur Erneuerung der Feindseligkeiten sowie erneutem Ausbruch beziehungsweise zur Eskalation der Gewalt.

„Multiple actors in civil wars rarely simultaneously choose peace.“<sup>75</sup> Man kann nicht annehmen, dass alle im Friedensprozess teilnehmenden Parteien den Frieden anstreben und gleich engagiert sind, oder dass der Friedensprozess für alle Parteien gleich gerecht in Bezug auf die Berücksichtigung seitens der Drittpartei oder der Machtverteilung in Friedenszeiten verläuft. Manche Gewaltakteure haben eine klare Absicht, die Gewalthandlungen weiter zu führen oder die Natur des Friedensprozesses infrage zu stellen. Die Beteiligung an den Friedensverhandlungen kann auch als eine Zwischenphase und Gelegenheit gesehen werden, die

---

<sup>74</sup> Richmond, Oliver (2006): The linkage between devious objectives and spoiling behaviour in peace processes, In: Newman, Edward/Richmond, Oliver (Hrsg.): Challenges to Peacebuilding. Managing Spoilers During Conflict Resolution, New York, United Nations University Press, S. 61.

<sup>75</sup> Stedman, Stephen John (2008): Peace Process and the Challenges of Violence, In: Darby, John/Mac Ginty, Roger (Hrsg.): Contemporary Peacemaking. Conflict, Peace Processes and Post-War Reconstruction, New York, Palgrave Macmillan, S. 147.



Streitkräfte umzubilden und neue Strategien vorzubereiten. Es entsteht eine Win-Win Situation, in der die Gewaltakteure einerseits scheinbar kompromissbereit sind, um die ökonomischen und politischen Profite aus dem Friedensprozess zu ziehen, andererseits aber ihre ursprüngliche Motive und Ziele nicht aufgeben und bereit sind, jederzeit eine neue Offensive zu starten.<sup>76</sup> Darüber hinaus gibt das Vorkommen mancher Variablen (zum Beispiel Natur der Friedensvereinbarung, Rolle der externen Akteure, Gewaltökonomie, Bodenschätze sowie Einfluss der Diaspora) neue Anreize zur Entstehung der sogenannten *Spoilers*, die den Friedensprozess zu verderben versuchen.<sup>77</sup>

Die Erkennung der *Spoilers* in einem Friedensprozess sowie ein Verständnis ihrer Handlungsmotive und Erwartungen, erweisen sich als essentiell für eine effektive Entwicklung von Strategien, die zum Management von diesen Akteuren in einem komplizierten Umfeld eines neuen Krieges dienen und damit die Chancen auf eine erfolgreiche Friedenskonsolidierung erhöhen sollten.

## 2.1. Der Begriff des Spoilers

Steven Stedman war der erste, der sich mit dem Phänomen des *Spoilers* in der Friedensforschung auseinander gesetzt hat. Im deutschsprachigen Raum beschäftigt sich Ulrich Schneckener mit diesem Konzept und bezeichnet solche Akteure als „Störenfriede“ oder „Spielverderber“.<sup>78</sup>

Die einfachste Definition von *Spoilers* stammt aus seinem 1997 in „International Security“ erschienenen Artikel „Spoiler Problems in Peace Process.“ Laut Stedman sind Spoilers „leaders and parties who believe the emerging peace threatens their power, world view, and interests and who use violence to undermine attempts to achieve it.“<sup>79</sup>

Das Phänomen ist jedoch komplizierter, da jeder Friedensprozess genug Gründe zum *Spoiling* schafft. Friedensabkommen, die besonders inklusiv sind und alle Kriegsparteien gleichermaßen

---

<sup>76</sup> Vgl. op. cit. Richmond (2006), S. 61f.

<sup>77</sup> Vgl. Newman, Edward/Richmond, Oliver (2006): Introduction. Obstacles to Peace Processes: Understanding Spoiling, In: op. cit. Newman/Richmond (2006), S. 1ff.

<sup>78</sup> Vgl. Schneckener, Ulrich (2003): Warum manche den Frieden nicht wollen. Eine Soziologie der „Störenfriede“, Diskussionspapier der Fachgruppe 8., Februar 2003, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik.

<sup>79</sup> Op. cit. Stedman (1997), S. 178.

befriedigen, sind kaum zu erreichen. Jeder Gewaltakteur kann in einer Phase des Friedensprozesses ein Spielverderber sein. „What is clear is that all parties have the potential to be spoilers [...]“<sup>80</sup>

### 2.1.1. Die Position des Spoilers im Friedensprozess

Die Spielverderber können sich sowohl innerhalb, als auch außerhalb des Friedensprozesses befinden. In erster Linie unterscheidet Stedman zwischen den *Insiders* und *Outsiders*. Die *Insiders* sind Parteien, die an einem Friedensprozess teilnehmen und das Friedensabkommen unterschreiben, jedoch nicht bereit sind, die Bestimmungen der Verhandlungen umzusetzen. Die *Outsiders* sind hingegen Parteien, die an den Friedensverhandlungen nicht teilnehmen. Oft wollen sie sich definitiv nicht am Friedensprozess beteiligen, da sie den Friedensprozess als Bedrohung ihrer Interessen ansehen und es nicht bevorzugen an den Verhandlungen teilzunehmen. Andere Akteure werden vom *Custodian of Peace*, das heißt vom Vertreter der internationalen Gemeinschaft, als nicht glaubwürdig und loyal genug angesehen und werden bewusst zum Verhandlungstisch nicht eingeladen.

Die Rückkehr zur Gewalt kann auf kurze Sicht beiden Konfliktparteien mehrere Vorteile bringen. Die *Outsiders* sehen in erneuter Gewaltanwendung ein Mittel, um Zugang zu Ressourcen zu erlangen, sowie als ein legitimer Vertreter der Gesellschaft anerkannt zu werden. Für die *Insiders* heißt die Rückkehr zum Krieg vor allem, die Rückkehr zur gewinnbringenden Kriegsökonomie. Die erneuten Feindseligkeiten führen zur Unterbrechung des nur für eine Seite ungünstigen Friedensabkommens. Der erneute Konflikt bringt jedoch auch für die *Insiders* Nachteile. Sie müssen die damit verbundenen Kosten selber tragen. Einerseits geht es um die Kosten der Wiederaufnahme des Kampfes, andererseits um die des Verlustes der Friedensdividende.<sup>81</sup> Die Rückkehr zum Kampf ist somit eine kostspielige Entscheidung, da, laut Zahar, nicht nur reine Kosten der Gewaltanwendung, sondern auch Kosten des Verlusts der Glaubwürdigkeit sowie der

---

<sup>80</sup> Op. cit. Newman/Richmond (2006), S. 5.

<sup>81</sup> Vgl. ebd, S. 164.

Achtung anderer nationalen und internationalen Akteure ins Spiel kommen. Der Verlust der Vertrauenswürdigkeit führt zum definitiven Ausschluss von künftigen Friedensverhandlungen.<sup>82</sup>

Das gilt jedoch nicht für die *Outsiders*. Für sie sind die Kosten des Friedens extrem hoch und die Vorteile eher klein. Es lohnt sich für diese Gruppe eher die Kämpfe weiter auszutragen. „For them, the cost of peace is the potential loss of all benefits from war added to the prospect of demobilization. Violence, on the other hand, does not really cost them much.”<sup>83</sup>

Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Typen der Spielverderber liegt in der Wahl der Strategien, mit welchen sie ihre Ziele erreichen wollen. Laut Stedman, versuchen die *Insiders* die mögliche Bedrohung versteckt zu halten und so wenig Gewalt, wie nur möglich anzuwenden, um die Friedensdividenden nicht zu verlieren. Für die *Insiders* bedeutet der Friedensprozess eine weitere Chance zur Stärkung der eigenen Position, um dadurch mehr in den Friedensverhandlungen zu gewinnen. „Inside spoilers need to comply enough to convince others of their goodwill but not so much that it weakens their *offensive* military capability.”<sup>84</sup> Die *Outsider*, andererseits, neigen zur Anwendung offener Gewalt als ein Mittel zur Unterminierung des Friedensprozesses. Zu beliebten Strategien gehören Attentate auf gemäßigte Gruppen, die das Friedensabkommen unterzeichnen wollen.<sup>85</sup>

Ein besonderes Beispiel der *Outsiders* bildet die Diaspora. Die Diasporagruppen haben mehrere Möglichkeiten den Konflikt zu verschärfen. Die Methoden variieren von direkter Kampfbeteiligung, über Geldzuschüsse und Waffenlieferungen, bis zur Propagandaunterstützung. „The capacity of some diasporas to secure tangible and intangible resources in support of armed conflicts, the often opaque institutional and network structures that can allow for transnational transfers of arms and money to state and non-state actors, including terrorist groups[...].“<sup>86</sup> Das Erhalten des Konfliktes erfolgt nicht nur durch die Finanzierung der Gewaltakteure, sondern auch durch die finanzielle Unterstützung ihrer Familien im Konfliktgebiet. Einerseits hilft es den Familienmitglieder den Konflikt zu überleben, andererseits aber haben sie keine große Motive an

---

<sup>82</sup> Vgl. Zahar, Marie-Joëlle (2008): Reframing the Spoiler Debate in Peace Processes, In: Darby, John/Mac Ginty, Roger (Hrsg.): Contemporary Peacemaking. Conflict, Peace Processes and Post-War Reconstruction, New York, Palgrave Macmillan, S. 164.

<sup>83</sup> Ebd., S. 166.

<sup>84</sup> Ebd.

<sup>85</sup> Vgl. ebd.

<sup>86</sup> Smith, Hazel (2007): Diasporas in International Conflict, In: Smith, Hazel/Stares, Paul (Hrsg.) (2007): Diasporas in Conflict. Peace-Makers or Peace-Wreckers?, New York, United Nations University, S. 3.

der Wiederherstellung einer funktionierenden Friedensökonomie. Dank der Globalisierung, ändert sich die Rolle der Diaspora von einem Zuschauer zu einem aktiven Akteur.<sup>87</sup> Laut Collier und Hoeffler weisen die Postkonfliktgesellschaften mit einer großen Diasporagruppe eine sechs Mal größere Tendenz zum erneuten Ausbruch des Konfliktes innerhalb von fünf Jahren nach Einstellung der Kriegshandlungen auf, als die mit einer kleineren Diaspora.<sup>88</sup>

### 2.1.2. Die Typologie der *Spoilers* – das *Motivation-based Modell*

Neben der Differenzierung der Position des Spielverderbers im Friedensprozess, entwickelt Stedman eine Typologie der *Spoilers*, die sich auf dem Umfang ihrer Ziele und der Bedeutung, die eine Erreichung dieser Ziele für den Störenfried hat, stützt. Aus der Sicht von Stedman lassen sich drei Typen von *Spoilers* unterscheiden: *limited*, *greedy* und *total*.

Die *limited Spoilers* haben begrenzte Ziele. *Spoilers* diesen Typs zielen nicht auf die Erlangung der totalen Macht, sondern streben in erster Linie nach Anerkennung, Wiedergutmachung, einem Anteil an Macht oder nach der durch die Verfassung und die Opposition beschränkte Mitgestaltungsmacht, sowie den Mindestschutz für die Nachfolger. Da die Ziele der Spielverderber als moderat gelten, heißt es noch lange nicht, dass ihre Bereitschaft diese Ziele zu verwirklichen auch eingeschränkt ist. Im Gegenteil, „limited goals can be nonnegotiable and hence subject to heavy sacrifice.“<sup>89</sup> Die *limited Spoilers* können normalerweise im Friedensprozess und an Friedensverhandlungen teilnehmen, wenn andere Akteure ihren begrenzten, nicht verhandelbaren Forderungen entgegen kommen wollen.<sup>90</sup>

Auf der anderen Seite des Spektrums liegen die *total Spoilers*. Sie streben nach der Befriedigung eines totalen Machtanspruchs. Ihr Ziel ist die Vollmacht, die weder durch eine Verfassung, noch durch die Opposition eingeschränkt ist. Ihre Ziele sind unveränderbar. Die *total Spoilers* werden meistens von einer charismatischen Person angeführt. Der Führer sieht den Friedensprozess als

---

<sup>87</sup> Vgl. Shain, Yossi/Aryasinha, Ravinatha P. (2006): Spoilers or Catalysts? The Role of Diasporas in peace Process, In: op. cit. Newman/Richmond (2006), S. 114.

<sup>88</sup> Vgl. Collier, Paul/Hoeffler, Anke (2002): Greed and Grievance in Civil War, Working Paper 2002-01, Oxford, Centre for the Study of African Economies, <http://www.csae.ox.ac.uk/workingpapers/pdfs/2002-01text.pdf>, Zugriff am 12.05.2009, S. 17.

<sup>89</sup> Op. cit. Stedman (1997), S. 182.

<sup>90</sup> Vgl. ebd., S. 182f.

Nullsummenspiel. „[He] often suffers from pathological tendencies contrary to the pragmatism necessary for compromise settlements of conflict.“<sup>91</sup> Die *total Spoilers* verfolgen radikale Ideologien. Die Vollmacht bildet ein Mittel zu einer radikalen Transformation der Gesellschaft. Die *total Spoilers* wollen grundsätzlich keinen Frieden. Ihre Bereitschaft zu verhandeln ist taktisch – „a move to gain advantage in a struggle to the death.“<sup>92</sup> Sie können also nicht in den Friedensprozess mit einbezogen werden, sondern werden zerstört beziehungsweise marginalisiert, so dass sie den Prozess nicht gefährden.<sup>93</sup>

Stedman behauptet, dass sich der Typ des Spielverderbers ändern kann. Der *total Spoiler* kann also zum *limited Spoiler* werden und auch umgekehrt. Das Wechseln der Ziele hängt vom Standort der Schaltstelle des Spielverderbers ab. *Spoiling*-Anreize können nämlich sowohl von oben, als auch von unten kommen. Wenn der Antrieb zum Verderben von oben, das heißt vom Führer kommt, können die Spielverderber ihren Typ mit dem Wechsel an der Spitze ändern. Diese These ist besonders im Fall der *total Spoilers* relevant, da sie äußerste Ziele verfolgen. Die „Roten Khmer“ haben den ausverhandelnden Frieden niemals akzeptiert, solange Pol Pot an der Spitze stand. Wenn jedoch der *locus* des *Spoiler*-Verhaltens nicht in einem Führer, sondern in Anhängermassen liegt, ist der Typ des Spielverderbers nicht mehr so einfach veränderbar. Die Führer sind nämlich nur selten stark genug, um den Verlust der Unterstützung der Anhänger nicht zu befürchten. Der damalige Präsident von Ruanda, Juvénal Habyarimana, konnte 1994 die Verpflichtungen des Arusha-Abkommens nicht erfüllen, da es seinen Anhängern nicht gefallen hätte.<sup>94</sup>

Laut Stedman, gibt es noch einen dritten Typ der Spielverderber, die sogenannten *greedy Spoilers*. Sie passen ihre Ziele und Strategien situationsbedingt an. Ziele solcher Spielverderber können sich ausdehnen oder sich verengen, wenn die Abschätzung der Kosten und des Risikos besonders vorteilhaft beziehungsweise ungünstig erscheint. Die *greedy Spoilers* sind Opportunisten. „A greedy spoiler may have limited goals that expand when faced with low costs and risks; alternatively, it may have total goals that contract when faced with high costs and risks.“<sup>95</sup> Sie können sich an den Friedensverhandlungen beteiligen, wenn ihre begrenzten

---

<sup>91</sup> Ebd.

<sup>92</sup> Ebd., S. 183.

<sup>93</sup> Vgl. ebd., S. 186.

<sup>94</sup> Vgl. ebd., S. 183.

<sup>95</sup> Ebd.

Forderungen erfüllt werden und wenn sie keine weiteren Ziele hervorbringen. „A greedy spoiler with limited goals may be accommodated, but such accommodation may whet its appetite to demand more concessions.“<sup>96</sup>

	Limited goals	Total goals
Law commitment	Greedy or limited spoilers	Greedy spoilers
High commitment	Limited spoilers	Total spoilers

Abbildung 2: Stedmans Typologie der Spielverderber.<sup>97</sup>

## 2.2. Präzisierungsversuch

Stedmans *Spoilers*-Konzept hat einen Anstoß für die frühzeitige Erkennung der für den Friedensprozess gefährlichen Akteure gegeben und einen wichtigen Beitrag zur Friedenskonsolidierungsdebatte geleistet. Dennoch weist das Konzept einige Schwerpunkte auf, die präzisiert und geklärt werden müssen.

Die auffallendste Ungenauigkeit liegt in der Unterscheidung zwischen den Aktionen, die als *Spoiling* angesehen werden können und diesen, die zwar als Resultat einer kritischen Betrachtung eines Friedensprozesses gedeutet werden können, aber auch als legitimer Ausdruck unterschiedlicher Interessen und oppositionellen Meinungen gelten. Mit anderen Worten, wo liegt die Grenze zwischen *politics* und *Spoiling*? Der Bedarf dieser Klärung ist groß, weil es im Prozess der Friedenskonsolidierung notwendig ist, die Akteure, die an der Weiterführung der Verhandlungen und der erfolgreichen Friedensprozesse interessiert sind, aber gewisse Vorbehalte in manchen Problemfeldern haben, von diesen zu unterscheiden, die den Friedensprozess zweifellos ablehnen und ihm widerstehen. Die Klärung dieser Ungenauigkeit sollte die

<sup>96</sup> Ebd., S. 186.

<sup>97</sup>Op. cit. Zahar (2008), S. 160.

Diskreditierung eines Gewaltakteurs durch Bezeichnung als Spielverderber verhindern. Den Kriegakteuren sollte es vereitelt werden, ihre Gegner als Störenfriede zu markieren, um damit ihre Interessen und Meinungen als die einzig richtigen, und für den Friedensprozess günstigen, zu interpretieren. Selbst das Bezeichnen eines Akteurs als *Spoiler* kann seine Agenda beziehungsweise Interessen beeinflussen und zur Verlängerung und Erweiterung des Konflikts führen.<sup>98</sup>

In diesem Kontext ist weiters anzumerken, dass sich Stedman auf der Analyse solcher Parteien konzentriert, die direkt und bewusst einen Friedensprozess gefährden. Diese Sichtweise vergisst jedoch das unbeabsichtigte *Spoiling* als eine nicht auf die Unterminierung eines Friedensprozesses gezielte Auswirkung der legitimen Handlungen einer Partei. Diese Art von *Spoiling* ist schwieriger zu erforschen. „Indirect spoiling often has an insidious quality, is deeply embedded in societal structures and may be overlooked by the security provisions of formal peace accords which often concentrate on armed groups.“<sup>99</sup>

Newman und Richmond schlagen eine Präzisierung der Differenz zwischen *Spoiling* und *politics* folgendermaßen vor: „[...] acceptable are strategies that do not call into question the integrity of the peace framework as a final outcome.“<sup>100</sup>

Stedmans *Spoiler*-Konzept wird zudem aus einem subjektiven, westlichen Blickwinkel analysiert und nicht auf die Realität und Bedingungen der Konfliktregionen und –Gesellschaften abgestimmt. Strategien zur Friedenskonsolidierung werden auf der Basis von allgemeinen Theorien zu Krieg und Frieden geplant und zielen auf die Entstehung liberalen Friedens im Sinne der sozialen Gerechtigkeit, der territorialen Vereinbarung, der Menschenrechte sowie der Rechtsstaatlichkeit und des liberalen Marktes. Sie übersehen aber die Tatsache, dass diese Normen als kein Soll-Zustand in manchen Kriegsgebieten angesehen werden. „Democracy (at least polyarchy), human rights (especially in terms of civil and political rights), market values, globalization, self-determination, and the idea of the state are not necessarily universal values, nor appropriate in conflicted or divided societies. Moreover, the manner in which they are being promoted is, arguably, not even-handed and certainly loaded in favour of the market and the

---

<sup>98</sup> Vgl. op. cit. Newman/Richmond (2006), S. 3.

<sup>99</sup> Mac Ginty, Roger (2006): The Role of Accidental Spoilers, Paper presented at one day conference on violence and ethnic conflict (12.05.2006), Queen's University Belfast, S. 2.

<sup>100</sup> Op cit. Newman/Richmond (2006), S. 17.

status quo rather than social justice.”<sup>101</sup> Selbst die Anwesenheit eines Vertreters der internationalen Gemeinschaft, der diese Normen fördert und um jeden Preis implementieren will, kann eine Gegenreaktion der Parteien auslösen, die sich gegen den Friedensprozess stellen und zu *Spoiling*-Strategien greifen.<sup>102</sup> Meiner Ansicht nach, lassen sich lediglich die Bedingungen eines „positiven Friedens“, der eine gewaltfreie innergesellschaftliche Konfliktaustragung gewährleistet, als einzig allgemein akzeptierte verstehen und als solche sollten sie den unveränderbaren Kern eines Friedensprozesses ausmachen.

In diesem Zusammenhang taucht die Ungenauigkeit des *Spoiler*-Begriffes auf. Stedman bezeichnet als *Spoiler* jede Partei, die dem Friedensprozess nicht zustimmt.<sup>103</sup> Alleine wegen der oben erwähnten Gründe lässt sich feststellen, dass Stedmans Definition irreführend und nicht präzise genug ist, um mit ihrer Hilfe, einen Akteur als Spielverderber zu bezeichnen. Sehr treffend fassen es Greenhill und Major zusammen: „A group does not »become« a spoiler when it acts in ways that are contrary to the peace process – which is dictated by a group behavior – but rather when the outcome of their action spoils the process – which depends equally on the group in question and the other parties to the peace agreement.”<sup>104</sup> Auch Newman und Richmond fordern, den Focus von der Identifizierung der *Spoilers* auf die Identifizierung von *Spoiling* zu verlagern. Die Kriegsforschung sollte somit die bestimmten Strategien analysieren, die als gefährlich für die Friedenskonsolidierung bezeichnet werden konnten, statt sich mit der Typologie der Störenfriede zu beschäftigen. Solche Focusverschiebung sollte eine *a priori* Bezeichnung als Spielverderber nur aufgrund der (zum Beispiel sozialistischen oder marxistischen) Wertvorstellungen mancher Akteure verhindern.<sup>105</sup>

Präziserungsbedarf weist auch die Auswahl der Strategien, die als *Spoiling* genannt werden, auf. Stedman befasst sich in seinem Konzept ausschließlich mit einem Extremfall, wenn die Akteure physische Gewalt anwenden. Schneckener stellt allerdings fest, dass den Spielverderbern eine Vielzahl an gewaltfreien Alternativen zur Verfügung stehen, die auch den Friedensprozess unterminieren können. Radikale Rhetorik, Weigerung der Demobilisierung, Verweigerung

---

<sup>101</sup> Ebd., S. 5.

<sup>102</sup> Vgl. ebd., S. 8.

<sup>103</sup> Vgl. op. cit. Stedman (1997), S. 182ff.

<sup>104</sup> Greenhill, Kelly M./Major, Salomon (2006): The Perils of Profiling, In: International Security, Vol. 31, Nr. 3, S. 10.

<sup>105</sup> Vgl. op. cit. Newman/Richmond (2006), S. 17.



konstruktiver Zusammenarbeit oder Behinderung von Umsetzung wichtiger Reformen, stehen ganz oben auf der Liste.<sup>106</sup> Die gewaltlosen Former von *Spoiling* können also genauso destruktiv für den Friedensprozess sein, als eine unmittelbare Gewaltanwendung. Beim *Spoiling* handelt es sich also nicht allein um die Strategien, sondern um die Auswirkungen, die diese auf den Friedensprozess haben.

Als letzter Punkt des *Spoilers*-Konzepts, der meiner Meinung nach einer Präzisierung bedarf, ist die Frage, was dafür entscheidend ist, dass die Akteure zu *Spoiling*-Strategien greifen. Stedman stellt fest, dass jeder Gewaltakteur das Potenzial hat ein *Spoiler* zu sein und während des Friedensprozesses einer werden kann. In seinem Artikel vernachlässigt er jedoch die Frage, warum nicht alle potentielle Spielverderber die Chance nutzen, einen Friedensprozess zu unterminieren, obwohl sie die Möglichkeiten dazu haben. Aus der Sicht von Zahar, treffen Kriegsparteien ihre Entscheidungen auf der Basis des Kosten-Nutzen-Prinzips. Die Gewaltakteure schätzen ab, ob es sich mehr lohnt, bei einem Friedensprozess mitzumachen oder ob der Krieg mehrere Profite anbietet. Darüber hinaus verfügen die *Spoilers* aus Stedmans Konzept über starre Vorstellungen und feste, typspezifische Handlungsoptionen. Stedman zieht die Tatsache nicht in Betracht, dass die Kriegsparteien ihre Vorstellungen im Verlauf des Konfliktes überprüfen und die Strategien anpassen. Der Typ der Spielverderber ist damit keine unabhängige Variable. Die Kosten der Rückkehr zu Feindseligkeiten können laut Zahar durch zwei Faktoren eingeschränkt beziehungsweise ausgeglichen werden: Fähigkeiten und Gelegenheiten. Diese Fähigkeiten werden als die Verfügbarkeit der Ressourcen für Gruppen und Individuen definiert und als Gelegenheiten zu Gewaltbeschränkungen, die von internationalen Intervenierenden auferlegt werden, angesehen.<sup>107</sup> Die Akteure passen ihre Ziele, jedoch nicht ihre Prioritäten, gemäß den gegebenen Handlungsmöglichkeiten an. Jeder Spielverderber „will be as greedy as he thinks he can afford to be.“<sup>108</sup>

Fasst man alle oben genannten Punkte zusammen, lassen sich *Spoilers* als Akteure definieren, die über eine breite Palette an den gewaltsamen und friedlichen Handlungsoptionen verfügen, welche sich, wenn eingesetzt, destruktiv auf einen Friedensprozess auswirken und die Einrichtung eines „positiven Friedens“ gefährden. Das Unterminieren eines Friedensprozesses kann gezielt oder

---

<sup>106</sup> Vgl. op. cit. Schneckener (2003), S. 7ff.

<sup>107</sup> Vgl. op. cit. Zahar (2008), S. 166f.

<sup>108</sup> Op. cit. Greenhill/Major (2006), S. 11.

durch reines Versehen erfolgen. Darüber hinaus ändern sich die Vorstellungen eines *Spoilers* im Verlauf eines Friedensprozesses und seine Ziele sowie Strategien werden auf der Basis des Kosten-Nutzen-Kalküls an die sich verändernden Umstände angepasst.

### 2.3. Motivationen der Spielverderber

Das Spielverderben in einem Friedensprozess ist eine Form von Ablehnung mancher Aspekte der Verhandlungen. Paradoxerweise wird der Friedensprozess in mehreren Fällen immerhin als wertvoll angesehen, obwohl die *Spoilers* mit dem ausverhandelnden Abkommen nicht hundertprozentig einverstanden sind. „They may continue their participation even if only to reject any proposals.“<sup>109</sup> Die Frage, die sich hier stellt, ist, welche Motive hinter dem *Spoiling* stehen.

Wie in vorherigen Kapitel dargestellt, treffen die Gewaltakteure ihre Entscheidungen auf der Basis des Kosten-Nutzen-Kalküls und passen ihre Vorstellungen an den jeweiligen Friedensprozess an. Wenn diese Annahme richtig ist, müssen die Natur und die Bedingungen des Konfliktes einen Einfluss auf die Motive und Ziele der Konfliktparteien ausüben. Newman stellt fest, dass „a clear understanding of the nature of different types of conflict is necessary in order to anticipate and address spoiling and spoilers.“<sup>110</sup> Darüber hinaus hilft die Erkennung des Zusammenhangs zwischen der Natur eines Konfliktes und der Natur von *Spoiling* beim erfolgreichen Friedenskonsolidierungsprozess.

Ein ausgezeichnetes Studium der Motive zum *Spoiling* liefert der Artikel von William Zartman. Aus der Sicht von Zartman, erfolgen die Handlungen der Gewaltakteure, also auch der Spielverderber, auf der Basis von drei Grundmotiven: *need*, *creed* und *greed*, wobei im Verlauf des Prozesses ein anderes Motiv an erster Stelle steht.

*Needs* werden bei Zartman als „general qualities required by people for their existance“<sup>111</sup> definiert. Wenn *needs* in ausreichendem Maße nicht erfüllt sind, tragen sie zum Ausbruch eines

---

<sup>109</sup> Op. cit. Richmond (2006), S. 59.

<sup>110</sup> Newman, Edward (2006): „New wars“ and spoilers, In: Newman, Edward/Richmond, Oliver (Hrsg.) (2006): Challenges to Peacebuilding. Managing Spoilers During Conflict Resolution, New York, United Nations University Press, S. 134.

<sup>111</sup> Zartman, William (2000): Mediating Conflicts of Need, Creed and Greed, In: Orbis, Spring 2000, S. 263.

Konfliktes bei. Das Ziel eines *Custodian* ist es, einen gesellschaftlichen Zustand zu schaffen, indem die grundlegenden Bedürfnisse erfüllt werden können. Schneckener fasst ausgezeichnet zusammen, auf welchen Grundannahmen sich das *needs*-motivierte *Spoiling* stützt: die Störenfriede „sehen ihre politischen Forderungen nicht erfüllt, d. h. beklagte Mißstände (*grievances*) wurden nicht beseitigt oder bestimmte Bedürfnisse (*needs*) nicht oder nicht ausreichend befriedigt.“<sup>112</sup> Darüber hinaus kann der Friedensprozess selbst als ungünstig gesehen werden, da er neue Missstände schafft, „indem bestimmte Regelungen als Diskriminierung aufgefasst werden oder indem sie [die Spielverderber – Verfasserin] gänzlich von der Teilhabe an der Macht und an ökonomischen Ressourcen ausgeschlossen sind.“<sup>113</sup> Unter diesen Umständen, so Schneckener, werden die Akteure zu *Spoiling*-Strategien greifen, um das Friedensabkommen zu beeinflussen und den Friedensprozess mitzugestalten.

Solche Motive sind vor allem für die Akteure charakteristisch, die in einen Friedensprozess beim *Custodian of Peace* nicht einbezogen werden. Sie haben dann keine Möglichkeiten den Friedensprozess mitzugestalten und ihre Werte und Vorstellungen in die Friedensverhandlungen einzubringen. Diese Akteure verlangen meistens die Anerkennung als Vertreter gewisser Gesellschaftsgruppen seitens der internationalen Gemeinschaft.<sup>114</sup>

Die Strategien, die zur Befriedigung des jeweiligen Konfliktes eingesetzt werden, sollten dann auch die ursprünglichen Motivationen der Akteure in Betracht ziehen, die zum Ausbruch des Krieges beigetragen haben. Wenn das Friedensabkommen lediglich das Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen zum Ziel hat und die fundamentalen Kriegsursachen nicht berücksichtigt, wird der Friedensprozess kaum erfolgreich. Die ursprünglichen Motive der Gewaltanwendung bestehen noch immer und die Gewaltakteure werden nach Möglichkeit versuchen, ihre *needs* weiter zu befriedigen. Zartman bemerkt jedoch folgendes: „Perceived needs are flexible and satisfied at different levels under different circumstances, and needs satisfied at one time do not always remain so.“<sup>115</sup>

---

<sup>112</sup> Op. cit. Schneckener (2003), S. 4.

<sup>113</sup> Ebd.

<sup>114</sup> Vgl. Richmond, Oliver (2006): The linkage between devious objectives and spoiling behaviour in peace processes, In: op. cit. Newman/Richmond (2006), S. 61ff.

<sup>115</sup> Op. cit. Zartman (2000), S. 255.

Das zweite Hauptmotiv, das hinter dem Spoiling steckt und im Verlauf des Friedensprozesses an Bedeutung gewinnt, ist *creed*. Als *creed* bezeichnet Zartman eine Verbindung der ursprünglichen *needs* mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten, meist ethnischen Gruppe. „Creed itself is a “need,” as all individuals need to feel some level of identity, through ascriptive membership and/or belief systems.”<sup>116</sup> Die Führungseliten mobilisieren ihre Anhänger während des Konfliktes auf der Basis von “Politik der Identität”.<sup>117</sup> Gelingt es ihnen, wird die kollektive Identität zu einem wichtigen Aspekt des Konfliktes und später der Friedenskonsolidierungsphase, da sie einen Einfluss auf die Veränderung der Kriegsziele hat.<sup>118</sup>

Aus der Sicht von Schneckener, greifen Kriegsparteien zu *Spoiling*-Strategien, die von *creed* motiviert sind, wenn sie „in einem Friedensprozeß bzw. einem konkreten Abkommen ihre kollektive wie auch individuelle Identität [als] gefährdet oder nicht ausreichend gewürdigt“ finden. *Spoiling* erfolgt in diesem Fall, wenn sich eine Gruppe aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Ethnie diskriminiert oder marginalisiert fühlt und im Extremfall sogar um ihre Existenz fürchtet. Auf der Basis solcher subjektiven Vorstellungen, fordert diese Gemeinschaft eine privilegierte Stellung als Kompensation für die Verfolgungen und das erlittene Unrecht.

Die Konfliktparteien werden zu Spielverderbern, wenn ihre Forderungen, wie nämlich Anerkennung, Schutz, Autonomie oder Wiedergutmachung in Form der positiven Diskriminierung, nicht erfüllt werden.<sup>119</sup>

Die Beseitigung der auf *creed* basierenden Motive ist schwieriger als die Befriedigung der fundamentalen Bedürfnisse, da solche Störenfriede kaum kompromissfähig sind.<sup>120</sup> Aus der Sicht von Zartman, bildet die Rückkehr zur bestrebten Gleichheit noch keine langfristige Lösung, da „it usually is not satisfying to the rebel group, which seeks compensation for past grievances as well as removal of future ones, and in procedural as well as substantive terms.“<sup>121</sup>

Als für die Finalstufe des Konfliktes charakteristisches Gewaltmotiv, beschreibt Zartman *greed*. Münkler fasst den Motivwandel folgendermassen zusammen: „Am Anfang dieser Kriege spielen

---

<sup>116</sup> Ebd., S. 256.

<sup>117</sup> Vgl. op. cit. Kaldor (2000), S. 131ff.

<sup>118</sup> Vgl. op. cit. Zartman (2000), S. 256f.

<sup>119</sup> Vgl. op. cit. Schneckener (2003), S. 5.

<sup>120</sup> Vgl. ebd.

<sup>121</sup> Ebd., S. 257.

häufig politische Motive eine wichtige Rolle, etwa ethnische Konflikte oder religiös-konfessionelle Gegensätze, aber im Verlauf der oftmals eher dahinschwellenden als auflodernden Kriege (*low intensity conflicts*) verselbständigen sich die militärischen Komponenten der Kriegsparteien und entwickeln Eigeninteressen an der Fortdauer des Krieges.“<sup>122</sup> Da die Bedingungen der Gewaltökonomie der neuen Kriege besonders günstig sind, was ich bereits im vorherigen Kapitel dargestellt habe, entsteht eine Gefahr, nämlich, dass wenn die ökonomischen Motive die anderen überlagern, der Krieg zum profitablen Geschäft gemacht wird. Die Akteure werden dann größere Anreize an der Fortdauer der Gewalthandlungen sehen als am Frieden. „Greed is often not oriented towards solutions or problem-solving, but toward private gain and continuation of conflict, which is the source of its legitimation.“<sup>123</sup>

Die Gewaltökonomie des neuen Krieges stellt eine Auswahl von Selbstbereicherungsmöglichkeiten, von Plünderung und Diebstahl bis zur Veräußerung über internationale, kriminelle Netze legaler sowie illegaler Ressourcen, wie Drogen, Edelsteine oder Holz. Aus der Sicht von Schneckener, spielen die Anreize zur Selbstbereicherung nicht die wichtigste Rolle in diesem Zusammenhang. Vielmehr geht es um die Absicherung von Macht. So Schneckener: „Auf diese Wiese können sich politische und militärische Führer Kämpfer, Gefolgschaft und Loyalität erkaufen; enthält der Zugriff auf bestimmte Ressourcen, ist ihre Macht gefährdet.“<sup>124</sup>

Die Beseitigung solcher Motive erweist sich als besonders problematisch. Die Strategien der Friedenskonsolidierung, die auf Einrichtung regulärer und legaler Wirtschaft zielen, sollen auch im Kontext des Soll-Zustandes verstanden werden. Liberaler Markt muss nicht unbedingt als eine notwendige Struktur von einer Kriegsgesellschaft angesehen werden. Schon die Einbeziehung solcher Förderung in die Agenda kann ein destruktives Verhalten der Kriegsparteien verursachen. Darüber hinaus bringt eine so genannte „ökonomische Schocktherapie“ zahlreiche Gefahren mit sich. Eine rasche Liberalisierung und Privatisierung des Staatseigentums kann nämlich zur Legalisierung des illegal angeeigneten Eigentums führen.<sup>125</sup> Im Endeffekt bleiben die Ressourcen und politische Einflussmöglichkeiten bei den Akteuren, die zum Ausbruch des Konfliktes

---

<sup>122</sup> Op. cit. Münkler (2008), S. 11.

<sup>123</sup> Op. cit. Zartman (2000), S. 258.

<sup>124</sup> Op. cit. Schneckener (2003), S. 5.

<sup>125</sup> Vgl. Donais, Timothy (2005): *The Political Economy of Peacebuilding in Post-Dayton Bosnia*, London, Routledge, S. 38ff.

beigetragen, ihn verschärft und kaum Interesse an einer erfolgreichen Friedenskonsolidierung gezeigt haben.

Einen interessanten Beitrag und eine Ergänzung für Zartmans Hauptmotive liefert Schneckener, indem er zu den oben genannten *need*, *creed* und *greed* ein Motiv des „Autismus der Gewalt“ anhängt.

In den langandauernden gewaltsamen Auseinandersetzungen ist das Kämpfersein ein Beruf und eine Lebensform. Die Gewaltakteure sind nicht mehr imstande, die tatsächlichen Kosten und den Nutzen des Krieges richtig einzuschätzen, besonders wenn es um die Kosten der Anhänger geht. Schneckener erklärt die neue Funktion der Gewaltanwendung folgendermaßen: „was zunächst als Mittel zur Erreichung von politischen Zielen gedacht war, entwickelte sich im Zuge des gewaltsamen Konflikts zum Selbstzweck.“<sup>126</sup> Gewalt wird im Verlauf des Krieges nicht mehr als Problem gesehen, sondern eher als Mittel zur Problemlösung. Akteure, die einem „Autismus der Gewalt“ unterliegen, sind am Friedensprozess kaum interessiert und werden nicht an ihn teilnehmen.

In der Praxis tauchen die oben dargestellten Motive nicht einzeln und isoliert auf, sondern alle zusammen und beeinflussen sich gegenseitig. Im Verlauf des Prozesses spielen jedoch einzelne Motive eine größere Rolle als wiederum andere. Um die Strategien zum Management von *Spoilers* zu entwickeln, muss der *Custodian of Peace* in erster Linie eine Erkenntnis über die *Spoiling*-Motivationen einzelner Spielverderber gewinnen. Nur dann kann der Friedensprozess ohne Störungen verlaufen und in der Einrichtung eines „positiven Friedens“ enden.

## 2.4. Der Custodian of Peace

*Custodian of Peace* ist ein Begriff, der auch aus dem Steven Stedman Artikel „Spoiler Problems in Peace Process“ stammt. Als *Custodians* bezeichnet Stedman „international actors whose task is to oversee the implementation of peace agreements.“<sup>127</sup> Eine seiner Aufgaben ist es die potentiellen *Spoilers* zu beaufsichtigen. Aus der Sicht von Zahar, hängt es vom *Custodian* ab, ob

---

<sup>126</sup> Op. cit. Schneckener (2003), S. 5.

<sup>127</sup> Op. cit. Stedman (1997), S. 183.

die Verhandlungen, sowie der ganze Friedensprozess, erfolgreich enden oder scheitern. Obwohl eine Drittpartei zum Verhindern des Auftauchens der Spielverderber meistens nicht ausreicht beziehungsweise nicht nötig ist, kann man die Bedeutung des *Custodians* im Management der *Spoilers* nicht unterschätzen.<sup>128</sup> „Where international custodians have created and implemented coherent, effective strategies for protecting peace and managing spoilers, damages have been limited and peace has triumphed. Where international custodians have failed to develop and implement such strategies, spoilers have succeeded at the cost of hundreds of thousands of lives.“<sup>129</sup>

Als *Custodians* können die internationalen Organisationen, die einzelnen Staaten, sowie die formellen und informellen *ad hoc* Gruppen dieser auftreten. In den meisten Fällen werden jedoch die Vereinten Nationen zum *Custodian of Peace* erklärt, beziehungsweise trägt die UN zu dieser wichtigen Institution bei (zum Beispiel das Amt des Hohen Repräsentanten in Bosnien und Herzegowina).<sup>130</sup>

Betrachtet man alle oben genannten *Spoilers*-Typen, -Strategien und Motive, so lässt sich eine Frage nach den erfolgreichen Gegenstrategien des *Spoilers*-Managements stellen. Die entwickelten Strategien variieren von Überzeugung zu Gewaltanwendung.

Schneckener stellt die Überzeugung als die schwächste von allen Strategien zum Management der Spielverderber dar. Sie basiert auf reinem Austausch von Pro- und Contra-Argumenten und auf einer Annahme, dass eine Konfliktpartei ihre Forderungen aufgibt oder mindestens in der Zeit verschiebt. Schneckener meint jedoch, dass diese Variante nur einen sehr begrenzten Erfolg aufweist und nur im Falle der *limited Spoilers* eingesetzt werden kann. Auch dann gibt es keine Beweise für das erwünschte Ergebnis.<sup>131</sup>

Bessere Resultate kann die Verhandlungsstrategie bringen. So Schneckener: „Im Rahmen eines klassischen Verhandlungsprozesses werden Kompromisse erzielt, die für alle Seiten erträglich sind.“<sup>132</sup> Diese Strategie zielt auf die Einrichtung einer Win-Win-Situation, in der die Verhandlungsparteien zwar auf manche Forderungen verzichten müssen, jedoch auch einige

---

<sup>128</sup> Vgl. op. cit. Zahar (2008), S. 168.

<sup>129</sup> Op. cit. Stedman (1997), S. 179.

<sup>130</sup> Vgl. ebd., S. 184.

<sup>131</sup> Vgl. op. cit. Schneckener (2003), S. 11.

<sup>132</sup> Ebd.

Zugeständnisse bekommen. Den Spielverderbern wird hier eine Alternative angeboten, die den Friedensprozess nicht unterminiert und den *Spoilers* das Gefühl gibt, dass sie die Verhandlungen als Gewinner verlassen. Diese Strategie lässt sich beim Management von *limited* und *greedy* Störenfrieden verwenden.<sup>133</sup>

Stedman führt die Anreizstrategie ein, als die beste für das Management von *limited Spoilers*. Diese Strategie erfordert den Einsatz von positiven Mitteln, um den Klagen der Spielverderber entgegenzukommen und sie zu befriedigen. Da die meisten *Spoilers* die Beeinflussung des Friedensprozesses anstreben, kann der *Custodian* den Prozess nach den Vorstellungen der Spielverderber einigermaßen gestalten. Diese Strategie kann bei den *Spoilers* eingesetzt werden, deren Verhalten entweder durch Angst (sie streben nach besserem Schutz), Fairness (verlangen mehrere Vorteile), oder durch Mangel an Gerechtigkeit (fordern Legitimität und Anerkennung) verursacht wird.<sup>134</sup>

Die Anreizstrategie kann verschiedene Formen haben. Sie kann entweder als Erfüllung von kostspieligen Klagen (wie es in Mozambique 1993-1994 der Fall war), oder als Angebot der weiteren Beteiligung an Verhandlungen trotz der Gewaltanwendung seitens einer Partei (wie im Fall Angolas 1992 beziehungsweise Ruandas 1994) verstanden werden.<sup>135</sup>

Ein Sonderfall der Anreizstrategie ist die Bestechung. Schneckener beschreibt diese Taktik folgendermaßen: „Durch materielle Anreize werden Konfliktparteien zu einem kooperativen Verhalten oder zum Schweigen gebracht.“<sup>136</sup> Diese Strategie ist sehr umstritten, weil sie nicht nur als eine Belohnung für das *Spoiling* dargestellt werden kann, sondern auch eine Art des Anreizes für die weiteren, den Friedensprozess unterminierenden Handlungen, bildet. In gewissen Fällen ist es jedoch die einzige Möglichkeit, um den Friedenskonsolidierungsprozess überhaupt anzufangen. Diese Strategie wird üblicherweise zum Management der *greedy Spoilers* eingesetzt.<sup>137</sup>

Eine andere Strategie zum Management der *greedy Spoilers* ist die Sozialisierungsstrategie. Durch die Anwendung dieser, sollen sich die Spielverderber an die Einhaltung der Normen und

---

<sup>133</sup> Vgl. ebd., S. 11f.

<sup>134</sup> Vgl. op. cit. Stedman (1997), S. 184.

<sup>135</sup> Vgl. ebd.

<sup>136</sup> Op. cit. Schneckener (2003), S. 12.

<sup>137</sup> Vgl. ebd.



vereinbarten Spielregeln gewöhnen.<sup>138</sup> Diese Strategie baut auf zwei Kernkomponenten auf, die zum Hervorrufen des normativ akzeptablen Verhaltens der Gesprächspartner dienen: die materielle und die intellektuelle. Die materielle Komponente basiert auf einer vorsichtigen Dosierung von Zuckerbrot und Peitsche zum Belohnen, beziehungsweise Bestrafen der Spielverderber. Die intellektuelle Komponente betont hingegen eine reguläre Überredung der *Spoilers* vom Wert des angestrebten normativen Verhaltens. Die normativen Standards beinhalten unter anderem das Engagement für die Regeln der demokratischen Konkurrenz sowie die Einhaltung zum Schutz der Menschenrechte.<sup>139</sup> „The intellectual component can be aimed at both elites (the attempt of inculcate appropriate values) and citizens (the attempt to educate the mass of citizens into norms of good governance, democratic competition, and accountability, as a means of pressuring elites.“<sup>140</sup> Zusammenfassend soll der Friedensprozess auch als Lernprozess dienen, indem die Akteure die Vorteile des Friedens erkennen und auf das *Spoiling* verzichten.

Die nächste Strategie, die diesmal hauptsächlich auf die *total Spoilers* eingesetzt sein soll, ist die Zwangsstrategie. „A total spoiler, because it defines the war in all-or-nothing terms and holds immutable preferences, cannot be appeased through inducements, nor can it be socialized; moreover, both strategies risk strengthening the spoiler by rewarding it.“<sup>141</sup> Laut Stedman, baut die Zwangsstrategie auf die Androhung von Bestrafung auf, um das inakzeptable Verhalten der Spielverderber zu verhindern, beziehungsweise zu ändern sowie die Kapazitäten der *Spoiler* zum Verderben des Friedensprozesses zu reduzieren.<sup>142</sup> Die Konfliktparteien sollten damit zur Einhaltung des Friedensabkommens gezwungen werden.<sup>143</sup> Diese Strategie hat aber unterschiedliche Variationen.

Die Zwangsdiplomatie ist ein Typ der Zwangsstrategie, der nicht besonders oft zur Abschreckung der *Spoiler* im Friedensprozess angewandt wird. Die Zwangsdiplomatie baut auf der Anwendung von Drohung und Aufforderung zur Steuerung des Verhaltens der Gewaltakteure auf. Die Zwangsdiplomatie alleine ist in den seltensten Fällen erfolgreich, da die totalen Spielverderber ihr wahres Vorhaben oft zu verschleiern versuchen und den Willen des *Custodians* austesten.

---

<sup>138</sup> Vgl. op. cit. Schneckener (2003), S. 12.

<sup>139</sup> Vgl. op. cit. Stedman (1997), 185f.

<sup>140</sup> Ebd., S. 185.

<sup>141</sup> Op. cit. Stedman (1997), S. 186.

<sup>142</sup> Vgl. ebd., S. 186.

<sup>143</sup> Vgl. op. cit. Schneckener (2003), S. 13.

Darüber hinaus wird der *Spoiler* gestärkt, wenn der Vertreter der internationalen Gemeinschaft sich nicht durchsetzen kann und in seinem Streben nach Überlegenheit über die Spielverderber scheitert.<sup>144</sup>

Die zweite, nicht besonders oft von den *Custodians* benutzte Strategie des Besiegens von *Spoilern*, ist die Anwendung der Gewalt. Die *Custodians* sind nur selten im Stande, die Gewalt zum Schutz des Friedensprozesses anzuwenden. Die Vereinten Nationen waren jedoch zur Gewaltanwendung gezwungen, als der somalische Warlord Mohammed Farah Aideed wegen Übergriffen gegen die pakistanischen *Peacekeeper* beschuldigt wurde. In Sri Lanka haben die indischen *Peacekeeper* die Tamil-Rebellen mit Gewalt zu entwaffnen versucht und ihren Führer Velupillai Prabhakaran gefangen genommen.<sup>145</sup> Da nur wenige *Custodians* willig, beziehungsweise im Stande sind, die Gewalt gegen die Gegner des Friedensprozesses anzuwenden, versuchen sie die verhandlungsbereiten Konfliktparteien zu stärken, damit sie sich selbst verteidigen können.<sup>146</sup>

Dieser Umstand kann durch die *departing train* Strategie einfach erreicht werden. „The departing train strategy can do this by legitimizing the parties of peace and delegitimizing the spoiler, by depriving the spoiler of resources – both capital and weapons – for war, and by redeploying peacekeepers to protect the parties of peace.“<sup>147</sup> Die *departing train* Strategie nimmt an, dass die Akteure, die an einem Friedensprozess nicht teilnehmen wollen, ab einem bestimmten Zeitpunkt davon ausgeschlossen werden. Der Prozess läuft weiter und die *Spoilers* verlieren eine Möglichkeit ihn mitzugestalten und die Profite daraus zu ziehen. Diese Strategie ist jedoch ziemlich schwierig durchzuführen, da es besonders in den neuen Kriegen schwer zu entscheiden ist, wer an einem Friedensprozess tatsächlich teilnehmen möchte und dazu auch berechtigt sein sollte.<sup>148</sup>

Eine andere Variation der Zwangsstrategie ist *withdrawal*. Es ist die Androhung eines Rückzuges der internationalen Gemeinschaft aus dem Friedensprozess. Laut Stedman, geht die *withdrawal* Strategie davon aus, dass der Spielverderber die Anwesenheit der transnationalen Autorität

---

<sup>144</sup> Vgl. op. cit. Stedman (1997), S. 186.

<sup>145</sup> Vgl. ebd.

<sup>146</sup> Vgl. ebd.

<sup>147</sup> Ebd.

<sup>148</sup> Vgl. ebd. 186f.

während des Friedensprozesses will und braucht. Der *Custodian* bestraft die *Spoiler* durch Drohung der Entnahme der internationalen Unterstützung, sowie des Abzuges von internationalen *Peacekeepers*. Diese Strategie ist jedoch umstritten, da die Befürworter des Friedensprozesses bestraft und die Gegner belohnt, und sogar verstärkt werden.<sup>149</sup> „The strategy is a blunt instrument in that the punishment – withdrawal – promises to hurt parties that have fulfilled their obligations and reward any spoiler that opposes international engagement.“<sup>150</sup>

Zum Management sowohl der *limites*, als auch *total Spoilers*, wurde auch die Marginalisierungsstrategie entworfen. Diese Strategie wird eingesetzt um „den politischen Einfluss von Störenfrieden systematisch einzudämmen, diese Akteure intern zu spalten und letztendlich in der Gesellschaft zu marginalisieren.“<sup>151</sup> Die Marginalisierungsstrategie fördert die moderaten Akteure. Die radikalen Parteien werden politisch ignoriert und verlieren die Unterstützung der Gesellschaft und damit auch ihre Legitimität.<sup>152</sup>

Die oben dargestellten Strategien sind jedoch nur in der Theorie erfolgreich. Aufgrund der Komplexität des Krieges, seiner Ursachen und der Spielverderber, ist es unerlässlich, diese zu untersuchen. Auf der Basis dieser Untersuchung, sollten die Strategien gewählt werden, die den größten Erfolg versprechen. Die Anwendung einzelner Strategien allein kann sich auch als nicht erfolgreich erweisen. Deswegen sollten sie miteinander kombiniert werden. Darüber hinaus darf der *Custodian* nicht vergessen, dass manche Strategien, die ausgezeichnet zum Management eines Spielverderbers passen, den anderen stärken, wie es bereits bei der *withdrawal* Strategie gezeigt wurde.

---

<sup>149</sup> Vgl. ebd.

<sup>150</sup> Ebd., S. 185.

<sup>151</sup> Op. cit. Schneckener (2003), S. 12.

<sup>152</sup> Vgl. ebd.

### 3. Implikationen des Formwandels des Krieges für das Auftauchen der Spoilers

Die These des Formwandels des Krieges hat eine besonders polemische Debatte hervorgerufen. Die Kritik bezieht sich auf die Terminologie und den Begriff des „neuen Krieges“ selbst. Brock meint, dass der Begriff „inhaltsleer“<sup>153</sup> ist. Aus der Sicht von Schlichte, fehlt eine klare Abgrenzung des Beobachtungszeitraumes, sowie eine Auswahl der Kategorien, anhand welcher das Neue vom Alten abgegrenzt werden sollte.<sup>154</sup> Ein anderer Vorwurf bezieht sich auf die Wahl der Fallbeispiele, die als nicht objektiv bezeichnet wird. Brzoska meint, dass die Vertreter der These des neuen Krieges, ausschließlich solche Fallstudien als Illustration ihrer These gewählt haben, die das Phänomen bestätigten.<sup>155</sup> Darüber hinaus sind viele Merkmale des neuen Krieges schon in früheren Kriegen, vom Dreißigjährigen Krieg bis zu den Stellvertreterkriegen des Ost-West-Konfliktes, zu beobachten.<sup>156</sup>

Die heikle Debatte über die These des Formwandels des Krieges hat die Aufmerksamkeit, auf die mangelhafte Berücksichtigung der Bedingungen dieser Form des Konfliktes bei der Friedenskonsolidierung, gelenkt. „Denn Forschung, die den Formwandel des Krieges abstreitet oder als übertrieben wertet, wird kaum Mühe darauf verwenden, sich mit den Implikationen eines Kriegstyps für die Konfliktbearbeitung zu beschäftigen, dessen Neuartigkeit bzw. Existenz sie in Frage stellt.“<sup>157</sup> Meiner Ansicht nach, lassen sich eindeutig ungünstige Voraussetzungen für die erfolgreiche Friedenskonsolidierung feststellen, indem die neuen Kriege besonders günstiges Umfeld für die *Spoilers* schaffen.

Der Gegenstand dieses Kapitels ist die Analyse des Einflusses der Dynamik eines Konflikts auf die Natur der *Spoiler*. Ein klares Verständnis der Natur des gewaltsamen Konfliktes ist erforderlich für die Verwaltung der Spielverderber. Darüber hinaus ist das Verständnis der

---

<sup>153</sup> Brock, Lothar (2004): Vorwort: Alt und neu, Krieg und Gewalt: heuristische und normative Aspekte kategorialer Unterscheidungen, In: Kurtenbach/Lock (2004.): Kriege als (Über)Lebenswelten: Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität, Bonn, S. 12.

<sup>154</sup> Vgl. Schlichte, Klaus (2002): Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den internationalen Beziehungen, In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Nr. 9, S. 129.

<sup>155</sup> Vgl. Brzoska, Michael (2004): „New Wars“ Discourse in Germany, In: Journal of Peace Research, Nr. 41, S. 108.

<sup>156</sup> Vgl. Newman, Edward (2004): The „New Wars“ Debate: A Historical Perspective is Needed, In: Security Dialogue, Nr. 35, S. 179.

<sup>157</sup> Op. cit. Heupel (2005), S. 31.

Beziehung zwischen der Natur des Konfliktes und des *Spoilings* für die Friedenskonsolidierung unerlässlich.

Die Privatisierung der Gewaltakteure, die Brutalisierung der Gewaltstrategien, die Kriminalisierung der Gewaltökonomie, das Ökonomisieren der Gewaltmotive und die besonderen Asymmetrien des neuen Krieges, schaffen Faktoren, die besonders günstig für das Auftauchen der Spielverderber sind.

### 3.1. Implikationen der Privatisierung der Gewaltakteure

Die Privatisierung der Gewalt führt zu einer größeren Anzahl der Konfliktparteien und nichtstaatlichen Akteure. Aus der Sicht von Newman, sind die neuen Kriege generell mit dem sozialen Umfeld verbunden, in dem eine Vielzahl von staatlichen als auch nichtstaatlichen Akteuren vorkommt. Die Schwächung beziehungsweise die Unterminierung der Staatlichkeit, ist für dieses Umfeld von zentraler Bedeutung.<sup>158</sup>

Mit der steigenden Anzahl der Konfliktparteien und der Verringerung ihrer internen Kohärenz, ist die Befriedigung eines Konfliktes schwieriger. Die Friedenskonsolidierung kann nur dann erfolgreich vollzogen werden, wenn sie von allen relevanten Gewaltakteuren akzeptiert wird und diese auch vom *Custodian of Peace* in den Friedensprozess eingebunden sind.<sup>159</sup> „Je größer die Anzahl der Konfliktparteien ist, umso schwieriger ist es aber, alle Konfliktparteien, die vielfach divergierende Interessen verfolgen, an einem Friedensprozess zu beteiligen.“<sup>160</sup>

Mit der größeren Anzahl der Kriegsparteien steigt die Wahrscheinlichkeit des Auftauchens von *Spoilers*. Die Anerkennung, Legitimität, Führung sowie die Einbeziehung in, beziehungsweise der Ausschluss aus dem Friedensprozess, werden zu den Hauptproblemen der

---

<sup>158</sup> Vgl. op. cit. Newman (2006), S. 136f.

<sup>159</sup> Vgl. op. cit. Heupel (2005), S. 32.

<sup>160</sup> Ebd.

Auseinandersetzung. „This is why some parties may accept a negotiation process for reasons (such as recognition and legitimacy) other than reaching a settlement and a sustainable peace.“<sup>161</sup>

Es steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass in einem Friedensprozess mehr als ein Spielverderber auftaucht, der den Prozess zu unterminieren versucht. Die Konsolidierung kann sich somit nicht als erfolgreich ausweisen, da jeder *Spoiler* andere Strategien zur Beseitigung erfordert. Darüber hinaus haben die Strategien, die zur Schwächung eines Spielverderbers eingesetzt werden, eine ganz andere Wirkung, wenn es um andere *Spoilers* geht und können sogar zur Stärkung dieser beitragen.<sup>162</sup>

Die Inkohärenz der Gewaltakteure erwies sich als eine in der Friedenskonsolidierung schwierige Bedingung, weil der Friedensprozess nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Führungspersonen in der Lage sind, ihre Anhänger zur Erfüllung, der in den Friedensabkommen festgestellten Annahmen, zu zwingen. Wenn jedoch die Konfliktpartei eine dezentrale Organisationsstruktur ausweist und sich die einzelnen Einheiten unabhängig von den Führungseliten versorgen können, können die Leaders ihre Interessen nur schwierig durchsetzen.<sup>163</sup> Die These stützt sich jedoch auf die Annahme, dass die Führungseliten positiv zum Friedensprozess eingestellt sind und *locus* von *spoiling* in den Anhängermassen liegt.<sup>164</sup>

### 3.2. Implikationen der Brutalisierung der Gewaltstrategien

Die Brutalisierung der Gewaltstrategien und vor allem die Zunahme der gezielten Gewaltanwendung gegen die Zivilbevölkerung, schafft günstige Bedingungen für die Entwicklung der *Spoiling*-Aktivitäten und dadurch auch ungünstige Voraussetzungen für einen erfolgreichen Friedensprozess.

Die Anzahl ziviler Opfer und Vertriebener macht die Befriedigung eines Konfliktes besonders schwierig. Die Gesellschaften, die zum Opfer besonders gewaltsamer Handlungen fallen, sind

---

<sup>161</sup> Aggestam, Karin (2006): Internal and external dynamics of spoiling: A negotiation approach, In: op. cit. Newman/Richmond (2006), S. 26.

<sup>162</sup> Vgl. op. cit. Stedman (1997), S. 9.

<sup>163</sup> Vgl. op. cit. Heupel (2005), S. 32.

<sup>164</sup> Vgl. op. cit. Stedman (1997), S. 183.

nur bedingt in der Lage, die grausamen Erinnerungen beiseite zu lassen, die Kriegstraumata zu beseitigen und den Aussöhnungsprozess anzuregen.<sup>165</sup> „Mit dem Ausmaß der Gewaltanwendung gegen die Bevölkerung nimmt nämlich auch das Misstrauen und die wechselseitige Ablehnung zwischen den verschiedenen Volksgruppen zu.“<sup>166</sup> Nach dem Ende eines besonders grausamen Konfliktes, stehen sich nicht nur einzelne Bevölkerungsgruppen gegenüber, sondern auch sie repräsentierende Gewaltakteure. Besonders anfällig sind die Gewaltakteure der ethnopolitischen Konflikte, deren Hass gegen die anderen Entitäten stärker als Friedensliebe ist. Solche Gewaltakteure, die das Kriegstrauma nicht beseitigen können, werden schnell zu *Spoilers*, da sie ihre Rache nur in gewaltsamen Auseinandersetzungen nehmen können.

### 3.3. Implikationen der Kriminalisierung der Gewaltökonomie

Die Kriminalisierung der Gewaltökonomie schafft besonders günstige Bedingungen für die potentiellen *Spoilers* und dadurch auch besonders ungünstige Voraussetzungen für die Befriedigung eines Konfliktes. Je eher Spielverderber über Ressourcen zum Unterhalt ihrer Truppen und zur Finanzierung ihrer Handlungen verfügen, desto schwieriger wird die Friedenskonsolidierung.<sup>167</sup>

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts mussten die Gewaltakteure neue Versorgungsstrukturen aufbauen. Die Kriegsgebiete leiden und profitieren gleichzeitig unter den Folgen der Globalisierung, besser gesagt der Schattenglobalisierung. Das Phänomen ist zwar nicht neu, wurde aber im Kalten Krieg durch die Unterstützung der Supermächte verschleiert. Dank der Schattenglobalisierung, fanden die Kriegsherren graue Absatzmärkte für ihre Waren sowie Lieferanten für die militärischen Aufträge.<sup>168</sup>

Die Gewaltakteure erzielen Einkünfte aus dem Verkauf von Drogen, Diamanten, Holz, Kautschuk, Eisenerz oder sogar Bananen, wie es in Somalia der Fall war.<sup>169</sup> Durch die allgegenwärtigen, kriminellen Netze, erfolgt die Veräußerung der Waren besonders leicht und ist

---

<sup>165</sup> Vgl. op. cit. Heupel (2005), S. 34.

<sup>166</sup> Ebd.

<sup>167</sup> Vgl. ebd., S. 34f.

<sup>168</sup> Vgl. ebd., S. 36.

<sup>169</sup> Vgl. ebd.

für mehrere Personen gewinnbringend. Es profitieren nicht nur die *Warlords* und der Käufer im Westen. Die Transaktion erfolgt über Mittelsmänner, die eine ansehnliche Provision für ihre Dienste bekommen.

Die *Warlords* wurden zu leistungsfähigen Gewaltunternehmern und haben sich mit den berüchtigten Mafiabossen vereint. Die Einkünfte, die sie von der Äußerung der Güter erzielen, sind deswegen so hoch, weil die Kriegsherren ihren Arbeitern nicht, beziehungsweise nur ganz wenig bezahlen. Meistens sind Menschen, die Diamanten suchen oder Bananen sammeln, nur Sklaven, die mit dem Leben anstatt dem Tod belohnt werden.

Der Profit, den die *Warlords* aus der Schattenglobalisierung ziehen, gibt ihnen keinerlei Anreize, laufende Bürgerkriege zu beenden. Das Ende des Konfliktes wäre nämlich unprofitabel für die internationalen kriminellen Netze.

### **3.4. Implikationen der Ökonomisierung der Gewaltmotive**

Neben der Kriminalisierung der Gewaltökonomie, schafft auch die Ökonomisierung der Gewaltmotive eine günstige Voraussetzung für das Auftauchen der Spielverderber und damit sind die Chancen auf eine schnelle Befriedigung eines Konfliktes geringer. Je eher die Gewaltakteure den Krieg führen, um Profite zu erwirtschaften, umso schwieriger ist die erfolgreiche Friedenskonsolidierung.<sup>170</sup>

Da die Kämpfer in den neuen Kriegen nur selten Sold bekommen, ernähren sie sich meistens von der Plünderung und Veräußerung der geplünderten Waren. Die ursprünglich ideologischen beziehungsweise identitätsbezogenen Motive werden schnell von den ökonomischen überlagert. Der Krieg wird zum Geschäft.

Die Parteien, die nach Gewinn streben, haben kein Interesse an Friedensverhandlungen und profitieren eher von der gewaltsamen Austragung des Krieges. Die Rebellenbewegungen, die einen Krieg führen, um sich zu bereichern, erzielen die Einkünfte aus der Plünderung und dem Handel mit natürlichen Ressourcen, nur so lange, wie die Kämpfe andauern.

---

<sup>170</sup> Vgl. ebd., S. 33.



Die Beendigung eines Konfliktes ist also umso schwieriger, je stärker die Konfliktparteien die Kriege aus dem Erwirtschaften eigener Profite führen. Dies geschieht durch die Entscheidungen der Gewaltakteure, die auf der Basis des Kosten-Nutzen-Kalküls getroffen werden. Der Frieden wird dann nur selten attraktiver als der Krieg. Die Implikationen für das Auftauchen der *Spoilers* sind damit eindeutig.

### 3.5. Implikationen der Asymmetrie

Das letzte Merkmal, das zahlreiche Barrieren im Friedensprozess schafft und dadurch das Auftauchen der *Spoilers* entscheidend begünstigt, ist die Asymmetrie des Konfliktes.

Aus der Sicht von Aggestam, sind die neuen Kriege asymmetrisch, was bedeutet, dass die Natur der Verhandlungen stark beeinflusst wird. „Negotiations under conditions of asymmetry (asymmetrical negotiations) are a paradox, because one of the basic findings about the negotiation process is that it functions best under conditions of equality.“<sup>171</sup> Es gibt zahlreiche Implikationen der Asymmetrie des Konfliktes für den Verhandlungsprozess und die Anwesenheit der Spielverderber.

Laut Aggestam, macht die Asymmetrie die Kontinuität der unilateralen Kriegshandlungen wahrscheinlicher und einen multilateralen Stillstand weniger wahrscheinlich. Solch ein Stillstand verlangt eine symmetrische Beziehung und eine Situation, in der sich die Parteien gefangen fühlen und es nicht schaffen, zu unilateralen Strategien zurückzukehren. Die asymmetrischen Konflikte sind jedoch durch große Ungleichheit zwischen den staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren im wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bereich gekennzeichnet. Die stärkeren Parteien tendieren zur Anwendung ihrer Überlegenheit zur Fortsetzung der unilateralen Handlungen, wobei die schwächeren Parteien ihre Ressourcen mobilisieren und die Asymmetrie, durch ein klares Engagement für die gewaltsamen Aktivitäten, auszugleichen versuchen.<sup>172</sup>

Asymmetrie des Konflikts hat eine negative Auswirkung auf die Gerechtigkeit des verhandelten Prozesses. Die Regeln der Beteiligung und Verpflichtung der stärkeren und schwächeren Parteien

---

<sup>171</sup> Op. cit. Aggestam (2006), S. 26.

<sup>172</sup> Vgl. ebd., S. 26ff.

sind verschwommen oder gar nicht existent. Theoretisch gesehen, heißt Gerechtigkeit: eine freiwillige und rationelle Erfüllung der Abkommensbestimmungen. Üblicherweise legen die überlegenen Parteien die Spielregeln fest und stellen die Bedingungen des Abkommens auf. Das deutet auf große Implikationen für die Anwesenheit der Gruppen hin, die ihre Chancen in einer gewaltsamen Opposition sehen. Sie versuchen den Friedensprozess zu unterminieren, da ihrer Ansicht nach, der Prozess ungerecht ist. Darüber hinaus können die schwächeren Parteien widerwillig oder auch unfähig ihren Teil des Abkommens in der Implementierungsphase erfüllen. Dies führt zur Devaluation des Prozesses und im schlimmsten Fall sogar zu seinem Zusammenbruch.<sup>173</sup>

Laut Aggestam, liegt das Hauptanliegen des *Spoiling*-Phänomens in der legalen Asymmetrie zwischen den staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren und ihrem ungleichen Kampf um die Anerkennung und Legitimität. Es taucht die Frage auf, wer der berechtigte Sprecher und Leader einer nichtstaatlichen Partei ist. Ein anderes Problem ist auch, wie der *Custodian* mit einer großen Anzahl der Gewaltakteure am Verhandlungstisch handeln soll. „The quality and legitimacy of leadership – that is leaders’ ability to deliver their followers – are not only decisive in order to reach an agreement but also to implement it.“<sup>174</sup> Der *Custodian* muss die Gesprächspartner aufmerksam wählen und diese, die nicht *in good faith* verhandeln, werden keineswegs in den Friedensprozess einbezogen. Der Ausschluss aus den Friedensverhandlungen ist einer der Hauptgründe für *Spoiling*-Aktivitäten.<sup>175</sup>

Die Asymmetrie ist kein neues Phänomen. Sie war in der Kriegsgeschichte immer vorhanden. „Was neu ist, sind der *strategische Gebrauch* der Asymmetrien und die damit verbundenen *politischen Folgen*.“<sup>176</sup>

---

<sup>173</sup> Vgl. ebd., S. 27.

<sup>174</sup> Ebd.

<sup>175</sup> Vgl. ebd., S. 23ff.

<sup>176</sup> Op. cit. Münkler (2008), S. 11.

## **4. Fallbeispiel: Bosnien und Herzegowina**

Der von 1992 bis 1995 ausgetragene Krieg in Bosnien-Herzegowina gilt als die gewaltsamste Phase der Auflösung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Während des Krieges haben, drei ethnische Gruppen – Muslime, bosnische Kroaten und bosnische Serben – mit einer aktiven Beteiligung Kroatiens und Serbiens gegeneinander um eine politische und territoriale Neuordnung des bosnischen Staates gekämpft. Die Gründe und der Charakter des Krieges bleiben umstritten. Die Wissenschaftler sind sich noch immer nicht einig, ob es sich um einen Angriffskrieg oder um einen Bürgerkrieg handelt. Der Bosnienkrieg hat nämlich die Merkmale beider Kriegstypen aufgezeigt: eine Vielzahl der Gewaltakteure, die Komplexität der Agenden, das charakteristische Abkommen und der Friedensprozess.

Das Kapitel beginne ich mit einer Charakteristik des Bosnienkrieges, die auf die Hauptmerkmale des Krieges hinweist und diesen Konflikt als die typische Form des Krieges der letzten 20 Jahre bezeichnen lässt. Dieser Teil wird nach den bereits genannten Punkten strukturiert, die die gegenwärtigen von den klassischen Bürgerkriegen unterscheiden. Es erfolgt eine Unterscheidung nach Gewaltakteuren, -Strategie, -Ökonomie und -Motiven.

### **4.1. Bosnienkrieg – Fallstudie des neuen Krieges**

Obwohl sich in den 1990er Jahren andere äußerst brutale Konflikte auf der Welt ausgetragen haben, die ganz sicherlich besser für das Paradigma des heutigen Typs der Konfliktaustragung geeignet sind, ist der Krieg in Bosnien-Herzegowina zum Musterbeispiel des gegenwärtigen Krieges geworden. Dieser Konflikt hat das Bewusstsein von breiten Öffentlichkeitsmassen weltweit geprägt, da er am Rande, des seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges friedlichen Europas, stattgefunden hat.

In diesem Fallbeispiel finden wir schon alle für die gegenwärtigen Kriege typischen Merkmale, die in den späteren Konflikten in Afrika und Asien mit zunehmender Häufigkeit auftauchen.

#### 4.1.1. Die Gewaltakteure

Bosnien-Herzegowina war vor dem Krieg die ethnisch heterogenste Teilrepublik Jugoslawiens. „[...] gemäß der Volkszählung von 1991 bestand die Bevölkerung zu 43,7 Prozent aus Muslimen, 31,4 Prozent aus Serben, 17,3 Prozent aus Kroaten und einer restlichen Gruppe von Jugoslawen, Juden, Roma und Menschen, die sich selbst auf die verschiedenste Weise bezeichneten, etwa als »Giraffen« oder »Lampenschirme«.“<sup>177</sup> Die Hauptunterschiede bestanden in der Religionszugehörigkeit. Die Kroaten gehören der katholischen, die Serben der orthodoxen Kirche an. Die dritte ethnische Gruppe bildeten die Muslime, die als Bosniaken bezeichnet sind.

Während den ersten demokratischen Wahlen im November 1990, haben die Parteien, die diese drei ethnischen Gruppen vertraten, über 70 Prozent aller Mandate in der jugoslawischen Nationalversammlung gewonnen. Dazu gehörten: die Partei der demokratischen Aktion (SDA), die die Muslime repräsentierte; die Serbische Demokratische Partei (SDS); und die Kroatische Demokratische Union (HDZ). Diese drei Parteien standen im Bosnienkrieg gegen einander.<sup>178</sup>

Im Bosnienkrieg gab es eine Vielzahl von militärischen und paramilitärischen Truppen, die während des Konflikts in verschiedenen Kombinationen miteinander kooperiert beziehungsweise gegen einander Kriegshandlungen geführt haben. Typischerweise lassen sich im Bosnienkrieg fünf Haupttypen der Gewaltakteure finden. Wir unterscheiden hier unter regulären Streitkräften, paramilitärischen Gruppen, Selbstverteidigungseinheiten, ausländischen Söldnern und regulären, ausländischen Truppen.<sup>179</sup>

Jugoslawien war in der Zeit des Kalten Krieges das am stärksten militarisierte Land Europas (außer der Sowjetunion) mit seinen Rüstungsausgaben von 4 Prozent des Bruttosozialprodukts. „Titos Militärkonzept der »allgemeinen Volksverteidigung« beruhte [...] auf zwei Komponenten: einer regulären Armee einerseits und einer kurzfristig abrufbaren, partisanenähnlichen Territorialverteidigung andererseits.“<sup>180</sup> Jede Republik und autonome Provinz war für die Organisation der Territorialselbstverteidigungseinheiten zuständig. Die Waffen wurden deswegen nicht nur in lokalen Depots aller Republiken verlagert, sondern größtenteils auch unter den

---

<sup>177</sup> Op. cit. Kaldor (2000), S. 54.

<sup>178</sup> Vgl. Calic, Marie-Janine (1995): Der Krieg in Bosnien-Herzegowina, Frankfurt am Main, Suhrkamp, S. 96.

<sup>179</sup> Vgl. op. cit. Kaldor (2000), S. 147ff.

<sup>180</sup> Ebd.

Zivilisten verteilt. Die Idee war, binnen kürzester Zeit mindestens 10 Prozent der Bevölkerung zu mobilisieren. Im Zentrum der Idee Titos der jugoslawischen Militärplanung, befand sich die Verteidigung des Landesinneren. In Bosnien-Herzegowina befanden sich deswegen 50 Prozent der Streitkräfte des Staates und 55 Prozent aller Rüstungsbetriebe und Munitionsvorräte.<sup>181</sup>

Die Jugoslawische Volksarmee (JNA) bestand aus rund 70 000 regulären Soldaten und 150 000 Wehrpflichtigen. Die Armee verfügte über ein bundesweit organisiertes Netz miteinander verbundener Militärbasen, Waffenlager und Unternehmern. 70 Prozent der Offiziere der JNA stammten aus Serbien oder Montenegro. Unter ihnen hat sich die Idee des Jugoslawismus am besten erhalten, sogar wenn sie beim Rest der Gesellschaft auf dem Rückmarsch war.<sup>182</sup> Zahlreiche ausländische Beobachter wiesen eine direkte Beteiligung der JNA am Bosnienkrieg auf.<sup>183</sup>

Die militärisch-industrielle Stärke Jugoslawiens hat sich im Verlauf der Kriege in Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina aufgelöst. Aus der JNA und den Selbstverteidigungseinheiten entstand eine Reihe von regulären und irregulären Truppen. Jede der drei Konfliktparteien hatte ihre eigene Armee. Im Verlauf des Krieges wurden ihre Streitkräfte zunehmend normalisiert und zentralisiert. Am Ende des Krieges standen sich drei reguläre Streitkräfte gegeneinander: die mit der SDA kooperierende Armee von Bosnien-Herzegowina (ABiH); der kroatische Verteidigungsrat (HVO) als die Unterstützung der HDZ; die bewaffneten Truppen der SDS, die bosnisch-serbische Armee (VRS).<sup>184</sup>

Erst, im Frühjahr 1992, ist die Armee der bosnischen Serben entstanden. Im April 1994 besaß sie eine Masse von rund 100 000 Soldaten. Sie war zudem die am besten ausgerüstete unter allen drei Privatarmeen. „The VRS inherited enormous quantities of lethal weaponry from the arsenals of the JNA. Consequently, during the war the Bosnian Serb military enjoyed a huge advantage in heavy weapons like artillery guns, tanks, and heavy mortars, particularly over their main adversary, the poorly equipped and comparatively ragtag Bosnian Muslim forces [...]“<sup>185</sup> Außer dem erheblichen Ausmaß an schweren Waffen, übernahm die bosnisch-serbische Armee die

---

<sup>181</sup> Vgl. ebd.

<sup>182</sup> Vgl. op. cit. Kaldor (2000), S. 73.

<sup>183</sup> Vgl. op. cit. Calic (1995), S. 97.

<sup>184</sup> Vgl. ebd.

<sup>185</sup> Bose, Sumantra (2007): *Contested Lands*, Cambridge, Harvard University Press, S. 127.

Kontrolle über den Großteil der Waffenlager der JNA in Bosnien-Herzegowina. Faktisch gesehen, unterstand die VRS dem Generalstab in Belgrad und nicht der Regierung in Pale, der damaligen Hauptstadt der Republika Srpska. Unbestritten ist auch, dass die VRS logistisch, finanziell und militärisch von Belgrad unterstützt wurde.<sup>186</sup>

Die kroatischen Truppen der HVO waren schlechter als die VRS ausgerüstet und wiesen zu Anfang milizähnliche Strukturen auf. Später wurden sie durch reguläre kroatische Streitkräfte, örtliche kroatische Polizeieinheiten sowie parteinahe Freiwilligenverbände unterstützt.<sup>187</sup> Zunächst unterstand die HVO mit rund 50 000 Soldaten dem Oberbefehl Zagrebs und hat gemeinsam mit der kroatischen Armee operiert. Ebenso wie die VRS von der serbischen, wurde die HVO von der kroatischen Regierung ausgebildet, bewaffnet und logistisch unterstützt. Darüber hinaus wurden zwischen 15 000 und 20 000 Männer in die Westherzegowina und in das Neretva-Tal von der kroatischen Armee geschickt, um an den Kämpfen direkt teilzunehmen.<sup>188</sup> Zusätzlich zu den Waffen, die von der nationalen kroatischen Armee geliefert wurden, nutzte die HVO verschiedene Schwarzmarktquellen, um die Waffen zu kaufen. Auf der Liste stand vor allem das überschüssige Gerät aus den ehemaligen Warschauer-Pakt Staaten. Die Ausbildungshilfe wurde von der, von pensionierten amerikanischen Generälen gegründeten PMC *Military Professional Resources Incorporated*, geleistet.<sup>189</sup>

Anders als die bosnischen Serben und Kroaten, haben die Bosniaken von keinerlei Unterstützung seitens eines befreundeten Nachbarlandes profitiert. Die Muslime zogen mangelhaft vorbereitet und sehr schlecht ausgerüstet in den Krieg. Eine einheitliche bosniakische Armee existierte beim Ausbruch des Konfliktes überhaupt nicht. Die bosnischen Muslime bauten ihre Streitkräfte auf dem Paramilitär und den Territorialverteidigungsgruppen auf. Die ABiH „grew out of a nucleus of SDA-affiliated paramilitary groups and gangs of common criminals.“<sup>190</sup> Nachdem Mitte Mai

---

<sup>186</sup> Vgl. ebd., S. 127f.

<sup>187</sup> Vgl. Final Report of the Commission of Experts Established Pursuant to Security Council Resolution 780 (1992), Annex III General Studies, S/1994/674/Add. B. <http://www.his.com/~twarrick/commxyu1.htm>, Zugriff am 2.06.2009.

<sup>188</sup> Vgl. op. cit. Calic (1995), S. 97f.

<sup>189</sup> Vgl. op. cit. Kaldor (2000), S. 75f.

<sup>190</sup> Op. cit. Bose (2007), S. 127.

1992 die Armee Bosnien-Herzegowinas formal konstituiert wurde, besaß sie die Stärke von über 90 000 Soldaten.<sup>191</sup>

Selbstverteidigung ist nicht mit dem Ende der sozialistischen Militärstrukturen verschwunden und spielte besonders am Anfang des Krieges eine wichtige Rolle. Insbesondere haben sich die Muslime, die keinen ausländischen Patron gehabt haben, auf die Strukturen der territorialen Selbstverteidigung gestützt und waren lange Zeit auf sie angewiesen. Die örtlichen Milizen wurden während des Krieges hauptsächlich von den Gemeinden gestellt, aber auch von großen Unternehmen, wie Fikret Abdićs Agromerc in Velika Klusa und den Stahlwerken in Zenica. Sie spielten bei der Verteidigung der Stadt Tuzla eine große Rolle.<sup>192</sup>

Außer den regulären Streitkräften, sind im Bosnienkrieg zahlreiche Paramilitärs aufgetaucht. Die UN-Beobachter haben 83 paramilitärische Einheiten gezählt, darunter 56 serbische, 14 bosniakische und 13 kroatische. Sie unterstanden zwar dem Befehl eines unabhängigen Führers, wurden jedoch öfter von den Regierungen der jugoslawischen Nachfolgestaaten (im Falle der serbischen und kroatischen Einheiten) versorgt und ausgebildet.<sup>193</sup> „Unter ihnen befanden sich sowohl »organisierte« Freischärlerverbände als auch sogenannte »Weekend-Tschetniks«, vor allem aus Serbien.“<sup>194</sup> Breite Bevölkerungsmassen wurden in die Kampfhandlungen einbezogen. „Weder Alter noch Geschlecht stellten einen Hinderungsgrund dar, alle Arten Uniformierter und Nichtuniformierter griffen zu den Waffen.“<sup>195</sup> Die Zuordnung der Kämpfer zu einer der Kombattantengruppen erfolgte wegen Mangel an Uniformen, Symbolen und Rangabzeichen nur sehr schwer.<sup>196</sup>

Auf der serbischen Seite sind vier große Paramilitärs zu erwähnen: Arkans „Tiger“, Šešeljijs Tschetniks, „Weiße Adler“ und Draganovci.

Die gefährlichste von allen serbischen paramilitärischen Einheiten waren mit großem Abstand die Arkans „Tiger“. In diesem Fall handelt es sich um eine Figur der Belgrader Unterwelt. Zeljko Raznatovic „Arkan“ wurde in den 80er Jahren wegen zahlreichen Gesetzesbrüchen in

---

<sup>191</sup> Vgl. op. cit. Calic (1995), S. 98.

<sup>192</sup> Vgl. ebd.

<sup>193</sup> Vgl. Tretter, Hannes/Müller, Stephan (Hrsg.) (1998): „Ethnische Säuberungen“ in der nordostbosnischen Stadt Zvornik von April bis Juni 1992, Wien, Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, S. 14.

<sup>194</sup> Ebd.

<sup>195</sup> Op. cit. Calic (1995), S. 100.

<sup>196</sup> Vgl. ebd.

Westeuropa auf die Fahndungslisten von Interpol gesetzt. Vor dem Krieg war Arkan von der jugoslawischen Regierung angeheuert worden, um die zunehmend nach Jugoslawien ziehenden Einwanderer sowie die „Staatsfeinde Jugoslawiens“ zu ermorden.<sup>197</sup>

Arkan besaß einen Fußballfanclub vom Roten Stern Belgrad, aus dem er seine „Tiger“ rekrutierte. Sie zeichneten sich durch strenge Disziplin und besondere Grausamkeit aus. „Sie galten unter den Befragten als »eiskalte Killer«. Auch Bezeichnungen wie »Kampfmaschine« und »Rambo« wurden verwendet.“<sup>198</sup>

Die „Tiger“ trugen eine Art Uniform und ließen sich mit anderen Banden nur schwer verwechseln. „Die Angehörigen der Arkanovci trugen kurz geschnittenes Haar und waren mit (dunkel) olivgrünen Overalls, schwarzen abgeschnittenen Handschuhen und schwarzen gestrickten Wollmützen, die auch als Masken verwendet werden konnten, bekleidet. Ihre Militärstiefel waren mit Klettverschlüssen an der Uniform fixiert. Auf dem linken Ärmel trugen sie ein Emblem mit vier kyrilischen "S"; rund um dieses stand eingestickt: »Serbische Freiwilligengarde«. Einer anderen Beschreibung zufolge trugen sie Camouflage-Uniformen mit roten Pfeilen als Abzeichen, auf dem rechten Ärmel die serbischen Farben und auf der Schulter ein Emblem mit einem Tiger und der Aufschrift »Arkanove delije«.“<sup>199</sup> Ein zusätzliches Kennzeichen der „Tiger“ war ihr Widerwille gegen Alkohol. Sie waren jedoch nicht drogenscheu und haben öfter unter Drogeneinfluss agiert.<sup>200</sup>

Die Šešelji's Tschetniks haben hingegen eine besondere Vorliebe zu alkoholischen Getränken aufgewiesen. Ihr Führer und Gründer, Vojislav Šešelj war ein Dissident in Sozialismuszeiten, was ihn später auch ins Gefängnis gebracht hat. Seine Gruppe rekrutierte sich überwiegend aus Kriminellen und „Wochenende-Kämpfern“ und wies sich als besonders gewalttätig im Umgang mit Zivilisten aus. Ihr Kennzeichen war ein Bart.<sup>201</sup> „Sie trugen serbische Militärmützen mit den serbischen Farben oder einem Totenkopf auf der Stirnseite bzw. schwarze Pelzmützen (»Sapka«)

---

<sup>197</sup> Vgl. op. cit. Tretter/Müller (1998), S. 16.

<sup>198</sup> Ebd., S. 17.

<sup>199</sup> Ebd., S. 16f.

<sup>200</sup> Vgl. ebd.

<sup>201</sup> Vgl. ebd., S. 16ff.



mit serbischer Kokarde. Ein weiteres Erkennungsmerkmal waren die gekreuzten Munitionsgurte über der Brust und die Handgranaten am Gürtel.<sup>202</sup>

Sowohl Arkans „Tiger“ als auch Šešeljs Tschetniks agierten mit der JNA zusammen. In manchen Regionen unterlagen sie der Führung der jugoslawischen Armee, in anderen übten sie Befehlsgewalt über weitere paramilitärische Verbände als auch über Einheiten der JNA aus.<sup>203</sup>

Vojislav Šešelj war abwechselnd mit Mirko Jovic und Dragoslav Bokan auch Anführer der Gruppe „Weißer Adler“. Sie operierten ausschließlich unter dem Kommando der JNA und trugen meistens Uniformen aus JNA-Beständen beziehungsweise zivilen Kleidungen. „Sie führten als Abzeichen weiße Doppeladler auf der Kappe und auf dem Oberarm.“<sup>204</sup> Die Angehörigen der Weißen Adler rekrutierten aus den bosnischen Grenzgebieten. Ihr Hauptquartier war schwer zu lokalisieren.<sup>205</sup>

Eine weitere wichtige Einheit waren die Draganovci. Ihr Anführer war Vasiljkovic Dragan, den sie „Kapetan Dragan“ nannten. „Sie trugen rote Barette und Camouflage-Uniformen; Kapetan Dragan selbst soll nur in Zivil aufgetreten sein.“<sup>206</sup> So wie die Weißen Adler beinhaltete ihre Ausstattung nur leichte Waffen. Sie wurden als diszipliniert, ordentlich, korrekt, sogar als freundlich bezeichnet. Obwohl ihnen „Verwaltungsfunktionen“ zugeschrieben waren, wurde es berichtet, dass „Angehörige der Draganovci moslemische Gefangene vor der Ermordung durch andere Freischärler bewahrten.“<sup>207</sup> Sie haben nur selten Menschenrechtsverletzungen begangen.<sup>208</sup>

Unter dem kroatischen Paramilitär, sind die Wölfe von Vukovar und die Kroatische Verteidigungsunion (HOS) besonders erwähnenswert. Beide dieser Gruppe waren Flügel einer der zwei kroatischen Rechtsparteien. Die Wölfe und die HOS neigten zur HDZ. Die HOS mit ihrem Anführer Dobroslav Paraga, operierten mit der HVO zusammen. Was Uniformen betrifft, trugen sie „in Nachahmung der Ustascha, schwarze Uniformen mit dem kroatischen Karomuster-

---

<sup>202</sup> Ebd., S. 18.

<sup>203</sup> Vgl. op. cit. Kaldor (2000), S. 78.

<sup>204</sup> Op. cit. Treter/Müller (1998), S. 19.

<sup>205</sup> Vgl. ebd.

<sup>206</sup> Ebd., S. 20.

<sup>207</sup> Ebd.

<sup>208</sup> Vgl. ebd. 19f.

Wappen.“<sup>209</sup> Die Wölfe mit ihrem Gründer Jusuf Prazina kooperierten am Anfang des Bosnienkrieges mit der bosniakischen ABiH, jedoch ab August 1992 ausschließlich mit der HVO. Sie „traten in Bürstenschnitt, schwarzen Overalls, Sonnenbrillen, mitunter auch maskiert auf.“<sup>210</sup>

Auch die bosniakische Seite hatte ihre *Warlords*. Zu den am gefährlichsten gehörten zwei Kriminelle, Ćaco und Ćelo. Die paramilitärischen Einheiten auf der Seite der Muslime waren unter den Bezeichnungen „Grüne Barette“ und Muslimische Streitkräfte (MOS) bekannt. Sie unterstanden dem Kommando der ABiH. Die bosniakischen Paramilitärs besaßen die kleinste Anzahl von Männern unter allen postjugoslawischen paramilitärischen Gruppen. Ihnen wurden auch die wenigsten Grausamkeiten zugeschrieben.<sup>211</sup>

Im Bosnienkrieg kämpften zahlreiche ausländische Söldner: die italienischen Garibaldi-Einheiten, die die Kroaten unterstützten; Russen, die auf der serbischen Seite standen; sowie Dänen, Finnen, Schweden, Britten und US-Amerikaner.<sup>212</sup>

Die größte Gruppe bildeten jedoch die Mudschahedin, meistens die Veteranen des Afghanistankrieges. Die Mudschahedin wurden in mehreren Regionen eingesetzt und haben meistens, unabhängig von der ABiH, agiert.

Die Veteranen des Afghanistankrieges haben sich seit Anfang des Bosnienkonflikts daran beteiligt. Im ersten Jahr ihres Einsatzes haben sie eine taktische Inkompetenz sowie fanatische Bravour gezeigt, was eine hohe Gefallenenrate bewirkt hat. „[...]the mujahedin were reliant upon the larger regular forces of the Army of Bosnia-Herzegovina (ABiH). In contrast to the mujahedin fervor in combat, the Bosnian government's ABiH would retreat when faced with the overwhelming superior firepower of the Bosnian-Serbs.“<sup>213</sup> Die Bosniaken haben ihren Gästen mit Vergnügen erlaubt, auf ihrer Seite gegen Serben und Kroaten zu kämpfen. Die aktive

---

<sup>209</sup> Op. cit. Kaldor (2000), S. 79.

<sup>210</sup> Ebd.

<sup>211</sup> Vgl. ebd., S. 77ff.

<sup>212</sup> Vgl. ebd.

<sup>213</sup> Gray, David H./Tafoya, Fred A. (2008): Bosnia's 'Jihad' and the Development of Al Qaida: Past, Present, and Future, In: Research Journal of International Studies, Nr. 7, März 2008, S. 71.

Beteiligung der Mudschahedin führte zu zusätzlicher finanzieller Unterstützung aus anderen islamischen Ländern.<sup>214</sup>

Während der nächsten Jahre des Einsatzes, haben die Mudschahedin ihre Kampfstrategien weiter entwickelt und sind effektiver geworden. „[...]the mujahedin began kidnapping suspected Croatian intelligence officers, staging daring urban combat operations and ambushes, and abducting soldiers, including the April 1993 kidnapping of a Bosnian Croat general stationed in Zenica.“<sup>215</sup> Im letzten Jahr des Krieges, genossen die Mudschahedin das Vertrauen der ABiH sowie breiter Bevölkerungsmassen und wurden dort eingesetzt, wo die reguläre Armee nicht erfolgreich war.<sup>216</sup>

Die Mudschahedin haben mehrfach die UN-Soldaten zum Ziel gehabt. Die Anwesenheit der ausländischen Söldner war für die internationalen Truppen gefährlich. „The danger to NATO peace keeping forces was the basis for a provision added to the Dayton Peace Accords (DPA) which specifically called for the removal of all foreign fighters (not of local origin) from Bosnia within 30 days of the signing of the peace accords.“<sup>217</sup> Viele Veteranen des Afghanistankrieges sind jedoch nach dem Konflikt in Bosnien-Herzegowina geblieben, da sie die Regierung Izedbegovićs für ihre Hingabe im Krieg mit der Bürgerschaft belohnt hat. „These citizenships were granted either by virtue of their service in the Bosnian armed forces, marriage, or their roles as humanitarian aid workers.“<sup>218</sup> Schließlich sind hunderte von Mudschahedin in Bosnien-Herzegowina geblieben und haben damit gegen das Dayton-Abkommen verstoßen.<sup>219</sup>

Eine zweite Söldnergruppe, die laut Brayton eine große Rolle im Bosnienkonflikt gespielt hat und die ich hier erwähnen möchte, war das PMC Military Professional Resources Inc. (MPRI). Das Unternehmen lieferte eine Vielzahl von Dienstleistungen von strategischer Planung zur Ausbildungstätigkeit. Die MPRI-Einheiten haben sich jedoch nie direkt am Kampf in Bosnien beteiligt. 45 Grenzbeobachter wurden erst 1994 von den Amerikanern zur Kontrolle der Einhaltung vom Waffenembargo eingestellt. Kurz danach wurde das Unternehmen von den Kroaten zur Modernisierung und Umschulung der kroatischen Nationalarmee eingestellt, womit

---

<sup>214</sup> Vgl. ebd.

<sup>215</sup> Ebd.

<sup>216</sup> Vgl. ebd.

<sup>217</sup> Ebd., S. 72.

<sup>218</sup> Ebd.

<sup>219</sup> Vgl. ebd., S. 67ff.

sich früher die amerikanischen Streitkräfte beschäftigt haben. Das hat in einer erfolgreichen Operation in Kroatien und Wiedergewinnung von Krajina resultiert.<sup>220</sup>

Nach der erfolgreichen Aktion in Kroatien erfolgte auch mit den Bosniaken ein Kontrakt, der von mehreren islamischen Staaten finanziert wurde. „Although the Bosnian army received more than \$100 million in surplus military equipment from the US government, MPRI contractors helped with everything from long-term defense strategy to conducting war games and demonstrating the new tanks and artillery.“<sup>221</sup>

Im Bosnienkrieg wurden auch die regulären internationalen Truppen eingesetzt. Hier handelt es sich um eine neue Form von *Peacekeeping* – humanitäre Intervention. „Unter Völkerrechtlern herrscht insoweit Konsens, dass Zwangsmaßnahmen zur Sicherung demokratischer und menschenrechtlicher Mindestanforderungen ergriffen werden dürfen, wenn die politische Macht eines Staates in einem Maße fragmentiert ist, daß keine Streitpartei mehr die staatliche Souveränität repräsentieren kann, oder wenn einzelne Konfliktparteien die Auslieferung humanitärer Hilfsgüter willkürlich behindern.“<sup>222</sup> In Bosnien-Herzegowina wurden alle diese Bedingungen erfüllt.

Am 23. November 1991 haben Kroatien und Jugoslawien die Anwesenheit der Blauhelme beantragt. Da die oben erwähnten Bedingungen in Kroatien nicht erfüllt wurden, wurde zuerst eine kleine Truppe der internationalen *Peacekeepers* geschickt. Schließlich hat der Sicherheitsrat die United Nations Protection Force (UNPROFOR) gegründet. UNPROFOR wurde anfangs nur für 12 Monate geschickt, ihr Mandat war jedoch mehrfach verlängert und Ende April auf Bosnien-Herzegowina ausgebreitet worden.<sup>223</sup>

„UNPROFOR differed considerably from the »traditional« peacekeeping missions, but nonetheless lacked both the mandate and the means to end an ongoing conflict.“<sup>224</sup> Die Blauhelme wurden mit einem unrealistischen Mandat ausgestattet. Die Resolution 743 hat den

---

<sup>220</sup> Vgl. Brayton, Steven (2002): Outsourcing War: Mercenaries and the Privatization of Peacekeeping, In: Journal of International Affairs, Vol. 55, Nr. 2, S. 315f.

<sup>221</sup> Ebd., S. 316.

<sup>222</sup> Op. cit. Calic (1995), S. 157.

<sup>223</sup> Vgl. UNPROFOR Homepage, [http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/co\\_mission/unprof\\_b.htm](http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/co_mission/unprof_b.htm), Zugriff am 08.06.2009.

<sup>224</sup> Wouters, Jan/Naert, Frederik (2001): How Effective Is the European Security Architecture? Lessons from Bosnia and Kosovo, In: The International and Comparative Law Quarterly, Vol. 50, Nr. 3, S. 548.

UN-Truppen nur den Streifendienst anvertraut. Ihre Aufgaben wurden mit der Resolution 761 um die Bewachung des Flughafens in Sarajewo und den Begleitschutz der humanitären Hilfe ausgeweitet. Die Blauhelme in Bosnien hatten nur eine reine Friedenssicherungsaufgabe, das heißt, die Kontrolle vom militärischen Fliegenverbot über dem Luftraum Bosnien-Herzegowinas (die Resolution 781). Das Mandat der UN-Truppen war ungeeignet, weil es keinen Waffenruhestand gab und die gewaltsamen Handlungen noch immer stattfanden. „Leaving all considerations of law and UN practice on one side, the reality is that we have chosen to respond to major unlawful violence, not by stopping the violence, but by trying to provide relief to the suffering. But our choice of policy allows the suffering to continue.“<sup>225</sup> Obwohl UNPROFOR unter Kapitel VII der UN Charta eingerichtet wurde, konnten sich die UN-Soldaten meistens selbst nicht schützen und wurden deswegen zum Ziel der lokalen *Warlords*. Sie waren unfähig, Hilfslieferungen und Sicherheitszonen zu schützen. Stattdessen „sahen sie zu wie Eunuchen bei der Orgie.“<sup>226</sup>

#### 4.1.2. Die Gewaltstrategien

Kein Thema hat die internationale Öffentlichkeit nach Ausbruch des Jugoslawienkonfliktes so stark erschüttert wie das der Kriegsverbrechen. Das Interesse an der humanitären Dimension des Bosnienkrieges nahm zu, nach der Erscheinung in der Presse weltweit Berichte über Menschenrechtsverletzungen am Balkan. Der UNO Sicherheitsrat hat mit der Resolution 780 im Oktober 1992 eine Expertenkommission eingerichtet, die die Menschenrechtsverletzungen im ehemaligen Jugoslawien untersucht hat. Die Brutalität und Grausamkeit der Verbrechen hat sogar die Kommissionsmitglieder erschüttert.<sup>227</sup>

Der Bosnienkonflikt zeichnete sich durch einen Mangel an Frontlinien aus. Dieser Krieg wurde nämlich gegen die Zivilbevölkerung und nicht gegen den Gegner geführt. „Den bosnischen Serben ging es um die Schaffung einer autonomen bosnisch-serbischen Zone.“<sup>228</sup> Da es außer

---

<sup>225</sup> Higgins, Rosalyn (1993): The New United Nations and Former Yugoslavia, In: International Affairs, Vol. 69, Nr. 3, S. 469.

<sup>226</sup> Op. cit. Kaldor (2000), S. 95.

<sup>227</sup> Vgl. op. cit. Calic (1995), S. 118.

<sup>228</sup> Ebd. Kaldor (2000), S. 83.

Banja Luka keine Gegend gab, in der Serben die Mehrheit ausgemacht hätten, ließ sich ihr Ziel ausschließlich mittels ethnischen Säuberungen verfolgen.

„The coercive means used to remove the civilian population from the above-mentioned strategic areas [der Norden Bosniens und die Republik Serbische Krajina - Verfasserin] include: mass murder, torture, rape and other forms of sexual assault; severe physical injury to civilians; mistreatment of civilian prisoners and prisoners of war; use of civilians as human shields; destruction of personal, public and cultural property; looting, theft and robbery of personal property; forced expropriation of real property; forceful displacement of civilian population; and attacks on hospitals, medical personnel and locations marked with the Red Cross/Red Crescent emblem.“<sup>229</sup> Die ethnischen Säuberungen sind im großen Maßstab geplant worden und haben auf die Vertreibung der Nichtserben gezielt.

Laut Calic gab es drei Muster, nach denen ethnische Säuberungen durchgeführt wurden: Vertreibungsdruck, Deportation und Tötung. Welche von den drei Varianten zum Einsatz kam, hing unter anderem von der Bevölkerungszusammensetzung in der betroffenen Region, der Nähe dieser Region zu den Kampfgebieten sowie der in dieser Region Macht habenden Partei ab.<sup>230</sup>

In den Gebieten mit einem hohen muslimischen Bevölkerungsanteil gingen militärische Angriffe, Entführungen, Terrorakte und sogar Tötungen voran. In den Regionen mit der ethnisch gemischten Bevölkerung, waren die Nichtserben aufgrund von Diskriminierung und Gewaltandrohung zur Auswanderung gezwungen.<sup>231</sup> Innerhalb weniger Monate hat sich die ethnische Struktur der betroffenen Regionen verändert und homogenisiert. „[...] in the eastern Bosnian municipality of Foča the percentage of Bosniaks and Croats was 51 per cent in 1991, while at the end of 1992, most of the non-Serb population had already been expelled. By 1997, the Bosniac and Croat population numbered only 434 persons or 3.8 per cent of the total population of the municipality.“<sup>232</sup>

---

<sup>229</sup> Op. cit. Final Report of the Commission of Experts Established Pursuant to Security Council Resolution 780 (1992).

<sup>230</sup> Vgl. op. cit. Calic (1995), S. 126.

<sup>231</sup> Vgl. ebd., S. 126ff.

<sup>232</sup> Calic, Marie-Janine (2005): Ethnic Cleansing and War Crimes, 1991-1995, West Lafayette, Purdue University, S. 14.

Obwohl kein Zweifel an der Systematik, der Planung und der Koordination der ethnischen Säuberungen besteht, gibt es aus der Sicht von Calic, keinen Beweis für die physische Vernichtung anderer Ethnien als primäres Ziel der Serben. Die Vertreibungspolitik zielte auf die Zerstörung der ethnokulturellen Identität der Nichtserben ab. „So begleiteten die ethnischen Säuberungen Angriffe auf die elementarsten und überlebensnotwendigen Bereiche menschlicher Existenz.“<sup>233</sup> Das Ziel war es, das Leben anderer Nationen unerträglich zu machen und dadurch die Nichtserben zum Verlassen des betroffenen Gebietes zu zwingen. „Beispielsweise verloren sie ihre Arbeitsplätze und damit die medizinische Versorgung; ihre Telefonverbindungen wurden gekappt; sie durften sich nur in Gruppen von höchstens vier Personen treffen.“<sup>234</sup>

Am meisten hat die muslimische Bevölkerung gelitten. Während des Krieges wurden einige der ältesten und bedeutendsten islamischen Kulturdenkmäler in Europa zerstört. Im ersten Jahr des Konfliktes wurden über 70% der historischen Gebäude, Archive, Bibliotheken, Friedhöfe und Gotteshäuser vernichtet.<sup>235</sup> „Zerstört wurden die Städte nicht nur physisch, sondern auch ideell, als Symbole menschlicher Zivilisation und Hochkultur.“<sup>236</sup> Als Wahrzeichen gilt hier die Brücke von Mostar, die seit 1566 für das Sinnbild der Verbundenheit der europäischen und der orientalischen Kultur bezeichnet wird und die im November 1993, durch Beschluss der kroatischen Armee, gelegt wurde.

Diese Politik der „verbrannten Erde“ hat sowohl die kulturelle, als auch die soziale Identität der Betroffenen gefährdet. Mit den Moscheen sind nicht nur die Religionsausübungsplätze, sondern auch die historisch gewachsenen Kommunikationszentren verschwunden.

Die Politik nationaler Homogenisierung gegenüber den Frauen, erwies sich als besonders grausam. In den neuen Kriegen werden die geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen als Mittel zur Demütigung und Bestrafung der Feinde eingesetzt. „Es ist klar geworden, daß Vergewaltigungen keine bedauerliche, aber »natürliche« Begleiterscheinung von Kriegen sind, quasi »Ausrutscher« verrückter Hürden. Diesmal war es Kriegsstrategie, Ziel war eine »ethnische Säuberung«, die Ausrottung eines Volkes, indem seine Frauen vergewaltigt und geschwängert

---

<sup>233</sup> Ebd., S. 128.

<sup>234</sup> Op. cit. Kaldor (2000), S. 85.

<sup>235</sup> Vgl. op. cit. Calic (1995), S. 129.

<sup>236</sup> Ebd.

wurden.<sup>237</sup> Aus der Sicht von Welser, wurde die systematische Vergewaltigung der Frauen zur Kriegswaffe. Es wird geschätzt, dass es in Bosnien-Herzegowina keine Frau zwischen 15 und 25 gibt, die nicht sexuell missbraucht wurde.<sup>238</sup>

Welser merkt auch an, dass es bis zum Krieg auf dem Balkan keine sexuelle Folter von Männern gab, da die Vergewaltigung eines Mannes für unmöglich galt. Im Bosnienkrieg wurden jedoch die muslimischen Männer kastriert, sexuell gefoltert und bis zur Zeugungsunfähigkeit geschändet. Die Männer wurden „entmännlicht“.<sup>239</sup>

Speziell für den sexuellen Missbrauch der muslimischen Frauen, wurden Vergewaltigungslager eingerichtet. Anfangs gab es 16 solcher Einrichtungen, wobei ihre Anzahl 1993 auf 42 stieg. Außer der Vergewaltigungslager, gab es während des Bosnienkrieges eine Vielzahl von Lagern anderen Typs, unter anderem Arbeits- und Internierungslager. Mehr als die Hälfte von 403 Lagern wurde von den bosnischen Serben betrieben.<sup>240</sup>

Da der Bosnienkrieg von einem Mangel an Frontlinien gekennzeichnet war, waren auch die Großschlachten für den Konflikt nicht entscheidend. An ihre Stelle sind Massaker getreten. Üblich waren die Massaker an verschiedenen Marktplätzen in Sarajevo. Das größte Massaker des Bosnienkrieges hat in einer von der UN gegründeten Schutzzonen stattgefunden. Die bosnischen Serben haben 1995 in Srebrenica über 8 000 männliche Muslime getötet. „These mass killings represent the worst atrocity to have taken place on European soil since World War II.“<sup>241</sup>

#### 4.1.3. Die Gewaltmotive

Der Jugoslawienkrieg ist ein typisches Beispiel des identitätsbezogenen Konfliktes. Bosnien-Herzegowina war die ethnisch heterogenste Teilrepublik des Landes. Der Ausgangspunkt des Krieges ist in den defensiven Strategien der serbischen und kroatischen bürokratischen Eliten zu

---

<sup>237</sup> Van Welser, Maria (1993): Am Ende wünschst du dir nur noch den Tod. Massenvergewaltigungen im Krieg auf dem Balkan, München, Droemersch Verlag, S. 19.

<sup>238</sup> Vgl. ebd., S. 19ff.

<sup>239</sup> Vgl. ebd., S. 181.

<sup>240</sup> Vgl. op. cit. Kaldor (2000), S. 85.

<sup>241</sup> Op. cit. Calic (2005), S. 17.



finden, die mit Hilfe der nationalistischen Ideologie, als Ersatz für die Legitimation Titos ihre Anhänger zu mobilisieren versuchten.

Die These des „uralten Hasses“ als Erklärung des Ausbruchs des Bosnienkrieges wurde von Robert Kaplan eingeführt. Kaplan vertritt die Meinung, dass der „historische Hass“ zwischen den ethnischen Gruppen auf dem Balkan immer vorhanden war und durch den Sozialismus lediglich unterdrückt wurde. „Bosnia did have one sophisticated urban centre [...] Sarajevo, where Croats, Serbs, Muslims and Jews had traditionally lived together in reasonable harmony. But the villages around were full of savage hatreds, leavened by poverty and alcoholism. The fact that most horrifying violence – during both World War II and the 1990s – occurred in Bosnia was no accident.“<sup>242</sup>

Diese These reduziert jedoch die gesamte Geschichte der Region auf die Geschichte der gewaltsamen Austragung der Konflikte und erklärt die langen Zeiträume der Kooperation aller ethnischen Gruppen, auch vor der Ära Titos.

Gewisse Rolle spielen in diesem Konflikt die von van Creveld dargestellten primitiven Anreize „Blut zu vergießen“. Diese sind besonders für die Vertreter der Diaspora charakteristisch. Ihre Mitglieder haben üblicherweise in den Gastländern eine Familie gegründet und eine Arbeit gefunden. Übers Wochenende haben sie jedoch dieses Leben beiseitegeschoben und sind in die Heimat zurückgekehrt, um dort Abenteuer zu erleben.<sup>243</sup>

Obwohl die Politik der Identität das mit Abstand wichtigste Motiv war, das den Konflikt angetrieben hat, spielten die ökonomischen Anreize gleichwohl eine gewisse Rolle.

Der Theorie der neuen Gewaltökonomie zufolge, sind die gewaltsamen Konflikte des neuen Typus und somit auch das Auftauchen von *Spoilers* besonders in armen Ländern wahrscheinlich, deren Wirtschaft von einem hohen Anteil des Rohstoffexports abhängt. Unter diesem Gesichtspunkt waren die Bedingungen für die Entstehung der neuen Gewaltökonomie in Bosnien alles andere als günstig. Vor dem Krieg war Jugoslawien kein besonders armes Land, weder hängt seine Wirtschaft in hohem Umfang vom Rohstoffexport ab. Die jugoslawische Wirtschaft stützte sich auf dem Tourismus. „(Grund)-Renten, die sich aus der Ausstattung eines Landes mit

---

<sup>242</sup> Kaplan, Robert (1994): *Balkan Ghosts. A Journey Through History*. New York, St. Martin's Press, S. 62.

<sup>243</sup> Vgl. op. cit. Creveld (1998), S. 233ff.

touristischen Attraktionen ziehen lassen, tendieren gegen Null, wenn auch nur Anzeichen von Unsicherheit sichtbar werden.<sup>244</sup>

Aus der Sicht von Ehrke, haben die ex-jugoslawischen Eliten auch unter diesen Bedingungen ihre Chance auf Selbstbereicherung gefunden. Die Serben und die Kroaten strebten nach Einrichtung der ethnisch homogenen Regionen in Bosnien-Herzegowina, um sie später an die eigenen Nationalstaaten anzuschließen. Ihr Einkommen und Status hingen vom Fortbestand des Regimes in Serbien oder in Kroatien beziehungsweise von seiner Neuauflage in einem separaten Staat in Bosnien-Herzegowina ab. Zum Teil ist der Konflikt um Steuerannahmen und Renten ausgetragen worden, da die Ausweitung des Territoriums einen Zuwachs an Ressourcen, Bevölkerung, Steuern und Renten bedeutete. Darüber hinaus stand im Hintergrund des Konfliktes die potentielle Auseinandersetzung um das Staatseigentum. Das öffentliche Eigentum gehörte in Jugoslawien vor allem den Kommunen und Arbeitskollektiven.<sup>245</sup> „Die selbstverwalteten Unternehmen und Kommunen wurden von ihren Managern und Politikern zunehmend wie persönliche Feudalbesitztümer geführt.“<sup>246</sup>

Ehrke weist darauf hin, dass die Transformation der Plan- zur Marktwirtschaft, anders als in anderen postkommunistischen Ländern erfolgte. In Jugoslawien war sie nicht, wie in China oder Russland, mit der Bereicherung der alten, sondern eher mit dem Aufkommen der neuen Elite verbunden. Sie bediente sich illegaler Märkte außerhalb des Staates und agierte nicht immer legal. Die Position der Republik im jugoslawischen Wirtschaftsraum war bereits vor Beginn des Krieges unvorteilhaft.<sup>247</sup> Bosnien „verlor eine wichtige Einnahmequelle (die Transfers des Bundes), seine wichtigsten Absatzmärkte sowie seine Versorgungsquellen für lebenswichtige Produkte.“<sup>248</sup> Ein schneller Wirtschaftsniedergang hat die Opportunitätskosten des Konfliktes für die Gewaltakteure gesenkt.<sup>249</sup>

Laut Ehrke, wuchs die Bedeutung der innerstaatlichen Grenzen nicht nur zwischen den Teilrepubliken, sondern auch zwischen einzelnen Zonen und Kantonen. Dies entsprach der

---

<sup>244</sup> Ehrke, Michael (2003): Von der Raubökonomie zur Rentenökonomie. Mafia, Bürokratie und internationales Mandat in Bosnien, In: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 2/2003, S. 129.

<sup>245</sup> Vgl. ebd., S. 130f.

<sup>246</sup> Ebd., S. 131.

<sup>247</sup> Vgl. ebd., S. 129f.

<sup>248</sup> Ebd., S. 130.

<sup>249</sup> Vgl. ebd.

Zunahme des grenzüberschreitenden Parallelhandels, der sich auf dem illegalen Austausch legaler und illegaler Güter wie Drogen, Waffen oder Zigaretten stützte. Die Kontrolle dieser Form des Handels war eine der ökonomischen Grundlagen für das Dauerscheitern des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina.<sup>250</sup>

Der Zusammenhang zwischen der Parallelwirtschaft und dem Krieg bietet keine kausale Erklärung des Bosnienkonfliktes. Er verweist jedoch auf einen, sich selbst reproduzierenden Kreislauf zwischen dem Wirtschaftsniedergang in der ex-jugoslawischen Republik, der Bedeutungszunahme der innerstaatlichen Grenzen und der ökonomischen Nutzung des Krieges.<sup>251</sup>

#### 4.1.4. Die Gewaltökonomie

Der Konflikt in Bosnien-Herzegowina zerstörte den Rest der formellen Wirtschaft. Im Zuge des Krieges schrumpfte die bosnische Industrie um 90% und die Wirtschaft um 75%. Während des Krieges sind zwei Ökonomien zu unterscheiden: Zum einen diejenige, die zur Finanzierung der Gewalthandlungen diente und zum anderen diejenige, die als Bereicherungsfeld der neuen Eliten zu sehen ist.<sup>252</sup> „Beide Ökonomien sind eng miteinander verflochten – so eng, dass sich bei einzelnen Transaktionen oft nicht mehr zurechnen lässt, ob sie der Finanzierung des Krieges dient oder dem Krieg nutzt.“<sup>253</sup> Plünderung kann nämlich als eine Art Sold, der für die Kriegsfinanzierung nützlich ist, oder als ein individuelles Bereicherungsmittel gesehen werden.

Aus der Sicht von Ehrke, war die Ökonomie der kommerziellen Kriegsnutzung der Ökonomie zur Finanzierung des bewaffneten Konfliktes im Bosnienkrieg überlegen. Die schnell desintegrierende, jugoslawische Wirtschaft konnte kaum mehr den Grundbedarf der Bevölkerung oder den Waffenbedarf der Konfliktparteien decken. Die Gewaltakteure stützten ihre Handlungen nicht auf die Mobilisierung beziehungsweise Erweiterung der produktiven Ressourcen, sondern eher auf die Inbesitznahme der vorhandenen Ressourcen.<sup>254</sup> „Der Krieg verwandelte die

---

<sup>250</sup> Vgl. ebd., S. 131.

<sup>251</sup> Vgl. ebd., S. 127ff.

<sup>252</sup> Vgl. ebd., S. 133.

<sup>253</sup> Ebd., S. 133f.

<sup>254</sup> Vgl. ebd.

bosnische Ökonomie intern in eine Raubökonomie, in der sich die kämpfenden Parteien durch Erpressungen, Plünderungen, Zwangsvertreibungen, Abgabenerhebungen und illegalen Handel die Besitztümer der jeweils anderen Partei aneigneten.<sup>255</sup>

Bougarel betont, dass sich alle Kriegsparteien durch die Unterstützung seitens anderer Staaten versorgten, abgesehen von den kriminellen Geschäften. Die bosnischen Kroaten wurden von Kroatien, die bosnischen Serben von Serbien und die bosnischen Muslime von den islamischen Ländern finanziert. Darüber hinaus konnten alle Seiten mit der Zuwendung der jeweiligen Diaspora sowie mit den internationalen humanitären Hilfslieferungen rechnen.<sup>256</sup>

„Die ökonomische Nutzung des Krieges setzte die Kooperation der wirtschaftlichen und politischen Eliten wie der militärischen Führungsgruppen über die Kriegsfronten hinweg voraus.“<sup>257</sup> Das hat die Entstehung von kooperativen Renten- und Mafiastrukturen verursacht.<sup>258</sup> Die gegenseitige Zusammenarbeit der Kriegakteure schuf keinesfalls günstige Bedingungen für die Beendigung des Konfliktes, da alle Seiten von der gewaltsamen Auseinandersetzung profitierten.

Laut Ehrke, haben sich die neuen Eliten zur Mafia entwickelt. Die Mafiastrukturen sind an die Stelle der staatlichen Verwaltung getreten und haben die Funktionen erfüllt, die der Staat nicht mehr fähig war zu erfüllen. Dabei kam es zu zahlreichen Überschneidungen zwischen den kriminellen Mafiastrukturen und der staatlichen Verwaltung. Für die zivile Bevölkerung bedeutete der Übergang von den staatlichen zu den kriminellen Strukturen eine unerlässliche Integration in die mafiosen Netzwerke, um das eigene Überleben zu sichern. Für die anderen brachte diese Integration eine Chance zum ersten, systematischen Kontakt mit der postsozialistischen Marktwirtschaft, was in die Ausbildung der neuen Eliten resultierte. Die meisten Bürger konnten ihr Einkommen nicht legal erwirtschaften, sondern waren auf die klientelisch strukturierten Märkte angewiesen. Die Nutzung der klientelistischen Netzwerke wurde zur Überlebensstrategie. Die Gewaltökonomie war also durch klientelistische

---

<sup>255</sup> Ebd., S. 134.

<sup>256</sup> Vgl. Bougarel, Xavier (1999): Zur Ökonomie des Bosnien-Konflikts: zwischen Raub und Produktion, In: Jean, François/Rufin, Jean-Christophe (Hrsg.) (1999): Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg, Hamburger Edition HIS, S. 191ff.

<sup>257</sup> Op. cit. Ehrke (2003), S. 134.

<sup>258</sup> Vgl. ebd.

Transaktionsbeziehungen gekennzeichnet, die sich auf die ethnische Zuordnung und Loyalität stützten.<sup>259</sup>

Die humanitäre Intervention und die European Stability Initiative haben zusätzlich die Ökonomie *sui generis* geschaffen. „Die Ökonomie der Intervention hat ihren eigenen Arbeitsmarkt, der sich aus dem internationalen Arbeitsmarkt für Experten und einem lokalen Arbeitsmarkt für Hilfskräfte (Fahrer, Bürokräfte, Übersetzer etc.) zusammensetzt.“<sup>260</sup> Die Personen, die als Vermittler zwischen den internationalen Organisationen und des lokalen Volkes eingestellt wurden, erwiesen eine Schlüsselposition. Sie hat ihnen ermöglicht, sich externe Renten anzueignen und sie danach unter klientelistischen Beweggründen zu verteilen.<sup>261</sup> Damit konnten sie nicht nur sich selbst bereichern, sondern „gleichzeitig ihre politischen Machtpositionen (zwecks künftiger systematischer Bereicherung) erhalten beziehungsweise ausbauen.“<sup>262</sup> Die bosnische Wirtschaft war vollständig vom Distributionsnetz der internationalen Hilfsleistungen abhängig, die von den, während des Krieges entstandenen, neuen kriminellen Eliten, kontrolliert wurde. Die European Stability Initiative hatte zum Ziel, die Rentenökonomie abzuschaffen und sie mit einer funktionierenden Marktwirtschaft zu ersetzen. Stattdessen hat das Programm „eine Rentenökonomie von außenordentlicher Dimension geschaffen.“<sup>263</sup> Die Vergabe der finanziellen Mittel wurde, laut Ehrke, zum Selbstzweck.<sup>264</sup>

Die Gründe, die die Gewaltakteure des Bosnienkrieges für die Zustimmung des verhandelten Friedensprozesses bewogen haben, waren laut Ehrke (außer des internationalen Drucks) rein wirtschaftlich. Die Ökonomie des Bosnienkrieges konnte nicht ewig erhalten bleiben und wurde von ihren eigenen Widersprüchen erstickt. Die finanzielle Unterstützung, seitens Serbiens und Kroatiens, schrumpfte.<sup>265</sup> „Insbesondere für Serbien wurde Bosnien (bzw. die Republika Srpska) zu einem »schwarzen Loch«, in dem umfangreiche Mittel [...] verschwanden, ohne das sich eine »Entscheidung« zugunsten der bosnischen Serben abgezeichnet hätte.“<sup>266</sup> Ungefähr 20% des serbischen Sozialprodukts gingen nach Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina und Krajina in

---

<sup>259</sup> Vgl. ebd., S. 135ff.

<sup>260</sup> Ebd., S. 150f.

<sup>261</sup> Vgl. ebd., S. 141f.

<sup>262</sup> Ebd., S. 142.

<sup>263</sup> Ebd.

<sup>264</sup> Vgl. ebd.

<sup>265</sup> Vgl. ebd., S. 136f.

<sup>266</sup> Ebd., S. 137.

Kroatien. Die serbische Wirtschaftslage wurde zunehmend schwieriger. Sie war durch Krieg, Embargo, Hyperinflation und Flüchtlingsströme belastet und immer weniger in der Lage, die bosnischen Serben finanziell zu unterstützen. Als Folge dieser Entwicklung, setzte Milošević die bosnischen Serben unter Druck, das Dayton-Abkommen zu unterschreiben. Serbien rechnete mit der Aufhebung des internationalen Embargos und hoffte auf die Rettung der schweren Wirtschaftskrise.<sup>267</sup>

---

<sup>267</sup> Vgl. ebd., S. 127ff.

## 5. Das Dayton-Abkommen

Die Kampfhandlungen wurden durch eine internationale, diplomatische sowie militärische Kampagne, die die Gewaltakteure zum Kompromiss bewegt hat, beendet. Das Dayton-Abkommen wurde, unter Vermittlung der Vereinigten Staaten, mit Beteiligung der Europäischen Union am 21. November 1995, in Dayton paraphiert und am 14. Dezember 1995 in Paris unterzeichnet. Die Unterzeichner waren die Vertreter aller entzweiten Völker: der serbische Präsident Slobodan Milošević, der kroatische Präsident Franjo Tuđman und der ehemalige Präsident der unabhängigen Republik Bosnien und Herzegowina als Vertreter der bosnischen Muslime, Alija Izetbegović.

### 5.1. Die Bestimmungen des Abkommens

„The Dayton Agreement essentially had two goals: to end the fighting and to rebuild a viable Bosnian state.“<sup>268</sup> Das Abkommen besteht aus dem “General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegowina” (GFAP), elf Annexen und zahlreichen Statements und Briefen, die zusammen eine Grundlage für den Wiederaufbau des Staates bilden sollten.

In GFAP befindet sich eine allgemeine Verpflichtung aller Parteien zu einer friedlichen Beilegung ihrer Konflikte sowie zur Implementierung der im Friedensabkommen festgestellten Bedingungen.

Die elf Annexe bilden den Kern des Dayton-Abkommens und stellen die Grundelemente der Friedensordnung für den neuentstandenen Staat Bosnien und Herzegowina dar.

Annex 1A „Agreement on the Military Aspects of the Peace Settlement” befasst sich mit dem militärischen Aspekt des Abkommens. Er beinhaltet die Verpflichtungen der Parteien (das heißt der Republik Bosnien und Herzegowina, der Föderation Bosnien und Herzegowina und der

---

<sup>268</sup> Cousens, Elisabeth (2002): From Missed Opportunities to Overcompensation: Implementing the Dayton-Agreement on Bosnia, In: op. cit. Stedman/Rothchild (2002), S.539.

Republika Srpska) zur Einstellung der Kampfhandlungen<sup>269</sup> sowie zum Rückzug aller ausländischen militärischen Einheiten, ausgenommen von UNPROFOR, International Police Task Force und Implementation Force (IFOR).<sup>270</sup> Zur Überwachung der Umsetzung dieser Bestimmungen, wurde eine unter dem NATO-Kommando stehende internationale Friedenseinheit IFOR, eingerichtet.<sup>271</sup>

Im Annex 1B „Agreement on Regional Stabilization“ verpflichten sich die Vertragsparteien (in diesem Fall sind es außer der Republik Bosnien und Herzegowina, der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska auch die Republik Kroatien und die Föderale Republik Jugoslawien) zur Teilnahme an vertrauensbildenden Maßnahmen, sowie zur Förderung von Stabilität und Sicherheit auf dem Balkan. „The Parties agree that establishment of progressive measures for regional stability and arms control is essential to creating a stable peace in the region. To this end, they agree on the importance of devising new forms of cooperation in the field of security aimed at building transparency and confidence and achieving balanced and stable defense force levels at the lowest numbers consistent with the Parties' respective security and the need to avoid an arms race in the region.“<sup>272</sup>

Annex 2 “Agreement on Inter-Entity Boundary Line and Related Issues” legt die Grenzen zwischen der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Sprska fest.<sup>273</sup> Annex 2 stellt jedoch keine eindeutige Lösung des Problems der Stadt Brčko dar. Über ihre Zukunft sollte innerhalb eines Jahres ein Schiedsgericht entscheiden.<sup>274</sup> Heute gehört Brčko zu keiner der beiden Entitäten, sondern bildet ein Sonderverwaltungsgebiet und wird von der internationalen Gemeinschaft verwaltet.

Annex 3 „Agreement on Elections“ beinhaltet die Bestimmungen zur Durchführung von freien Wahlen innerhalb von sechs bis neun Monaten nach der Unterzeichnung des Abkommens. „The Parties shall ensure that conditions exist for the organization of free and fair elections, in particular a politically neutral environment; shall protect and enforce the right to vote in secret

---

<sup>269</sup> Vgl. Art. II, General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegowina: Annex 1A., [http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content\\_id=368](http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content_id=368), Zugriff am 08.08.2009.

<sup>270</sup> Vgl. Art. III, GFAP: Annex 1A.

<sup>271</sup> Vgl. Art. VI, GFAP: Annex 1A.

<sup>272</sup> Art I, GFAP: Annex 1B, [http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content\\_id=369](http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content_id=369), Zugriff am 08.08.2009.

<sup>273</sup> Vgl. GFAP: Annex 2, [http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content\\_id=370](http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content_id=370), Zugriff am 08.08.2009.

<sup>274</sup> Vgl. Art. V., GFAP: Annex 2.



without fear or intimidation; shall ensure freedom of expression and of the press; shall allow and encourage freedom of association (including of political parties); and shall ensure freedom of movement.<sup>275</sup> Die OSZE wurde dazu verpflichtet, den Parteien bei der Einrichtung eines für die Wahlen sicheren und politisch neutralen Umfeldes Hilfe zu leisten.<sup>276</sup> Die Wähler erhielten das Recht, in jenen Gemeinden die Stimme abzugeben, in denen sie vor dem Konfliktbeginn wohnten. Es wurde auch erlaubt, sich an den Wahlen zu beteiligen, wo die betroffenen Bürger in Zukunft leben wollen.<sup>277</sup>

Annex 4 „Constitution of Bosnia and Herzegovina“ beinhaltet die neue Verfassung des Landes. Die Republik Bosnien und Herzegowina sollte von nun an ein souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat sein, der aus zwei Entitäten, das heißt der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska, sowie aus drei konstitutiven Völkern besteht.<sup>278</sup> Darüber hinaus, „Bosnia and Herzegovina and both Entities shall ensure the highest level of internationally recognized human rights and fundamental freedoms.“<sup>279</sup> Zudem wurde das Recht von Flüchtlingen und Vertriebenen auf eine Rückkehr in ihre Heimatorte gewährleistet.<sup>280</sup>

Die Verfassung bietet eine Auflistung von Kompetenzen des Bundes und der Entitäten. Zu den Aufgaben auf der Bundesebene gehören unter anderem die Außen-, Zoll- und Geldpolitik, der Außenhandel sowie die Flüchtlings- und Immigrationsprobleme. Die übrigen Bereiche liegen in der Kompetenz der Entitäten. Dazu gehören auch zentrale Politikfelder wie die Verteidigungspolitik, das Justizwesen und die Bildung.<sup>281</sup>

Das Parlament ist auf der proportionalen Repräsentation aufgebaut. Die Verfassung führt ein Zwei-Kammer Parlament ein. Das Haus der Völker setzt sich aus 15 Delegierten zusammen, je fünf Delegierte pro ethnische Gruppe. Die bosniakischen und kroatischen Repräsentanten werden vom Repräsentantenhaus der Föderation ernannt und die serbischen von der Nationalversammlung der Republika Srpska. Das Repräsentantenhaus besteht aus 42

---

<sup>275</sup> Art. I, GFAP: Annex 3, [http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content\\_id=371](http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content_id=371), Zugriff am 08.08.2009.

<sup>276</sup> Vgl. ebd.

<sup>277</sup> Vgl. Art. IV, GFAP: Annex 3.

<sup>278</sup> Vgl. Art. I, GFAP: Annex 4, [http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content\\_id=372](http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content_id=372), Zugriff am 08.08.2009.

<sup>279</sup> Art. II, GFAP: Annex 4.

<sup>280</sup> Vgl. ebd.

<sup>281</sup> Vgl. Art. III, GFAP: Annex 4.

Abgeordneten, von denen zwei Drittel in der Föderation und ein Drittel in der Republika Srpska gewählt wird.<sup>282</sup>

Das ganze System betont die proportionale Repräsentation der drei ethnischen Gruppen und ist zugleich auf den *power-sharing*-Elementen aufgebaut. Für die Verabschiedung eines Gesetzes im Repräsentantenhaus ist nicht nur eine Mehrheit der Stimmen erforderlich, sondern auch die Zustimmung von mindestens einem Drittel der Repräsentanten jeder Entität. Darüber hinaus wird dieses indirekte Veto im Repräsentantenhaus mit einem direkten Veto-Recht im Haus der Völker unterstützt. „Proposed decision of the Parliamentary Assembly may be declared to be destructive of a vital interest of the Bosniac, Croat, or Serb people [...]“<sup>283</sup> Wird eine Gesetzesvorlage als destruktiv für das vitale Interesse einer Volksgruppe bekundet, bedarf sie einer Mehrheit der Stimmen aus jeder Volksgruppe, um verabschiedet zu werden. Gelingt es nicht, wird eine Kommission eingerichtet. Wenn auch die Kommission scheitert und das Problem ungelöst bleibt, wird der Verfassungsgerichtshof eingeschaltet, um zu entscheiden, ob der Einspruch tatsächlich gerechtfertigt war.<sup>284</sup> Mit dieser Regelung können im Prinzip keine Entscheidungen gegen den Willen der Föderation Bosnien und Herzegowina beziehungsweise der Republika Srpska getroffen werden.

Das *power-sharing*-System spiegelt sich auch im dreiköpfigen Staatspräsidium wider, das sich aus einem Bosniaken, einem Kroaten und einem Serben zusammensetzt. „Members of the Presidency shall be directly elected in each Entity (with each voter voting to fill one seat on the Presidency) in accordance with an election law adopted by the Parliamentary Assembly.“<sup>285</sup> Die Kandidaten werden für die 4-jährige Legislaturperiode gewählt und der Vorsitz rotiert. Entscheidungen sollen im Kollegium im Konsens getroffen werden. Kann die Entscheidung nicht einstimmig getroffen werden, so kann auch ein Mehrheitsbeschluss erfolgen. Wenn jedoch ein Mitglied die Meinung vertritt, dass die Entscheidung destruktiv für das vitale Interesse eines konstitutiven Volkes ist, befassen sich mit dieser Frage jeweils die bosniakischen

---

<sup>282</sup> Vgl. Art. IV, GFAP: Annex 4.

<sup>283</sup> Art. IV, GFAP: Annex 4.

<sup>284</sup> Vgl. ebd.

<sup>285</sup> Art. V, GFAP: Annex 4.

beziehungsweise die kroatischen Vertreter im Haus des Volkers oder die Nationalversammlung der Republika Srpska; jedoch nur wenn der Einspruch durch das serbische Mitglied erfolgt.<sup>286</sup>

Der Ministerrat ist ebenfalls nach der ethnischen Parität aufgebaut. Nicht mehr als zwei Drittel aller Minister dürfen aus der Föderation stammen. Darüber hinaus sieht die Verfassung vor, dass die Minister und ihre Stellvertreter unterschiedlichen ethnischen Gruppen angehören.<sup>287</sup>

Der Verfassungsgerichtshof setzt sich aus neun Mitgliedern zusammen, von denen vier vom Repräsentantenhaus der Föderation, zwei von der Nationalversammlung der Republika Srpska und die restlichen drei vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, ernannt werden, wobei die von der EuGH bestellten Richter keine Bürger von Bosnien und Herzegowina sein dürfen. Der Verfassungsgerichtshof ist der Hüter der Verfassung und seine Hauptaufgabe ist es, die Streitigkeiten zwischen den Entitäten, zwischen den Entitäten und dem Staat, sowie zwischen den Institutionen des Bundesstaates zu klären.<sup>288</sup>

Die Zentralbank wurde in der Verfassung als „the sole authority for issuing currency and for monetary policy throughout Bosnia and Herzegovina“<sup>289</sup> eingerichtet. Die Zentralbank setzt sich aus einem von Internationalen Währungsfonds ernannten Gouverneur und drei weiteren Mitgliedern zusammen, von denen zwei aus der Föderation und einer aus der Republika Srpska stammen.<sup>290</sup>

Annex 5 des Friedensabkommens „Agreement on Arbitration“ beinhaltet eine Regelung, wonach sich die Parteien, zur Einrichtung der Schiedsgerichte zur Klärung aller Streitigkeiten, zwischen den Entitäten verpflichten.<sup>291</sup>

Annex 6 „Agreement on Human Rights“ enthält eine Auflistung der geltenden Grund- und Menschenrechte. „The Parties shall secure to all persons within their jurisdiction the highest level of internationally recognized human rights and fundamental freedoms, including the rights and freedoms provided in the European Convention for the Protection of Human Rights and

---

<sup>286</sup> Vgl. Art. V, GFAP: Annex 4.

<sup>287</sup> Vgl. ebd.

<sup>288</sup> Vgl. Art. VI, GFAP: Annex 4.

<sup>289</sup> Art. VII, GFAP: Annex 4.

<sup>290</sup> Vgl. ebd.

<sup>291</sup> Vgl. GFAP: Annex 5, [http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content\\_id=373](http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content_id=373), Zugriff am 09.08.2009.

Fundamental Freedoms and its Protocols [...].<sup>292</sup> Zur Überwachung der Einhaltung des Rechtskatalogs wird eine Menschenrechtskommission eingerichtet.<sup>293</sup>

Von besonderer Bedeutung ist Annex 7 „Agreement on Refugees and Displaced Persons“, der die Rechte der Flüchtlinge und Vertriebenen gewährleistet. „All refugees and displaced persons have the right freely to return to their homes of origin. They shall have the right to have restored to them property of which they were deprived in the course of hostilities since 1991 and to be compensated for any property that cannot be restored to them.“<sup>294</sup> Zur Überwachung dieser Bestimmungen sowie zur Bearbeitung der Fragen der Restitution und Entschädigung für die gestohlenen oder enteigneten Immobilien, wurde die *Commission for Displaced Persons and Refugees* errichtet.<sup>295</sup>

Annex 8 “Agreement on Commission to Preserve National Monuments” befasst sich mit dem Problem der Erhaltung von Nationaldenkmälern. Für dieses Ziel wurde die *Commission to Preserve National Monuments* errichtet.<sup>296</sup>

Annex 9 „Agreement on Establishment of Bosnia and Herzegovina Public Corporations” befasst sich mit dem Aufbau von öffentlichen Unternehmen. Darüber hinaus „the Parties hereby establish a Commission on Public Corporations [...] to examine establishing Bosnia and Herzegovina Public Corporations to operate joint public facilities, such as for the operation of utility, energy, postal and communication facilities, for the benefit of both Entities.“<sup>297</sup>

Von besonderer Wichtigkeit ist auch Annex 10 “Agreement on Civilian Implementation“, das sich mit den Fragen der zivilen Implementierung des Dayton-Abkommens auseinandersetzt. „The Parties agree that the implementation of the civilian aspects of the peace settlement will entail a wide range of activities including continuation of the humanitarian aid effort for as long as necessary; rehabilitation of infrastructure and economic reconstruction; the establishment of political and constitutional institutions in Bosnia and Herzegovina; promotion of respect for human rights and the return of displaced persons and refugees; and the holding of free and fair

---

<sup>292</sup> Art. 1, GFAP: Annex 6, [http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content\\_id=374](http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content_id=374), Zugriff am 09.08.2009.

<sup>293</sup> Vgl. Art. 2, GFAP: Annex 6.

<sup>294</sup> Art. 1, GFAP: Annex 7, [http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content\\_id=375](http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content_id=375), Zugriff am 09.08.2009.

<sup>295</sup> Vgl. Art. VII-XIII, GFAP: Annex 7.

<sup>296</sup> Vgl. GFAP: Annex 8, [http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content\\_id=376](http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content_id=376), Zugriff am 09.08.2009.

<sup>297</sup> Art. 1, GFAP: Annex 9, [http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content\\_id=377](http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content_id=377), Zugriff am 09.08.2009.

elections [...].<sup>298</sup> Zur Koordination der Implementierung der zivilen Aspekte des Friedensabkommens, wurde das Amt des Hohen Repräsentanten (OHR) geschaffen. Von großer Bedeutung ist besonders Art. V, der den OHR als letzte Instanz über die, den zivilen Bereich betreffenden Bestimmungen des Abkommens, einführt.<sup>299</sup>

Der letzte Annex „Agreement on International Police Force“ befasst sich mit dem Einsatz der *International Police Task Force* (IPTF). Die Einheit soll die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit von Bosnien und Herzegowina überwachen beziehungsweise beim Aufbau der bosnischen Institutionen, auf der Basis von rechtsstaatlichen Prinzipien, Hilfe leisten.<sup>300</sup>

## 5.2. Kritik am Dayton-Abkommen

Das Friedensabkommen von Dayton war ein Kompromiss, der nach dem Scheitern vom Vance-Owen und Owen-Stoltenberg-Plan von allen drei ethnischen Gruppen akzeptiert wurde. Das oberste Ziel der internationalen Gemeinschaft bei den Dayton-Verhandlungen war die Beseitigung des Konfliktes. In vielen Bereichen bleibt jedoch das verhandelte Abkommen widersprüchlich und enthält nur unklare Bedingungen, unter welchen der neue Bundesstaat effektiv funktionieren sollte. Die Lücken des Abkommens waren, meiner Ansicht nach, einer der Hauptgründe der *Spoiling*-Handlungen der enttäuschten Akteure. Laut Stedman „[...] when peace agreements leave important matters undecided, then the warring parties are much more likely to hedge their bets, take advantage when provisions of an agreement are not specific, and interpret ambiguous terms in ways that benefit them during implementation.“<sup>301</sup>

Einen wichtigen Kritikpunkt des Vertrages bildet der Widerspruch zwischen der ethnischen Aufteilung des Landes, seiner Reintegration und dem Recht auf eine Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen.

Am deutlichsten zeigt es sich in der Verteilung der politischen Machtbefugnisse, deren Großteil nicht dem Bundesstaat, sondern den ethnisch definierten Entitäten zugeschrieben wurde. In der

---

<sup>298</sup> Art. 1, GFAP: Annex 10, [http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content\\_id=366](http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content_id=366), Zugriff am 09.08.2009.

<sup>299</sup> Vgl. Art. V, GFAP: Annex 10.

<sup>300</sup> Vgl. GFAP: Annex 11, [http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content\\_id=367](http://www.ohr.int/dpa/default.asp?content_id=367), Zugriff am 09.08.2009.

<sup>301</sup> Op. cit. Stedman (2002), S. 9.

Verfassung der Föderation wurden nur Bosniaken und Kroaten als konstitutive Völker ernannt<sup>302</sup>, wobei in der Verfassung der Republika Srpska alle drei ethnischen Gruppen als solche verstanden werden.<sup>303</sup> Die beiden Entitäten wurden mit Institutionen wie der Regierung, dem Parlament oder dem Verfassungsgerichtshof ausgestattet, die vom Bundesstaat aus weitgehend unabhängig agierten. Mit der Einrichtung der ethnisch definierten Entitäten wurde die Teilung des Landes zementiert. Auf der anderen Seite, gewährleistet das Abkommen das Recht von Flüchtlingen und Vertriebenen auf eine Rückkehr in ihre Heimaterde, um, die während des Krieges erfolgte Homogenisierung, rückgängig zu machen. Das Dayton-Abkommen hat einerseits ethnisch definierte Entitäten eingerichtet, andererseits aber sollte die multiethnische Struktur des Landes wiederhergestellt werden. Cousens fasst diese Widersprüche folgendermaßen zusammen: „On the one hand, Dayton stabilized lines of confrontation and derived political rights from them; on the other, it aspired to override such divisions both from above – in its joint institutions – and from below, in its provisions to return.“<sup>304</sup>

In diesem Zusammenhang bildet die Verweigerung der Einrichtung, einer von Kroaten dominierten Entität, einen weiteren Kritikpunkt. Die Kroaten machen nur 17% in der von Bosniaken dominierten Föderation aus und müssen mit ihnen die Macht teilen. Aus der Sicht von Cousens, sind die Kroaten nicht integrationsbereit. Die Ablehnung der Entstehung einer kroatischen Entität, hat den Wunsch dieser ethnischen Gruppe, auf die kroatische Autonomie in Grenzen des während des Krieges entstandenen Parastaates Herzeg-Bosnia erweckt. Es wurde im Friedensvertrag auf den Konflikt zwischen Bosniaken und Kroaten nicht eingegangen.<sup>305</sup>

Zur Entstehung des *Spoiler*-Problems in Post-Dayton Bosnien und Herzegowina haben auch die *power-sharing* Elemente im Friedensabkommen beigetragen. *Power-sharing* Systeme werden oft bei der Lösung von ethnischen Konflikten eingeführt.<sup>306</sup> Das Problem dieser, liegt jedoch darin, dass sie in manchen Fällen eher zur Perpetuierung der ethnisch motivierten Politik als zu ihrer

---

<sup>302</sup> Vgl. Art. 1, Verfassung der Föderation Bosnien und Herzegowina, [http://www.parlamentfbih.gov.ba/bos/parlament/o\\_parlamentu/ustavfbih.html](http://www.parlamentfbih.gov.ba/bos/parlament/o_parlamentu/ustavfbih.html), Zugriff am 10.08.2009.

<sup>303</sup> Vgl. Art. 1, Verfassung der Republika Srpska, [http://www.ustavnisud.org/html/pravno%20utemeljenje/ustav\\_hrvatski.pdf](http://www.ustavnisud.org/html/pravno%20utemeljenje/ustav_hrvatski.pdf), Zugriff am 10.08.2009.

<sup>304</sup> Op. cit. Cousens (2002), S. 543.

<sup>305</sup> Vgl. ebd., S. 541.

<sup>306</sup> Vgl. Sisk, Timothy (1999): *Power sharing and international mediation in ethnic conflicts*, Washington, United States Institute of Peace, S. 4f.

Schwächung beitragen.<sup>307</sup> Aus der Sicht von Schneckener, kann die spezifische Umsetzung der *power-sharing* Elemente in Bosnien und Herzegowina als besonders gefährlich für den Friedensprozess bezeichnet werden. Erstens tragen die weitreichenden Vetomöglichkeiten zur weitgehenden Blockade der gemeinsamen Institutionen bei. Zweitens ist das Wahlvolk in den Wahlen zu den gemeinsamen Gremien in ethnopolitische Gruppen aufgeteilt, das heißt die Wähler in der Föderation, die bosniakischen und die kroatischen Vertreter im Repräsentantenhaus und in der Präsidentschaft, wählen, während die Wähler in der Republika Srpska für die serbischen Repräsentanten stimmen. Gewählt werden nur Politiker der ethnonationalen Parteien, für die es sich nicht lohnt, um Stimmen außerhalb ihrer ethnischen Gruppe, zu kämpfen. Das trägt zur Stärkung der ethnischen Trennlinien bei.<sup>308</sup>

Ein weiterer Kritikpunkt am Dayton-Abkommen betrifft die Einbeziehung von Fragen der politischen, institutionellen und wirtschaftlichen Neuordnung des Landes. Die militärischen Aspekte wurden äußerst detailliert und sowohl inhaltlich, als auch zeitlich dargestellt.<sup>309</sup> Den institutionellen sowie politischen Bereichen wurde im Dayton-Vertrag nicht so viel Platz eingeräumt und dadurch sind manche Fragen ungeklärt geblieben. Darüber hinaus, befassten sich die Autoren des Abkommens kaum mit der Transformation der Gewaltökonomie in eine reguläre Ökonomie der Friedenszeiten.<sup>310</sup> Donais bezeichnet das Dayton-Abkommen nach Rothstein als „masterpiece of ambiguity.“<sup>311</sup> „The accords’ creative ambiguity may have been essential in reaching an agreement, but this same ambiguity has undermined progress towards the ultimate goals of peace, security, democracy, and prosperity laid out at Dayton.“<sup>312</sup>

Diese Ambiguität des Abkommens entstand auch wegen der Akteure, die den Vertrag verhandelt haben. In die Friedensverhandlungen wurden nämlich die Akteure einbezogen, die zum Ausbruch des Krieges beigetragen haben. Ihnen wurde auch die Hauptrolle im Friedensprozess und in der Friedenskonsolidierung zugeschrieben. Es war von Anfang an klar, dass diese Parteien nicht ein Abkommen unterzeichnen würden, das ihren Interessen gefährdet. Die partikularistischen

---

<sup>307</sup> Vgl. ebd., S. 36f.

<sup>308</sup> Vgl. Schneckener, Ulrich (2002): *Auswege aus dem Bürgerkrieg. Modelle zur Regulierung ethnonationalistischer Konflikte in Europa*, Frankfurt am Main, Suhrkamp, S. 295ff.

<sup>309</sup> Vgl. op. cit. Cousens (2002), S. 543.

<sup>310</sup> Vgl. Dzihic, Vedran (2005): *Nation-Building in Bosnien und Herzegowina. Eine Bilanz zehn Jahre nach Dayton*. In: Reiter, Erich/Jureković, Pedrag (Hrsg.): *Bosnien und Herzegowina. Europas Balkanpolitik auf dem Prüfstand*. Baden-Baden, Nomos, S. 20.

<sup>311</sup> Op. cit. Donais (2005), S. 1.

<sup>312</sup> Ebd.

Interessen der Gewaltakteure wurden somit legitimiert und ihre Ansprüche konnten sich weiter entwickeln. „The responsibility for implementing the agreement [...] rested with the same parties, and indeed by the same people, in the political establishment of the country, which had waged the war, and which held the view that the agreement failed to provide satisfactory solutions to their demands.”<sup>313</sup> Schon bei der Unterzeichnung des Dayton-Vertrages war klar, dass dieses Abkommen die *Spoilig*-Aktivitäten der nationalistischen Parteien wecken wird, da die Hauptakteure des Konflikts ihre Interessen, auch in der Friedenskonsolidierungsphase, verfolgen würden, was den Friedensprozess bedrohen würde.<sup>314</sup>

Das Dayton-Abkommen hat den potentiellen *Spoilers* einen großen Raum zur Entwicklung ihrer Strategien freigelassen. Die Stellung der militärischen gegenüber den zivilen Aspekten des Vertrages, zeigt, dass das Hauptziel der internationalen Gemeinschaft ausschließlich die Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzungen war, während die tieferliegenden Ursachen des Konfliktes (die Zartman's *needs*) sekundär waren.

---

<sup>313</sup> Bojicic-Dzelilovic (2006): War Veterans' Associations in Bosnia, In: op. cit. Newman/Richmond (2006), S. 206.

<sup>314</sup> Vgl. op. cit. Donais (2005), S. 51f.



## 6. Spoilers im Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina

Das Dayton-Abkommen beinhaltet viele Lücken und ist in mehreren Problemfeldern mangelhaft. Obwohl der Vertrag als einziger Kompromiss und deshalb auch der einzige Weg zur Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzungen auf dem Balkan war, war keine der Konfliktparteien mit dem Abkommen zufrieden. „[...] it was no secret that the parties to Dayton were ambivalent about signing and could be expected to try to obstruct implementation, at least tactically.“<sup>315</sup>

Dayton lieferte vor allem keine eindeutige Antwort auf die zentrale Frage der Staatlichkeit Bosniens und Herzegowinas, die den Ausbruch des Konfliktes beinhaltet. Die Bosniaken verlangten einen vereinten multiethnischen Staat. Die bosnischen Serben und Kroaten strebten jedoch nach einem Staat, der nach ethnischen Kriterien geteilt würde und die ethnisch definierten Teile sich im Endeffekt am liebsten den befreundeten Nachbarstaaten anschließen sollten.<sup>316</sup>

Seitens der bosnischen Kroaten waren die Vorbehalte gegenüber dem Dayton-Vertrag größer als im Falle der übrigen zwei ethnischen Gruppen. Ihr ursprüngliches Ziel der Unabhängigkeit der kroatischen Gebiete, deren Vereinigung mit dem benachbarten Mutterland und die Entstehung von „Großkroatien“, wurde nicht verwirklicht. Die während des Krieges gegründete autonome Republik Herzeg-Bosna, wurde aufgelöst und die Kroaten wurden auf die Teilung der Machtbefugnisse mit den Bosniaken angewiesen.<sup>317</sup>

### 6.1. Implikationen der spezifischen Kriegsbedingungen für die *Spoilers* in Bosnien

Wie bereits aufgeführt, passen die Spielverderber die Motive ihrer Handlungen und Strategien, mit denen sie ihre Ziele erreichen wollen, an die Bedingungen des jeweiligen Friedensprozesses an. Die sind jedoch weitgehend von der Natur des gerade beseitigten Konfliktes abhängig. Auch das Dayton-Abkommen wurde durch die Besonderheiten des Bosnienkrieges geprägt und die Elemente des Konfliktes eines neuen Krieges, sind im Friedensprozess, im Herzen Balkans, zu

---

<sup>315</sup> Op. cit. Cousens (2002), S. 541.

<sup>316</sup> Vgl. op. cit. Donais (2005), S. 49.

<sup>317</sup> Vgl. op. cit. Cousens (2002), S. 541ff.

beobachten. Die Ressourcen, auf die die potentiellen Störenfriede zurückgreifen konnten, um ihre Kriegsziele weiterzuverfolgen, ergaben sich zum Großteil aus der Natur des Konflikten.

Die große Zahl der Kriegsakteure verlangte die Einbeziehung der Vertreter aller ethnischen Gruppen in die Verhandlungen, obwohl es von Anfang an klar war, dass ihre Ziele nicht verwirklicht werden können, was eine Ursache der späteren Unterminierungsversuche des Friedensprozesses werden würde. „At Dayton [...] local leaders were in the ambiguous position of being seen both as the problem and the solution.“<sup>318</sup> Ihnen wurde auch eine wichtige Rolle in der Implementierung des Abkommens zugesprochen, was ihnen eine Möglichkeit gab, ihre Kriegsziele weiter zu verfolgen und ihre *needs* zu befriedigen. Die Ungenauigkeit des Vertrags hat zahlreiche Interpretationsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt, was zu weiteren Konfliktlinien beigetragen hat. Die Parteien konnten das Dayton-Abkommen im Sinne ihrer eigenen Interessen interpretieren und nach ihren ursprünglichen Zielen weiter streben. Die spezifische Natur des Friedensprozesses in Bosnien, das heißt die ständige Präsenz der NATO-Truppen, hat die *Spoiling*-Strategien weitgehend eingeschränkt. Die potentiellen Spielverderber mussten ihre Ziele mit friedlichen Mitteln weiterverfolgen, da die Rückkehr zur groß angelegten, gewaltsamen Auseinandersetzung, durch die Anwesenheit der IFOR, ausgeschlossen war.<sup>319</sup>

Die spezifischen Machtstrukturen der nationalistischen Parteien, die sich vor und während des Krieges ausgebildet haben, waren eine wichtige Ressource zur Durchsetzung der Interessen sowie Wahrung des politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Einflusses in den Friedenszeiten. Die nationalistischen Parteien haben nach den ersten freien Wahlen die Position der entmachteten, kommunistischen Partei genommen und waren damit imstande, die Kontrolle über zentrale Bereiche des Staates und der Gesellschaft auszuüben.<sup>320</sup> „They inherited a political culture in which the party is the natural organ of rule, controlling the institutions of state. By maintaining the system of party rule during the war, they achieved direct control over the administrative organs, the military command, and the management of economic assets.“<sup>321</sup> Durch

---

<sup>318</sup> Op. cit. Donais (2005), S. 51.

<sup>319</sup> Vgl. Gromes, Thorsen (2003): Den Frieden abgewählt? Die Friedenskonsolidierung in Bosnien und Herzegowina und die Wahlen im Oktober 2002, HSFK-REPORT 4/2003, Frankfurt am Main, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, S. 10.

<sup>320</sup> Vgl. European Stability Initiative (1999): Reshaping international priorities in Bosnia and Herzegovina. Bosnian Power Structures, Part One, European Stability Initiative, Berlin, S. 4.

<sup>321</sup> Ebd.

die Fragmentierung des Landes haben diese Parteien, in den ethnisch definierten Gebieten, die neopatrimonialen Machstrukturen ungehindert aufgebaut.

Die alten, kommunistischen Strukturen der Kontrolle der Ökonomie wurden weitgehend behalten. „The continuation of the command economy means that there is no institutional separation between politics and the economy, whether in the private or public sector.“<sup>322</sup> Die nationalistischen Parteien waren damit imstande, über die Kontrolle der Zahlungsbüros die finanziellen Transaktionen zu überwachen. Die Besetzung der Führungsgremien der ehemaligen Staatsbetriebe hat den Politiker der nationalistischen Parteien nicht nur die Kontrolle über diese, sondern auch die Vergabe der Dividenden, Arbeitsplätze und sogar Wohnungen zu beeinflussen, was die klientelistischen Beziehungen und die an der sowjetischen Nomenklatura ähnelnden Strukturen aufgebaut hat. Die Kontrolle der Friedensökonomie diente den Parteien zur Finanzierung ihrer politischen Aktivitäten, sowie zur Finanzierung der Gewalthandlungen.<sup>323</sup>

Die Kontrolle der wirtschaftlichen Sphäre war nur aufgrund der Teilung des Bundesstaates in die weitgehend autonomen Strukturen möglich. Donais fasst diese Situation sehr treffend zusammen: „[...] in reality, there is not a single Bosnian body politic but three, each aligned to greater or lesser degrees around a single nationalist power structure.“<sup>324</sup> Diese Parallelstrukturen setzen sich aus einer Reihe von staatlichen Institutionen zusammen, die von SDA, HDZ beziehungsweise SDS dominiert werden. Die Strukturen umfassen unter anderem die Polizei, Justiz oder den Geheimdienst. „Control over the police and judiciary allowed the nationalist parties to conduct their own political and economic activities with impunity, as well as to harass political opponents and returning minorities.“<sup>325</sup>

Die Verfolgung der ursprünglichen Ziele wurde durch eine Besonderheit ermöglicht, die noch vor dem Zerfall Jugoslawiens entstanden ist. Das sozialistische Jugoslawien hat einige Elemente der kriminellen Ökonomie erwiesen, die sich während des Krieges vollständig entwickelt haben. „Both the influence of, and the linkages among, ethnic nationalists and criminal elements in Bosnia evolved rapidly as Yugoslavia’s collapse accelerated and Bosnia descended into war.“<sup>326</sup>

---

<sup>322</sup> Ebd., S. 5.

<sup>323</sup> Vgl. ebd., S. 5f.

<sup>324</sup> Op. cit. Donais (2005), S. 59.

<sup>325</sup> Op. cit. ESI (1999), S. 6.

<sup>326</sup> Op. cit. Donais (2005), S. 68.

Die Besonderheiten der Machtstrukturen im Nachkriegsbosnien lassen sich aus der Überlagerung der jugoslawischen, kriminellen Friedensökonomie auf die Kriegsökonomie erklären. Aus der Sicht von Donais, entstand nach dem Ende des Krieges eine symbiotische Beziehung zwischen den nationalistischen Parteien und dem kriminellen Untergrund. In einem Bericht des United States General Accounting Office an den Kongress, wurde diese Symbiose deutlich festgestellt: „Having used illegal networks for military and economic ends during the war, political parties are now inseparable from criminal organizations.“<sup>327</sup> Die starken Beziehungen mit der kriminellen Unterwelt, sind für die Parteien eine Quelle der finanziellen Einnahmen. Für die Akteure, die sich illegalen Aktivitäten bedienen, bietet diese Symbiose eine Chance der persönlichen Bereicherung und eine Möglichkeit zur Erlangung politischer Einflüsse und Macht.

In diesem Zusammenhang sind hier Veteranenverbände als Elemente der nationalistischen Machtstrukturen erwähnenswert.

Schon 1993 sind die ersten Verbände entstanden, die die Rechte der Kämpfer sowohl aus dem Bosnien- als auch Kroatienkrieg vertreten sollten. Die meisten dieser Organisationen repräsentierten die Serben und Kroaten. Die wichtigsten sind erst 1994 nach dem Unterschreiben des Washington-Abkommens zwischen den bosnischen Kroaten und Muslimen aufgetaucht. Der mit großem Abstand einflussreichste unter den Veteranenverbänden, war der Verein der Croatian Military Invalids of the Homeland War (HVIDRA).<sup>328</sup> HVIDRA war nach dem Krieg, und ist zum Teil bis heute noch, das extremste Element in der bosnisch-kroatischen Machtstruktur. „This organizing itself in this way provided a channel through which to continue the struggle until a more acceptable political solution was achieved.“<sup>329</sup>

Der Verband wurde von Mladen Naletilić „Tuta“ gegründet. Naletilić war Kommandeur der HVO-Sträflingseinheit, die sich mit Terrorisieren der nichtkroatischen Bevölkerung in Mostar beschäftigte und die Handelsroute sowie die kriminellen Netzwerke organisierte. Tuta war ein Auswanderer, der als eine der Führungspersonen der kroatischen Diaspora, viele Kontakte in Kanada geknüpft hatte. Im Ausland lernte er den späteren kroatischen Verteidigungsminister

---

<sup>327</sup> GAO (2000): Bosnia Peace Operation. Crime and Corruption Threaten Successful Implementation of the Dayton Peace Agreement, Washington, US General Accounting Office, S. 14f.

<sup>328</sup> Vgl. Dorić, Petar (2007): Croatia, In: Goehring, Jeannette (2007): Nations in Transit 2007. Democratization from Central Europe to Eurasia, New York, Freedom House, S. 219.

<sup>329</sup> Op. cit. Bojicic-Dzelilovic (2006), S. 208.

Gojko Šušak kennen. Ihre Freundschaft brachte die beiden nach der Rückkehr in die Heimat noch einmal zusammen. Šušak wurde zum Ehrenvorsitzenden von HVIDRA, was die Beziehung zwischen den militärischen und politischen Strukturen noch verstärkte. „Mladen Naletilić was highly positioned in the Bosnian Croat politico-military hierarchy during the war and was a member of an inner circle regularly received and consulted by the highest-ranking HDZ leaders, including the late Croatian president Franjo Tuđman.“<sup>330</sup> Die wichtigsten HDZ-Politiker haben an den HVIDRA-Versammlungen teilgenommen und haben den Verband offiziell unterstützt. Mit ungefähr 5 000 Mitgliedern gehört HVIDRA zu den größten militärischen Organisationen in Bosnien-Herzegowina. Die Verwaltung des Vereines ist ein ausgezeichnet organisiertes Netz, kontrolliert vom HVIDRA-Hauptquartier in Mostar.<sup>331</sup>

Die spezifischen Machtstrukturen, die sich während und nach dem Ende des Krieges, entlang der ethnischen Linien ausgebildet haben, haben wichtige materielle sowie machtpolitische Ressourcen bereitgestellt. Dank dieser, waren die Parteien imstande, ihre Kriegsziele weiterzuverfolgen. „For the ruling parties on each side of the ethnic divide, the merging of economic and political control is a means of generating the necessary resources to continue to fight for the rights of »their« constituent people.“<sup>332</sup> Darüber hinaus bilden diese Machtstrukturen selbst ein starkes Motiv und einen Anreiz zur Unterminierung des Friedensprozesses, der mit der Existenz der Parallelstrukturen nicht zu vereinbaren ist. Die Friedenskonsolidierung bedeutet für die nationalistischen Parteien eine Gefährdung der Machtstrukturen, von denen die Erhaltung des *status quo* aus den Kriegszeiten und damit der Einfluss der nationalistischen Parteien abhängt.<sup>333</sup>

Die European Stability Initiative fasst es folgendermaßen zusammen: “[...] the nationalist regimes in Bosnia have built power structures which incorporate the legacy of communism, and which depend on war-time social, political and economic conditions. They work to sustain these conditions, in order to preserve their own power. Their strategic interests are therefore fundamentally opposed to those of the international community. Even though many of the reforms promoted by the international community seem manifestly in the public good, and may

---

<sup>330</sup> Op. cit. Bojicic-Dzelilovic (2006), S. 209.

<sup>331</sup> Vgl. ebd., S. 208ff.

<sup>332</sup> Op. cit. Donais (2005), S. 73.

<sup>333</sup> Vgl. ebd., S. 69f.

in fact have widespread popular support, they will meet with resistance from the nationalist parties for as long as the underlying strategic conditions remain in place.<sup>334</sup>

Die Natur des vergangenen Konfliktes und des Friedensabkommens hat weitgehend sowohl die Motive, als auch Strategien der potentiellen Spielverderber beeinflusst. Die nationalistischen Parteien fanden sich nach dem Ende des Krieges in einer Situation, die ihre Interessen gefährdete. Durch die Widersprüche und Mehrdeutigkeit des Dayton-Abkommens, entstand für diese Akteure eine Möglichkeit, den Vertrag im Sinne ihrer eigenen Interessen zu interpretieren und ihre ursprünglichen Ziele weiterzuverfolgen.

## 6.2. Motive der Spielverderber

Obwohl alle nationalistischen Parteien in Bosnien und Herzegowina dem Friedensprozess widerstehen und alle als *Spoilers* bezeichnet werden können, konzentriere ich mich in meinem Projekt hauptsächlich auf die HDZ und ihre Anhänger, als Spielverderber der Friedenskonsolidierung in Bosnien.

Im theoretischen Teil des Projekts, habe ich vier Hauptmotive für *Spoiling* dargestellt: *need*, *creed*, *greed* sowie Autismus der Gewalt. Das Verhalten der Akteure lässt sich jedoch nicht auf ein einziges Motiv reduzieren. Die bosnischen Kroaten haben aus mehreren, miteinander verflochtenen Gründen, Strategien verfolgt, die im Endeffekt den Friedensprozess gefährdet haben.

Ein deutliches *need*-Motiv ist in den Handlungen aller nationalistischen Parteien in Bosnien und Herzegowina zu erkennen, da das Dayton-Abkommen unzureichend an die Ursachen des Konfliktes eingegangen ist. Das *need*-Motiv ist jedoch schwer vom *creed*-Motiv zu trennen, da die Akteure gewisse Aspekte der Friedenskonsolidierungsphase als Bedrohung ihrer ethnischen Gruppe verstanden haben beziehungsweise ihre Interessen als Kampf um die Rechte dieser Gruppe wahrgenommen haben.

---

<sup>334</sup> Op. Cit. ESI (1999), S. 17.

Die bosnischen Kroaten empfanden den Dayton-Vertrag als diskriminierend für ihre ethnische Gruppe. Sie haben kein eigenes Territorium, wie die bosnischen Serben erhalten. In der Föderation waren sie gezwungen, die Macht in den gemeinsamen Gremien mit den Bosniaken zu teilen. Aus diesem Grund haben die bosnischen Kroaten und die HDZ, als ihre politische Vertretung, nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens immer wieder eine Gleichstellung mit anderen ethnopolitischen Gruppen gefordert.<sup>335</sup> Sito-Sucic zitiert nach Bozo Ljubic, dem Parteichef der bosnischen HDZ im Jahre 1990: "The Croats have constitutional rights on paper but not in decision-making at any level of governance."<sup>336</sup> Die prominenten Politiker der HDZ haben immer wieder die gleiche Rhetorik der anti-kroatischen Stimmung in Bosnien und Herzegowina benutzt. So, Ante Jelavić, kurz nach der Einrichtung der kroatischen Selbstverwaltung 2001: „This Alliance is nothing but an anti-Croat coalition which does not respect the election will of the Croat electorate and its legitimate representatives... The arrogance of the international community and political self-deception of the leaders of the Alliance disregarded our demand that constituting of authorities past the will of the Croat people would be prevented [...] The puppet, illegal, anti-Croat authorities of the Social Democratic Party (SDP) which is doing its best to make B&H a shaky, crisis and conflict stricken area, a state in which the Constitution, laws, election mechanisms and parliamentary institutions which protect and guarantee ethnic equality are not worth a cent.“<sup>337</sup>

Das *creed*-Motiv spiegelt sich besonders in den Handlungen von HVIDRA wider.

Die Ziele, die im HVIDRA-Statut deklariert sind, enthalten vor allem die Sicherung und das Eintreten für die Interessen der Veteranen, getöteten und vermissten Soldaten sowie ihrer Familien. Der Verein sollte auch eine Lösung für die sozio-ökonomischen Probleme der Veteranen bringen. Neben den ökonomischen Angelegenheiten, betont HVIDRA auch die

---

<sup>335</sup> Vgl. Sito-Sucic, Daria (2008): Ethnic Croats feel sidelined in Bosnia, leaders say, Reuters, 20. März 2008, <http://in.reuters.com/article/lifestyleMolt/idINTZO94095920080320?pageNumber=1&virtualBrandChannel=0>, Zugriff am 13.08.2009.

<sup>336</sup> Ebd.

<sup>337</sup> Zit. nach: Drayic, Ivana (2001): Jelavic Proclaimed "Croat Self-Government". Illegitimate and Illegal Decision, AIM Sarajevo, 8. März 2001, <http://aimpress.ch/dyn/trae/archive/data/200103/10308-001-trae-sar.htm>, Zugriff am 13.08.2009.

Bedeutung der Kontinuität sowie Erhaltung der militärischen Kameradschaft, der Verdienste sowie Erinnerungen der Mitglieder.<sup>338</sup>

Aus der Sicht von Bojicic-Dzelilovic, gilt die Wahrnehmung des Dayton-Abkommens als Hauptgrund der Aktivitäten von HVIDRA. Dieser Vertrag wurde von den Kombattanten als ungerecht bezeichnet. Die damaligen HVO-Soldaten haben jedoch das Dayton-Abkommen (scheinbar) unterstützt und sich ihnen angeschlossen, was zu einer engeren Beziehung mit der HDZ und zu zahlreichen politischen Möglichkeiten führte.<sup>339</sup>

Laut Bojicic-Dzelilovic, kann das Streben der von HVIDRA, nach Einrichtung der kroatischen Autonomie innerhalb des neuen bosnischen Staates, kaum durch Angst vor Marginalisierung der kleinsten Entität erklärt werden, da das verhandelte Machtaufteilungsmodell alle diese Situationen verhindernden Garantien zur Verfügung stellt. HVIDRA hat sogar zum Ziel gehabt, die neuen staatlichen Strukturen zu unterminieren und ihre Tätigkeit zu gefährden. Die Gründe für die Einrichtung der kroatischen Autonomie waren nicht ausschließlich ideologisch, sondern auch ökonomisch motiviert.<sup>340</sup> Das *creed*-Motiv wurde durch *greed* verstärkt.

Die Kriegsveteranen waren sowohl während ihres Dienstes, als auch im Ruhestand privilegiert. Für die Mehrheit lieferte die Uniform einen Zugang zur Macht und zum Wohlstand, unabhängig davon, ob es in einer Form von Plünderung, Besatzung oder Mieten fremden Besitzes beziehungsweise durch Leitung eines legalen Geschäftes nach dem Krieg, aber ohne Zahlung der Betriebskosten, Telefonrechnung oder Steuer, erfolgte. Das wurde von der Verwaltung vieler staatlichen Unternehmen ermöglicht, deren Mitglieder meistens von der HDZ ernannt wurden.<sup>341</sup>

„Some of them opted to continue criminal businesses operated during the war, for which securing the protection of HDZ BiH rule was again essential, given that among the HDZ BiH government officials and top leadership involvement in these activities was not uncommon.“<sup>342</sup> Dies brachte die beiden Gruppen, die Veteranen und die nationalistischen Politiker der HDZ, in ihrem Kampf um die Erhaltung ihrer Geschäfte das günstige *status quo* zusammen.

---

<sup>338</sup> Vgl. HVIDRA-Statut, Artikel 9, [http://www.hvidra.ba/index.php?option=com\\_content&view=article&id=45&Itemid=34](http://www.hvidra.ba/index.php?option=com_content&view=article&id=45&Itemid=34), Zugriff am 19.06.2009.

<sup>339</sup> Vgl. op. cit. Bojicic-Dzelilovic (2006), S. 208.

<sup>340</sup> Vgl. ebd.

<sup>341</sup> Vgl. ebd.

<sup>342</sup> Ebd.



Laut Bojicic-Dzelilovic, wurden die HVO-Veteranen mit höheren Kompensationen durch die Anwesenheit der parallelen, ethnisch bezogenen Strukturen in der bosnischen Regierung sowie der besseren ökonomischen Situation in den Regionen, mit klarer kroatischer Mehrheit versorgt. Die Kompensationen erfolgten in der Form von Löhnen für die tätigen Soldaten, sowie Invaliditätsbeihilfe für diejenigen, die im Krieg handlungsunfähig wurden. Das Einrichten einer homogenen Armee, sowie eines unifizierten sozialen Sicherungssystems hat diese privilegierte Position der kroatischen Veteranen gegenüber den muslimischen eindeutig gefährdet. Mehrere HVO-Soldaten haben nach der Demobilisierung einen Job, zum Beispiel bei der lokalen Polizei gefunden. Sie hatten jedoch ihre Privilegien, die für die Mitglieder der regulären Streitkräfte gewährleistet wurden.<sup>343</sup> „This multiple identity of the HVIDRA’s [...] members and its actual and perceived power have made it one of the most feared organizations among the non-Croat population, but also among those Bosnian Croats opposed to its policy and methods.“<sup>344</sup>

Das Verhalten der HDZ im Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina, lässt sich auch auf das *greed*-Motiv zurückführen. Während des Krieges waren die Akteure weitgehend imstande, aus der Kriegsökonomie persönliche, materielle Profite zu generieren. Die Kontrolle über einige Bereiche der Wirtschaft baut eine Grundlage für den Erhalt der parallelen ethnopolitischen Strukturen auch nach dem Ende des Krieges auf.<sup>345</sup> Der Konsolidierungsprozess wurde von der HDZ und den anderen nationalistischen Parteien in Bosnien und Herzegowina als gefährlich für ihre Interessen wahrgenommen, da er auch nach der Reintegration der bosnischen Ökonomie strebte. Der Verlust der Kontrolle über einige Wirtschaftsbereiche, bedeutet gleichzeitig den Verlust der Ressourcen für den Erhalt der parallelen, ethnopolitischen Machtstrukturen und den daraus folgenden Verlust der realen Macht. Donais fasst nach Griffiths zusammen: „a closer reading of Bosnia’s political economy of ethnic conflict makes the source and the rationale for this opposition quite clear: both peacebuilding and market-building threatened to undermine the country’s post-war political economy, and thus the political and economic underpinnings of nationalist power.“<sup>346</sup> Die Trennung der politischen und wirtschaftlichen Sphären war aus diesem Grund für die nationalistischen Parteien nicht vorteilhaft.

---

<sup>343</sup> Vgl. ebd. 210f.

<sup>344</sup> Ebd., S. 211.

<sup>345</sup> Vgl. op. cit. ESI (1999), S. 5f.

<sup>346</sup> Op. Cit. Donais (2005), S. 165.

Wie Schneckener angedeutet hat, besteht das *greed* nicht nur in der persönlichen, materiellen Bereicherung, sondern auch im Zugang zur Macht. Dieser Zugang konnte nur durch die Mobilisierung der Anhänger und Sammlung der Wählerstimmen gewährleistet werden. Die Erhaltung der ethnopolitischen Trennlinien, hat jeder Partei die unbegrenzte Unterstützung der eigenen ethnischen Gruppe garantiert. Das Wahlsystem in Bosnien und Herzegowina hat die Trennung der Wählerschaft auf der Basis der ethnonationalen Kriterien festgeschrieben, was sich für die potentiellen *Spoilers* als äußerst vorteilhaft erwiesen hat. Manning fasst diesen Aspekt sehr treffend zusammen: „[...] parties have pursued a similar goal, namely to preserve their own power by preserving the existence of ethnically segmented political arenas within the Republic of BiH as a whole.“<sup>347</sup> Die Strategie der Mobilisierung der Wähler durch das Schüren des ethnischen Hasses und der anhaltende Konflikt zwischen den ethnischen Gruppen, stellte besonders für die bosnischen Kroaten eine wichtige politische Ressource.<sup>348</sup>

Die *Spoilers* im Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina, wurden durch alle drei der Zartman's Motive beeinflusst. Das Motiv des Autismus der Gewalt, wurde durch die ständige Präsenz der IFOR ausgeschlossen. Das Verhalten der HDZ beziehungsweise HVIDRA, lässt sich auf die Motive zurückführen, die einerseits aus dem kollektiven Interesse der gesamten ethnischen Gruppe, andererseits aus den persönlichen Interessen der einzelnen Politiker oder der Partei resultieren.

### 6.3. Ziele der Spielverderber

Die HDZ, wie die übrigen zwei ethnonationalen Parteien, haben den Verhandlungstisch in Dayton unzufrieden verlassen. Der Kompromiss war nur dank des ausgeübten Zwangs der internationalen Gemeinschaft möglich. Der Einfluss der internationalen Gemeinschaft auf die Politik in Nachkriegsbosnien war groß. Dem Hohen Repräsentanten wurde die höchste Obrigkeit anvertraut. Er war imstande bei dem fehlenden Kompromiss anzugreifen und den Willen der internationalen Gemeinschaft durchzusetzen. Der Wille dieser, war die Wiedererrichtung eines

---

<sup>347</sup> Manning, Carrie (2004a): Armed Opposition Groups into Political Parties: Comparing Bosnia, Kosovo, and Mozambique, In: Studies In Comparative International Development, Spring 2004, Vol. 39, No. 1, S. 62.

<sup>348</sup> Vgl. ebd., S. 68.

multiethnischen Staates. Wie im früheren Kapitel dargestellt, würde die Entstehung eines starken und vereinten Bosniens die Interessen der nationalistischen Parteien bedrohen. Die HDZ, SDA und SDS verfolgten deswegen ein gemeinsames Ziel: die ethnisch definierten, territorialen Einheiten zu etablieren.<sup>349</sup>

Auch während der Friedenskonsolidierungsphase, konnten alle notwendigen Reformen, die auf die Stärkung des Staates auf der Bundesebene zielten, nur unter erheblichem Zwang seitens der internationalen Gemeinschaft beziehungsweise nach der Einmischung des Hohen Repräsentanten, verabschiedet werden. Beinahe jedes Gesetz wurde als destruktiv für das vitale Interesse eines konstitutiven Volkes bezeichnet. In der Wirklichkeit würde ein starker Bundesstaat die Aufrechterhaltung der ethnonationalen Teilung Bosniens in Frage stellen und die parallelen Machtstrukturen gefährden.<sup>350</sup>

Aus der Sicht von Gromes, haben die Parteien die Bestimmungen des Dayton-Abkommens keinesfalls als endgültig gesehen. Die Ungenauigkeit des Vertrages wurde mehrfach zum Steuern des Friedensprozesses nach eigenen Vorstellungen benutzt, welche weitgehend mit den Kriegszielen gleichgesetzt wurden. Die bosnischen Kroaten haben, ihrer Meinung nach, in den Verhandlungen wenig gewonnen. Sie besaßen zwar das Mitspracherecht in den bosnischen Institutionen, aber es wurden ihnen, im Gegensatz zu den bosnischen Serben, keine eigenen politischen Strukturen gewährleistet. Die HDZ versuchte immer wieder diese Situation zu verändern und forderte eine Gleichstellung mit den anderen ethnischen Gruppen, die als Errichtung einer kroatisch dominierten Entität verstanden wurden.<sup>351</sup>

Diese Forderung spiegelte sich in der Ausrufung der kroatischen Selbstverwaltung wider. Die bosnischen Kroaten haben ursprünglich versucht, die Bildung der Bundesregierung, ohne ihre Beteiligung nach den Parlamentswahlen 2000, durch die Blockade der politischen Institutionen auf der Staats- sowie Entitätsebene zu verhindern. Wenn das nicht gelungen ist, haben die bosnischen Kroaten den „Kroatischen Nationalkongress“ als die einzige Vertretung dieser in Bosnien und Herzegowina erklärt und die kroatische Selbstverwaltung ausgerufen. Im Auge der HDZ war die Errichtung der Selbstverwaltung eine Form der Selbstverteidigung ihrer Anhänger,

---

<sup>349</sup> Vgl. Donais (2005), S. 53.

<sup>350</sup> Vgl. op. cit. Dzihic (2005), S. 26.

<sup>351</sup> Vgl. op. cit. Donais (2005), S. 50f.

von der Diskriminierung und Nichteinhaltung, ihrer im Dayton-Abkommen festgeschriebenen Rechte, durch die anderen ethno-politischen Gruppen und die internationale Gemeinschaft.<sup>352</sup>

Die Situation Bosniens war deswegen so schwierig, weil alle Akteure (HDZ, SDA, SDS und OHR) eigene Vorstellungen des Staates Bosnien und Herzegowina hatten, die auf keinen gemeinsamen Nenner zu bringen waren. Wie bereits im theoretischen Teil angedeutet, verfolgen die Konfliktparteien ihre ursprünglichen Ziele auch im Friedensprozess weiter, wenn diese in einem Friedensabkommen nicht ausreichend erfüllt wurden.<sup>353</sup> Mit so einer Situation haben wir im Falle Bosniens und der HDZ zu tun. So die International Crisis Group über die politische Vertretung der bosnischen Kroaten: die HDZ ist „[...] attempting to now realize by peaceful means the goals they could not achieve through force of arms.“<sup>354</sup>

#### 6.4. Instrumente der Spielverderber

Um ihre Ziele zu erreichen, griff die HDZ zu verschiedenen, hauptsächlich gewaltfreien Mitteln. Dabei haben die bosnischen Kroaten die Besonderheiten des politischen Systems Bosniens und die Machtressourcen, die aus dem Bosnienkrieg resultierten, geschickt ausgenutzt.

Aus der Sicht von Donais, ist die Manipulation und Mobilisierung der Wählerschaft, auf der Basis von ethnischen Trennlinien, zum Hauptmittel im Kampf der HDZ um ihre Interessen geworden. Die internationale Gemeinschaft förderte während der Wahlen moderate und multiethnische Parteien, die jedoch keine Chance im Kampf gegen die nationalistischen Kräfte hatten.<sup>355</sup> „Bosnia’s political elites have used elections as a means of advancing their wartime objectives through non-military means.“<sup>356</sup> Die nationalistischen Parteien haben ihre Position dem auf ethnischen Trennlinien fokussierten Konflikt zu verdanken; ihre Aufgabe war gleichzeitig, diese als den größten Mobilisierungsfaktor aufrechtzuerhalten. Alle

---

<sup>352</sup> Vgl. Gromes, Thorsten (2007): Demokratisierung nach Bürgerkriegen. Das Beispiel Bosnien und Herzegowina, Frankfurt am Main, Campus Verlag, S. 260ff.

<sup>353</sup> Vgl. op. cit. Richmond (2006), S. 71ff.

<sup>354</sup> International Crisis Group (1999a): Is Dayton Falling? Bosnia Four Years After The Peace Agreement, ICG Balkans Report No. 42, 9. September 1998, Brussels/Sarajevo, [http://www.unhcr.org/refworld/publisher/ICG\\_BIH\\_3ae6a6ea4\\_0.html](http://www.unhcr.org/refworld/publisher/ICG_BIH_3ae6a6ea4_0.html), Zugriff am 15.08.2009.

<sup>355</sup> Vgl. Donais, Timothy (2000): Division and Democracy. Bosnia’s Post-Dayton-Elections, In: Spencer, Metta (Hrsg.): The Lessons of Yugoslavia, London, Elsevier Science, S. 236f.

<sup>356</sup> Ebd., S. 237.

Wahlkampagnen nach dem Krieg, drehten sich nach wie vor um die Rhetorik der „Politik der Identität“. Es wurden fast ausschließlich Themen berührt, die in diesem Moment als vitale Interessen der jeweiligen Gruppe verstanden wurden. Für die Ausnutzung der Urnengänge als eine Machtressource, hat weitgehend das Wahlsystem Bosniens beigetragen, welches die ethnischen Trennlinien gefördert hat.<sup>357</sup> „Bosnia’s electoral rules have in fact contributed to further ethnic polarization by allowing candidates of all three ethnic groups to achieve electoral success through narrow appeals to ethnic solidarity.“<sup>358</sup>

Die nationalistischen Parteien waren durch die Machtstrukturen, die sie noch während des Krieges aufgebaut haben, weitgehend imstande, die Wahlstimmen zu gewinnen. Durch die Kontrolle über die wichtigen sozialen und ökonomischen Ressourcen (zum Beispiel durch die Besetzung der Führungsgremien der ehemaligen Staatsbetriebe, konnte die HDZ die Vergabe der Dividenden, Arbeitsplätze oder Wohnungen beeinflussen), konnten die Parteien den Druck auf die Bürger ausüben. Darüber hinaus waren die großen, nationalistischen Parteien imstande, durch die Kontrolle von Medien und Polizei die kleinen, von der internationalen Gemeinschaft, geförderten moderaten Politiker, aus dem Wahlkampf zu verdrängen.<sup>359</sup>

Die die Wahlkämpfe steuernde Politik der Identität hat sich auch nach den Wahlen in den gemeinsamen Institutionen widerspiegelt. In zahlreichen, auf dem „Prinzip des Ethnischen“<sup>360</sup> aufgebauten Organen des Staates, versuchten die nationalistischen Parteien ihre Kriegsziele weiter zu verfolgen. HDZ, SDA und SDS wollten diese Ziele allerdings nicht durch Zusammenarbeit erreichen. Viel mehr erfolgte es durch Berufung der vitalen Interessen einer ethnopolitischen Gruppe und der daraus folgenden Blockade der gemeinsamen Institutionen auf der Bundesebene, sowie auf der Ebene der Föderation. Durch die direkten und indirekten Vetomöglichkeiten gestaltete sich das Entscheidungstreffen kompliziert.<sup>361</sup> Die Arbeit in den gemeinsamen Gremien wurde vom Konflikt zwischen den nationalistischen Parteien geprägt. Die Vertreter der jeweiligen ethnischen Gruppe, haben die Elemente des *power-sharing* Systems bewusst ausgenutzt, um einerseits den flammenden, ethnischen Konflikt aufrechtzuerhalten, andererseits um die Gesetze zu verhindern, die ihre Interessen widerstanden.

---

<sup>357</sup> Vgl. ebd., S. 252f.

<sup>358</sup> Ebd., S. 252.

<sup>359</sup> Vgl. ebd., S. 240ff.

<sup>360</sup> Op. cit. Dzihic (2005), S. 30.

<sup>361</sup> Vgl. op. cit. Schneckener (2002), S. 295ff.

Die nationalistischen Parteien haben auch außerhalb der staatlichen Organe ihre ursprünglichen Ziele weiterverfolgt, was eine negative Auswirkung auf den Friedensprozess hatte. In diesem Zusammenhang tauchen die Veteranenverbände auf, die auf der Seite der bosnischen Kroaten besonders aktiv waren. Der HDZ nahestehende HVIDRA war ein militanter Arm der Partei, der die ursprünglichen Ziele der bosnischen Kroaten verfolgte und ihre *needs* mit radikalen Mitteln zu befriedigen versuchte.

Die Implementierung von Annex 7 des Dayton-Abkommens wurde erst 1998 durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt wurden alle Maßnahmen festgelegt, die sich mit der künftigen Rückkehr der Flüchtlinge befassten. Durch Mangel an internationalem Engagement, zur Durchsetzung dieses Aspekts des Friedensabkommens sowie im langsamen Fortschritt der Verstärkung der politischen Institutionen der neuen bosnisch-kroatischen Föderation, hat HVIDRA seine Chance gesehen, die Aktionen gegen die Rückkehr der Nichtkroaten durchzuführen. Der Veteranenverband war das Haupthindernis der Implementierung des Grundstückrechts in der Föderation.<sup>362</sup>

Bojicic-Dzelilovic betont jedoch, dass die Strategie der ethnischen Säuberungen nicht eingestellt wurde. 1995 bis 1996 wurde eine kleine Säuberungskampagne fortgesetzt. In erster Linie wurden die älteren Bewohner aus ihren Häusern vertrieben. Mit der Implementierung von Annex 7, begannen Angriffe auf die rückkehrenden Flüchtlinge, in die von den Kroaten dominierten Regionen. Bombenattentate auf die Häuser der rückkehrenden Flüchtlinge sowie ethnisch motivierte Gewalt, Morde eingeschlossen, haben oft stattgefunden.<sup>363</sup> „The main goal was to create an atmosphere of fear and personal insecurity in order to discourage refugees from returning to their pre-war homes.“<sup>364</sup> Das schließt die angegriffenen Personen mit ein, die aus dem von Muslimen kontrollierten, östlichen, in den kroatischen westlichen Mostarsteil, übersiedeln wollten. Dies behinderte die Bewegungsfreiheit und verstieß gegen die Bestimmungen des Washington- und Dayton-Abkommens. „There were cases in which a refugee would succeed in returning to his home using informal channels, often bribing officials and

---

<sup>362</sup> Vgl. OHR (2000): 17th Report by the High Representative for Implementation of the Peace Agreement to The Secretary-General of the United Nations (17.10.2000), [http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content\\_id=3659](http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content_id=3659), Zugriff am 20.06.2009.

<sup>363</sup> Vgl. op. cit. Bojicic-Dzelilovic (2006), S. 211.

<sup>364</sup> Ebd.

paying the illegal occupants to vacate the property, only to be kicked out by an »unknown« group of persons who carry out an attack.»<sup>365</sup>

Die meisten dieser Ereignisse fanden in Mostar statt. Über mehrere Jahre existierte, die im Dayton-Abkommen festgeschriebene gemeinsame, muslimisch-kroatische Polizei, überhaupt nicht. Nachdem die regionalen Polizeieinheiten entstanden, gab es in ihren Reihen viele ehemalige HVO-Soldaten, die Mitglieder der HVIDRA waren. Die UN-Beobachter stellten viele Situationen fest, in denen die Polizei nicht nur wenig Schutz für die Flüchtlinge bot, sondern sogar die Rolle einer Gewaltpartei spielte.<sup>366</sup>

Sicherung eines ethnisch homogenen, kroatischen Territoriums innerhalb der bosnisch-kroatischen Föderation, wurde zum Hauptziel und Druckmittel, im Fall einer Einrichtung der dritten Entität. Dabei hat sich die HDZ voll und ganz auf die kriminellen Handlungen der HVIDRA gegen die nichtkroatische Bevölkerung verlassen. Obwohl die Gewaltangriffe besonders oft in Mostar stattfanden, waren sie in anderen Teilen des Landes gewöhnlich, was auf ein hoch organisiertes HVIDRA-Netz hinwies.<sup>367</sup> „Most times, HVIDRA branches would organize various events simultaneously across the HZHB [Verfasserin: die bosnisch-kroatische Föderation], creating a tension and disrupting the functioning of formal institutions at all levels of government while trying to influence the final shape of a particular piece of legislation.“<sup>368</sup>

Laut International Crisis Group, kontrollierte HVIDRA den Bestand an Häusern und Wohnungen der vertriebenen Nichtkroaten in drei Bezirken Mostars während der ersten Jahre nach dem Krieg. 1999 wurden die ersten Gesetze implementiert, die die Regeln der Rückforderung vom Immobilienbesitz festlegten. Die illegalen Bewohner sollten innerhalb 30 Tagen nach der Ausstellung einer Eigentumsurkunde die besetzten Wohnungen verlassen. HVIDRA verhinderte die Exmittierung mehrerer bosnisch-kroatischer Familien, meistens seiner eigenen Mitglieder. Im Juli 1998 gingen 6 507 Anträge ein, um das Eigentum zurückzufordern. Nur wenige Wohnungen in den von Kroaten kontrollierten Bezirken Mostars, wurden tatsächlich den ursprünglichen Besitzern zurückgegeben. Es erfolgte keine Exmittierung ohne Zustimmung der illegalen

---

<sup>365</sup> Ebd.

<sup>366</sup> Vgl. OHR (1997): Special Report No. 348/97 (10.04.1997).

<sup>367</sup> Vgl. op. cit. Bojicic-Dzelilovic (2006), S. 212.

<sup>368</sup> Ebd.

Bewohner.<sup>369</sup> „[...] HVIDRA refused to accept the decisions of the international community tasking illegal occupants to vacate property and hand in the keys to the relevant municipal office. Instead, the HVIDRA asked for the keys to be handed over to its headquarters.”<sup>370</sup>

Bojicic-Dzelilovic weist darauf hin, dass sich HVIDRA nicht nur der Gewalt bediente. Die Aktionen des Verbandes waren auch friedlich. Es wurden große Versammlungen, Demonstrationen und Feste organisiert, in denen die bekanntesten, kroatischen beziehungsweise bosnisch-kroatischen Popstars auftraten und die prominenten HVIDRA- sowie HDZ-Mitglieder anwesend waren. Die Kriegssikonographie wurde gezeigt und verbreitet.<sup>371</sup> „This particular method was aimed at rekindling Bosnian Croat feelings of ethnic homogenization and support for the HDZ BiH policy of obstructing the creation of joint BiH Federation institutions.”<sup>372</sup>

HVIDRA bereitete die Region auf die Einrichtung einer Autonomie nicht nur durch Stärkung des ethnischen Bewusstseins der bosnischen Kroaten, sondern auch durch Behinderung der Implementierung des Friedensprozesses hinsichtlich der Stärkung der föderalen Institutionen vor. Diese Strategie war jedoch von den HDZ *hard liners* nie befürwortet worden. „When a change in the electoral rules in 2000 threatened HDZ BiH control over legal and political representation of Bosnian Croats, and improved prospects for strengthening joint state and federation institutions, the HVIDRA supported the HDZ BiH call for a referendum on Bosnian self-rule.”<sup>373</sup> Der Wahlsieg des moderaten Flügels der HDZ hat die neue Möglichkeit zur Einrichtung der kroatischen Autonomie eröffnet. Unter Druck seitens der internationalen Gemeinschaft erfüllte jedoch die HDZ ihre Wahlversprechungen nicht und bereits ein Jahr nach der Wahl, ist die Idee der Selbstverwaltung aus dem HDZ-Programm verschwunden. Der Hohe Repräsentant kündigte an, dass alle Aktivitäten gegen das Dayton-Abkommen bestraft würden und die Schuldigen aus den öffentlichen Ämtern entlassen würden, was tatsächlich schon vor der Parlamentswahl mehrfach vorgefallen ist. HVIDRA drohte den bosnisch-kroatischen Regierungsmitgliedern mit Konsequenzen des Programmwechsels und zog die Veteranen des Bosnienkrieges, die schon in der nationalen Armee tätig waren, aus den bosnisch-kroatischen Streitkräften zurück. HVIDRA

---

<sup>369</sup> Vgl. International Crisis Group (2002a): Reunifying Mostar: Opportunities for Progress, International Crisis Group Balkan Report Nr. 90, Brüssel, [http://www.crisisgroup.org/library/documents/report\\_archive/A400020\\_19042000.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf), Zugriff am 20.06.2009.

<sup>370</sup> Op. cit. Bojicic-Dzelilovic (2006), S. 212.

<sup>371</sup> Vgl. ebd. 212f.

<sup>372</sup> Ebd., S. 213.

<sup>373</sup> Ebd., S. 214.



setzte auch sein übliches Szenario von Demonstrationen mit der Beteiligung der kroatischen Popstars, prominenten Politiker und religiösen Führer, ein.<sup>374</sup>

Im April 2001 griffen die SFOR-Soldaten alle Filialen der Hercegovacka Bank an, um die Versuche der Einrichtung der bosnisch-kroatischen Selbstverwaltung zu verhindern. HVIDRA war der Hauptorganisator und –teilnehmer der Massenproteste um jedes Bankgebäude herum. Während der Unruhen, wurden 22 internationale *Peacekeepers* verletzt und die SFOR-Einheit wurde in einer Bankfiliale in Grude, in der westlichen Herzegowina, gefangen genommen.<sup>375</sup>

Aus der Sicht von Buturović, leitete HVIDRA seine Aktionen jedoch nicht nur gegen die Nichtkroaten beziehungsweise die internationalen Angestellten. Zum Opfer des Veteranenverbandes fielen auch die bosnischen Kroaten, die den nationalistischen Flügel der HDZ nicht unterstützt hatten. Im März 1999 ist der damalige Innenminister Jozo Leutar durch eine Autobombe getötet worden. Obwohl nicht nur HVIDRA, sondern auch die HDZ die bosnischen Muslime für das Attentat beschuldigt hatten, deuten alle Beweise auf die Beteiligung der radikalen HDZ-Politiker und HVIDRA-Mitglieder hin.<sup>376</sup>

Die Ermittlung führte zur Festnahme eines bosnischen Kroaten in Mostar, was auf einen raschen Widerspruch seitens HVIDRA gestoßen ist. Die Veteranen blockierten die Hauptbrücke in Mostar und verlangten eine Bekanntgabe, wer die Festnahme durchgeführt hat. Die HVIDRA-Vertreter meinten, die ganze Aktion wäre von den bosnischen Muslimen organisiert wurde, was als ein Akt der Feindseligkeit gegenüber der bosnischen Kroaten bezeichnet worden.<sup>377</sup> „The HVIDRA threatened that »hooded men«, referring to the uniforms the special police force wore during the arrest, could soon appear on the east (Muslim-dominated) side of the city – only this time they would be Bosnian Croat hooded men.“<sup>378</sup> Die Proteste gegen die Ermittlung wurden mit einer Kampagne für die Volksbefragung über die bosnisch-kroatische Selbstverwaltung begleitet. Kurz nach dem Tode Leutars, erfolgte eine massive Homogenisierung der öffentlichen

---

<sup>374</sup> Vgl. OHR (1999a): High Representative and the OSCE Head of Mission announce the removal from office of various public officials, 29.11.1999, [http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content\\_id=4825](http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content_id=4825), Zugriff am 21.06.2009.

<sup>375</sup> Vgl. SFOR Informer Online: COMSFOR, High representative address Mostar, Grude unrest, 18.04.2001, <http://www.nato.int/SFOR/indexinf/111/s111p11a/t01041811a.htm>, Zugriff am 21.06.2009.

<sup>376</sup> Vgl. Buturović, Adnan (2004): Dossier: Who Killed Jozo Leutar, 26.01.2004, <http://www.ex-yupress.com/slobos/slobos16.html>, Zugriff am 21.06.2009.

<sup>377</sup> Vgl. ebd.

<sup>378</sup> Op. cit. Bojicic-Dzelilovic (2006), S. 215.

Institutionen in der Region mit bosnisch-kroatischer Mehrheit. HVIDRA brachte mehrere nichtkroatische Zollbeamte dazu, ihre Arbeit zu kündigen. Es wurden auch Fälle von Drohung vieler Beamten der föderalen Polizei festgestellt. Mehrere Attentate auf die prominenten bosnisch-kroatischen Oppositionspolitiker (zum Beispiel auf Josip Musa), sowie auf die internationalen Beamten (zum Beispiel auf den Chef der EU-Verwaltung Hans Koschnik), wurden den HVIDRA-Angehörigen zugeschrieben. Alle diese Aktionen haben die Unterminierung der staatlichen Institutionen zum Ziel gehabt.<sup>379</sup>

Alle oben genannten Aktionen, sowohl innerhalb, als auch außerhalb der demokratischen Strukturen, würden ohne eine entwickelte, weitgehend illegale Ökonomie nicht möglich. Zum einen bietet der ökonomische Sektor Ressourcen, die dem Aufbau der separaten Machtstrukturen dienen, zum anderen aber ermöglicht er die ethnische Homogenisierung innerhalb der jeweiligen Territorien aufrecht zu erhalten.<sup>380</sup>

Für die internationale Gemeinschaft „[...] the signing of a peace agreement signals a definitive break with the past, and that the post-conflict period represents a fresh beginning in which a new economic order can be established in partnership with responsible and committed political elites.“<sup>381</sup> Die politische Elite strebte jedoch nach der Aufrechterhaltung des am Ende des Krieges geschaffenen *status quo*, durch die Kontrolle über die Wirtschaft Bosniens und Herzegowinas, und war nicht an die Friedenskonsolidierung im Bereich der Ökonomie interessiert. „[...] while economic reform has generally received rhetorical support at all levels, in practice the implementation and speed of key reforms – at least in those areas controlled by local actors – reflects the broader political goals of each of the ruling parties above all else.“<sup>382</sup> Die ethnopolitischen Akteure haben sich den neuen Bedingungen angepasst. Besonders deutlich wird es in der Privatisierung, als die Parteien die Strategie der internationalen Gemeinschaft weitgehend ignoriert, sogar manipuliert haben. Durch solche Anpassungen waren die nationalistischen Parteien imstande ihre Kontrolle über gewisse Bereiche der bosnischen Wirtschaft zu konsolidieren.<sup>383</sup>

---

<sup>379</sup> Vgl. ebd.

<sup>380</sup> Vgl. op. cit. ESI (1999), S. 5.

<sup>381</sup> Op. cit. Donais (2005), S. 91.

<sup>382</sup> Ebd.

<sup>383</sup> Vgl. ebd., S. 165.

Die Reformen anderer Wirtschaftsbereiche, die eine Reintegration der bosnischen Wirtschaft vorsahen und damit eine Begrenzung des Einflusses der ethnopolitischen Parteien bedeuteten, wurden von diesen weitgehend blockiert. Die zentralen Reformen, wie zum Beispiel die Vereinigung der Zentralbüros beziehungsweise die Errichtung einer Zentralbank, wurden erst mit Hilfe des Hohen Repräsentanten durchgesetzt.<sup>384</sup>

Die Kontrolle der bosnischen Wirtschaft erwies sich als eine erfolgreiche Methode der Aufrechterhaltung von der homogenen, ethnischen Aufteilung des Staates. Die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen anderer ethnischer Gruppen, konnte mit der ökonomischen Macht leicht verhindert werden.<sup>385</sup> Das Helsinki Komitee für Menschenrechte berichtete folgendes: „the citizens who do not belong to the ruling parties cannot get job, return their property, and have adequate medical care.“<sup>386</sup> Entschieden sich die Vertriebenen und Flüchtlinge in die Regionen zurückzukehren, wo ihre ethnischen Gruppen der Minderheit angehörten, wurden sie mit einer starken und gezielten ökonomischen Diskriminierung konfrontiert. Die Arbeitsplätze in den von der ethnischen Mehrheit kontrollierten, staatlichen sowie privaten Betriebe, wurden ihnen verweigert. Auch die Versorgung mit Sozialleistungen beziehungsweise öffentlichen Dienstleistungen, wie Strom, Wasser oder Telefon, wurde nur teilweise zugänglich. Die Rückkehrer, die zur ethnischen Mehrheit in der jeweiligen Region gehörten, genossen einen privilegierten Zugang zum Arbeitsmarkt und öffentlichen Leistungen.<sup>387</sup> „The rather hostile economic environment facing minority returnees has led many potential returnees who have been able to successfully reclaim their property to quickly sell it or rent it out and take the proceeds back to »their« entity.“<sup>388</sup> Die Diskriminierung der ethnischen Minderheiten führte zur Verstärkung der ethnisch definierten, territorialen Aufteilung des Landes, da viele Vertriebene und Flüchtlinge davon abgehalten wurden, in ihre Heimatorte zurückzukehren. Sie haben das Leben in den Gebieten neuangefangen, wo sie der ethnischen Mehrheit angehörten.<sup>389</sup>

---

<sup>384</sup> Vgl. ebd., S. 99ff.

<sup>385</sup> Vgl. ebd., S. 129ff.

<sup>386</sup> Helsinki Committee for Human Rights in Bosnia and Herzegovina (2001): Analysis of the State of Human Rights in Bosnia and Herzegovina. Analysis for the Period January 2001 – December 2001, 13A/12-2001.

<sup>387</sup> Vgl. ebd. Donais (2005), S. 131ff.

<sup>388</sup> Ebd., S. 134.

<sup>389</sup> Vgl. International Crisis Group (2002b): The Continuing Challenge of Refugee Return in Bosnia & Herzegovina, International Crisis Group Balkan Report Nr. 137, Brüssel, [http://www.crisisgroup.org/library/documents/report\\_archive/A400847\\_13122002.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400847_13122002.pdf), Zugriff am 23.08.2009.

Wie im theoretischen Teil festgestellt wurde, handelt es sich bei der Definition der *Spoilers* um die Strategien, die als *Spoling* bezeichnet werden können. Die Strategien, die von den ethnopolitischen Parteien bei der Verfolgung ihrer ursprünglichen Ziele angesetzt wurden, haben den Friedensprozess verletzt und bei der Friedenskonsolidierung weitgehend gestört. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass die Akteure in Bosnien und Herzegowina noch einem vollständigen Zusammenbruch des Friedensprozesses nie strebten. Vielmehr wollten die nationalistischen Parteien den Friedensprozess beeinflussen und steuern. Die Parteien waren am Erhalten des *status quo* interessiert, der am Ende des Krieges geschaffen wurde. Das Dayton-Abkommen hat allerdings auch positive Elemente für die HDZ, SDA und SDS gebracht, die diese Parteien, durch die Rückkehr zur gewaltsamen Austragung des Konfliktes, verloren hätten. Die Vertreter der jeweiligen ethnopolitischen Gruppen wurden in den Wahlen demokratisch legitimiert und erhielten Bestätigung. Jeder Ethnie wurde das Recht an der Teilnahme an der politischen Entscheidungsfindung in der Verfassung gewährleistet. Darüber hinaus haben die nationalistischen Parteien durch die Teilnahme am Friedensprozess einen Zugang zu internationalen Dividenden bekommen, die bei der Verweigerung der Zusammenarbeit im Friedensprozess nicht mehr gewährleistet wären.<sup>390</sup> Donais fasst das Verhalten der nationalistischen Parteien als Spielverderber in Bosnien und Herzegowina sehr treffend zusammen: „Bosnia’s nationalist parties have [...] been remarkably resourceful In navigating between the twin imperatives of conserving their own sources of Power and authority Chile demonstrating sufficient cooperation with the peace implementation process to avoid provoking a more aggressive international response.“<sup>391</sup>

## 6.5. Spoiler-Management in Bosnien und Herzegowina

Das Amt des Hohen Repräsentanten für Bosnien Herzegowina wurde durch den Annex 10 des Dayton-Abkommens für die Durchführung der zivilen Aspekte des verhandelten Friedensprozesses eingerichtet. Ihm sind tatsächlich alle politikführenden Organe in Bosnien unterstellt. Seine Hauptaufgabe ist es jedoch, diese Aktivitäten der Akteure innerhalb, sowie außerhalb des Friedensprozesses zu bekämpfen, die das Dayton-Abkommen gefährden könnten.

---

<sup>390</sup> Vgl. op. cit. Gromes (2008), S. 12f.

<sup>391</sup> Ebd. Donais (2005), S. 169.

Der Hohe Repräsentant ist zwar das Hauptorgan, das als *Custodian of Peace* bezeichnet wird, in Bosnien und Herzegowina agieren aber auch andere internationale Akteure, die den negativen Einfluss der *Spoilers* auf den Friedensprozess schwächen.

Es gab keine Strategie vom Management der Spielverderber, die direkt auf HVIDRA zielte. Der Effekt wurde eher durch Unterminierung der Position der HDZ BiH bewirkt, was die Beziehungen zwischen den Akteuren erheblich verändert hat. „The key role was been played by the international community, through applying concerted pressure on the HDZ BiH to cooperate in the implementation of the peace agreement.“<sup>392</sup> Die internationale Gemeinschaft setzte verschiedene Strategien zur Schwächung der HDZ BiH ein. Dadurch sollte die HDZ dazu gebracht werden, ihre Ansprüche für die formellen Institutionen zu stellen.

Der *Custodian* setzte schon kurz nach der Unterzeichnung des Dayton-Abkommens die Strategie der Marginalisierung zum Management der potentiellen Spielverderber durch. Dadurch sollte die Anziehungskraft der nationalistischen Parteien verringert werden. Der Hohe Repräsentant hat Schlussfolgerungen aus den ersten Wahlen nach dem Krieg, die von den nationalistischen Parteien mit großem Abstand gewonnen wurden, gezogen. Der OHR mit Hilfe der OSZE „began to use elections as an explicit tool for sidelining the nationalist parties, encouraging moderates, and improving compliance with Dayton.“<sup>393</sup> Das in Dayton geschaffene Wahlsystem, bot den nationalistischen Parteien keinen Anreiz, um für die Wählerstimmen außerhalb der eigenen ethnischen Gruppe zu kämpfen. Die Schaffung der moderaten und multiethnischen Parteien und die Verstärkung der bereits existierenden, wurde bei Peace Implementation Council als Hauptziel der Zusammenarbeit vom OHR, der OSZE und des Europarates festgestellt.<sup>394</sup> Diese Akteure haben zahlreiche Veränderungen im Wahlsystem durchgesetzt, die die multiethnischen Parteien stärken und ihnen bessere Chancen gegenüber den HDZ, SDS und SDA geben sollten. Diese Reformen erwiesen sich jedoch nicht immer als erfolgreich, da sich die nationalistischen Parteien an das verändernde Umfeld anpassen konnten und so weiter den Friedensprozess beeinflussten. Darüber hinaus verfügten die kleinen Parteien über keine beziehungsweise nicht ausreichende Infrastruktur und nur wenige finanzielle und personelle Ressourcen. Die bereits etablierten

---

<sup>392</sup> Op. cit. Bojicic-Dzelilovic (2006), S. 216.

<sup>393</sup> Manning, Carrie (2004b): Elections and Political Change in Post-War Bosnia and Herzegovina, In: Democratization, Vol. 11, Nr. 2, April 2004, S. 69.

<sup>394</sup> Vgl. Peace Implementation Council (1997): Bosnia and Herzegovina 1998: Self-sustaining Structures, 10. Dezember 1997, [http://www.ohr.int/pic/default.asp?content\\_id=5183](http://www.ohr.int/pic/default.asp?content_id=5183), Zugriff am 15.09.2009.

nationalistischen Parteien konnten auf alle notwendige Ressourcen zurückgreifen, um einen großen Wahlkampf zu planen und durchzuführen.<sup>395</sup> Um diese Kluft zu verringern, stellte die OSZE den moderaten Parteien eine Büroinfrastruktur zur Verfügung, organisierte für ihre Politiker Schulungen und leistete Hilfe bei der Durchführung der Wahlkämpfe.<sup>396</sup>

Ein wichtiges Instrument der Marginalisierungsstrategie, war die Reform des Mediensektors, der stark durch die nationalistischen Parteien dominiert wurde. Besonders deutlich zeigte sich diese Domination der staatlichen Medien vor den Wahlen, als die Berichterstattung zugunsten der HDZ, SDA beziehungsweise SDS ausfiel und die alternativen Parteien diffamiert wurden. Um den moderaten Parteien bessere Chancen im Wahlkampf gegenüber den nationalistischen Politiker zu verschaffen, wurden die unabhängigen Medien aufgebaut. Dadurch sollten nicht nur diese Parteien, die zur Implementierung des Dayton-Abkommens eintraten, gestärkt werden; es sollte auch ihre moderate Einstellung in den politischen Diskurs und in die Gesellschaft eingebracht werden.<sup>397</sup>

Die multiethnischen Parteien konnten auf eine fast unbegrenzte Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft zählen, die diese zu den bedeutendsten Akteuren im politischen System Bosniens aufzubauen versuchte. In der Republika Srpska, bekam die 1996 von Milorad Dodik gegründete Partei der unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD), eine massive Unterstützung des Hohen Repräsentanten und der OSZE. Besonders gefördert wurde die Regierung vom Premierminister Dodik.<sup>398</sup> „His government was offered largely unconditional budgetary support to pay public-sector salaries. During electoral campaigns, leading international officials stated publicly that continuing international aid to Republika Srpska was dependent on the reelection of the Dodik government.“<sup>399</sup> In der Föderation wurden zwei moderate Parteien gegründet, die als Alternative zur HDZ und SDA wahrgenommen werden sollten. Die Neue Kroatische Initiative (NHI) war eine politische Partei der kroatischen Volksgruppe und die

---

<sup>395</sup> Vgl. op. cit. Manning (2004b), S. 75.

<sup>396</sup> Vgl. Du Pont, Yannick (1999): Der Chancengleichheit den Boden bereiten: Demokratisierung durch Förderung eines pluralistischen und gemäßigten Parteiensystems in Bosnien und Herzegowina, In: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg: OSZE-Jahrbuch 1999, Baden-Baden, Nomos, S. 352ff.

<sup>397</sup> Vgl. Petritsch, Wolfgang (2001): Bosnien und Herzegowina fünf Jahre nach Dayton. Hat der Friede eine Chance?, Klagenfurt, Wieser Verlag, S. 163ff.

<sup>398</sup> Vgl. Cox, Marcus (2001): State Building and Post-Conflict Reconstruction: Lessons from Bosnia, Genf, Centre for Applied Studies in International Negotiations, Jänner 2001, <http://www.casin.ch/web/pdf/cox.pdf>, Zugriff am 25.08.2009, S. 14f.

<sup>399</sup> Ebd., S. 14.

Sozialdemokratische Partei von Bosnien und Herzegowina (SDP) sollte die Wählerstimmen der beiden nationalistischen Parteien in der Föderation wegnehmen.<sup>400</sup>

Die Strategie der Marginalisierung erwies sich als erfolgreich mit dem Wahlsieg der moderaten SDP im Jahr 2000. Mit Hilfe und Intervention der internationalen Gemeinschaft sowie einiger hochrangiger Diplomaten, gelang es, eine multiethnische „Allianz für Wandel“ zu errichten und die Regierung ohne Beteiligung der nationalistischen Parteien zu bilden. Die „Allianz für Wandel“ war imstande, viele Reformen durchzusetzen, die früher als destruktiv für das vitale Interesse einer Volksgruppe bezeichnet wurden und deswegen nie verabschiedet werden konnten.<sup>401</sup> „[...] the Alliance is praised for both reducing the extent to which parallel Bosniak and Croat structures and institutions prevail in the Federation and for bringing fiscal discipline to government and strengthening revenue collection. [...]The Alliance is also credited with moving ahead with reforming and downsizing the Federation army and with making some progress in making BiH fit to join the Partnership for Peace.“<sup>402</sup>

Ein Wechsel im Bereich des *Spoilers*-Management und damit auch das Ende der Strategie der Marginalisierung, erfolgte mit dem Beginn der Amtszeit Paddy Ashdowns. In seiner Antrittsrede verkündete er: „I will support actions and reforms, not personalities or parties.“<sup>403</sup> Ashdown sah Sozialisierung als die erfolgreichste Strategie zum Management der Spielverderber in Bosnien und Herzegowina. „In developing its multipronged strategy, despite all its shortcomings, the international community has applied its efforts to the particular context of BiH post-war rehabilitation, deploying the instruments available under its unique mandate.“<sup>404</sup> 2002 bis 2003 setzte der Hohe Repräsentant eine groß angelegte Kampagne „Jobs and Justice“ ein, die auf die Enthüllung des Korruptionsgrades in den staatlichen Institutionen Bosniens zielte. Das hat die Größe des Missbrauchs des Systems, von zahlreichen Gruppen innerhalb und außerhalb des Staates, aufgedeckt und die Rolle von verschiedenen, mit der HDZ befreundeten Personen und

---

<sup>400</sup> Vgl. op. cit. ICG (1999a), S. 15f.

<sup>401</sup> Vgl. International Crisis Group (2002c): Bosnia's Alliance for (Smallish) Change, ICG Balkans Report Nr. 132, Sarajevo/Brüssel, [http://www.crisisgroup.org/library/documents/report\\_archive/A400725\\_02082002.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400725_02082002.pdf), Zugriff am 20.09.2009, S. 7.

<sup>402</sup> Ebd., S. 8.

<sup>403</sup> OHR (2002): Inaugural Speech by Paddy Ashdown, the new High Representative for Bosnia & Herzegovina, 27.05.2002, [http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/presssp/default.asp?content\\_id=8417](http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/presssp/default.asp?content_id=8417), Zugriff am 20.09.2009.

<sup>404</sup> Op. cit. Bojicic-Dzelilovic (2006), S. 216.

des Veteranenverbandes HVIDRA, gezeigt.<sup>405</sup> „This highlighted the long-neglected reality of the uncertainty of the position of the Bosnian Croat war veterans outside the context of an »all-Croat« rule.“<sup>406</sup>

Ashdown sah die nationalistischen Parteien nicht als potentielle Spielverderber, sondern eher als künftige Partner. Der Hohe Repräsentant bemerkte in diesen Parteien ein Potenzial, das die moderaten Akteure nicht besaßen.<sup>407</sup> Anstatt die moderaten Politiker zu fördern, „Ashdown has sought to remake as well to re-band the nationalists.“<sup>408</sup> Dafür setzte er die Anreizstrategie ein, die grundsätzlich auf der Betonung der europäischen Perspektive basierte. Diese zielte sowohl direkt, als auch indirekt auf die HDZ. Ashdown hat es unter anderem geschafft, die informelle Finanzierung aus Kroatien beziehungsweise durch Kroatien von der kroatischen Diaspora auf der ganzen Welt zu beschränken. „Changes in Croatia’s official policy towards Bosnian Croats and its increased susceptibility to international pressure in view of its desire to join the EU have not only dealt a financial blow to the sustainability of the Bosnian Croat political project, but have also decoupled it from Croatia’s own political agenda.“<sup>409</sup> Kroatien beschloss, die Dayton-Bestimmungen, im Falle der Föderation, nicht mehr anders zu interpretieren und anzuwenden. Es wurden allerdings die Beziehungen zwischen den beiden Ländern umdefiniert.

Im Verlauf Ashdowns Amtszeit, wurde klar, dass die nationalistischen Parteien immer noch ihre ursprünglichen Ziele verfolgen und an der Umsetzung der Reformen nicht hundertprozentig interessiert sind. Dieser Umstand benötigte einige Veränderungen in der Strategie. Schon in den ersten Jahren nach dem Dayton-Vertrag, wurde Zwang als ein Instrument zum *Spoilers-*Management eingesetzt. In diesem Zusammenhang gehören die Entlassungen der kroatischen Politiker und Offiziellen, die gegen das Dayton-Abkommen und den ganzen Friedensprozess agiert haben, zur Hauptwaffe des Hohen Repräsentanten. Es wurde ihnen nicht erlaubt, irgendein öffentliches Amt zu betreten. Nach dem Unterzeichnen des Dayton-Abkommens wurden zahlreiche prominente Politiker entlassen. Die größte Welle kam im Jahre 1999.<sup>410</sup> Zwei Jahre

---

<sup>405</sup> Vgl. ebd.

<sup>406</sup> Ebd.

<sup>407</sup> Vgl. op. cit. Dzihic (2005), S. 26.

<sup>408</sup> International Crisis Group (2003): Bosnia’s Nationalist Governments: Paddy Ashdown and the Paradoxes of State Building, ICG Balkan Report Nr. 146, 22. Juli 2003, Sarajevo/Brüssel, [http://www.crisisgroup.org/library/documents/report\\_archive/A400725\\_02082002.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400725_02082002.pdf), Zugriff am 21.08.2009.

<sup>409</sup> Op. cit. Bojicic-Dzelilovic (2006), S. 216.

<sup>410</sup> Vgl. op. cit. OHR Press Release<sub>a</sub>.



später wurden drei wichtige HDZ BiH-Abgeordnete abberufen, unter anderem Zdravko Batinic, der Vizevorsitzende der HDZ BiH.<sup>411</sup> 2001 musste auch Ante Jelavic – der Vorsitzende der Präsidentschaft der bosnischen Kroaten – abtreten und seine Aufgaben als Präsident von Bosnien-Herzegowina und Mitglied der HDZ aufgeben.<sup>412</sup> Diese Strategie war jedoch wenig erfolgreich, da noch im Juni 2009 zwei bosnisch-kroatische Polizisten für die anti-Dayton Aktivitäten entlassen wurden.<sup>413</sup> Die Polizisten waren aktive HVIDRA-Mitglieder und die oben genannten Politiker waren auch mit dem Veteranenverein verbunden.

Ein anderer Ausdruck der Zwangsstrategie, war die Durchsetzung wichtiger Gesetze gegen den Willen der bosnischen Politiker. Der Hohe Repräsentant wurde mit so genannten Bonner Vollmachten, als das letzte Mittel zur Implementierung der Dayton-Bestimmungen und damit auch zum Management der Spielverderber, ausgestattet. Die Bonner Vollmachten „were intended as a tool to force the common institutions to function, threatening the representatives with sanctions of an international imposition.“<sup>414</sup> Diese Privilegien wurden von allen Hohen Repräsentanten benutzt, jedoch meistens nur als Notlösung. Dies veränderte sich mit der Amtszeit Miroslav Lajčaks, als der Hohe Repräsentant 2007 angekündigt hatte, dass alle Gesetze, die im Parlament blockiert und nicht verabschiedet werden können, per Dekret durchgesetzt werden müssen.<sup>415</sup>

---

<sup>411</sup> Vgl. OHR (2009a): Decision banning Zdravko Batinic from holding public and party offices, 07.03.2001, [http://www.ohr.int/decisions/removalssdec/default.asp?content\\_id=324](http://www.ohr.int/decisions/removalssdec/default.asp?content_id=324), Zugriff am 28.06.2009.

<sup>412</sup> Vgl. OHR (2001): The High Representative’s TV Address On Dismissal of Mr Jelavic and three other HDZ Officials, 07.03.2001, [http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content\\_id=4257](http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content_id=4257), Zugriff am 28.06.2009.

<sup>413</sup> Vgl. OHR (2009b): High Representative Removes Two Police Officials for Anti-Dayton activities, 08.06.2009, [http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content\\_id=43580](http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content_id=43580), Zugriff am 29.06.2009.

<sup>414</sup> European Stability Initiative (2000): Reshaping international priorities in Bosnia and Herzegovina, International Power in Bosnia, Part Two, European Stability Initiative, Berlin, S. 26.

<sup>415</sup> Vgl. International Crisis Group (2009): Bosnia’s Incomplete Transition. Between Dayton and Europe, ICG Europe Report Nr. 198, 9. März 2009, Sarajevo/Brüssel, [http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/balkans/198\\_bosnias\\_incomplete\\_transition\\_between\\_dayton\\_and\\_europe.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/balkans/198_bosnias_incomplete_transition_between_dayton_and_europe.pdf), 30.06.2009, S. 12.

## 6.6. Schwächung der Gewaltökonomie

Die Transformation der Gewaltökonomie in die neue Friedensökonomie, war eine wichtige Säule des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina, obwohl die wirtschaftlichen Themen im Dayton-Abkommen außer Acht gelassen wurden. Die internationale Gemeinschaft hat schnell wahrgenommen, dass „the biggest security threat to this country is not nationalism; it’s criminality, corruption and unemployment.“<sup>416</sup>

Die vor und während des Krieges entstandenen Verbindungen zwischen den nationalistischen Parteien und der kriminellen Unterwelt, sind nicht einfach so nach der Beendigung der Gewalthandlungen verschwunden. „While the nationalist parties managed to retain power in the post-war period, those who spent the war running paramilitaries and underground smuggling networks managed to exploit their close links with the ruling parties and channel the considerable wealth accumulated during the conflict into equally lucrative, and no less shady, post-war economic activities.“<sup>417</sup> In einem Bericht des United States General Accounting Office an den Kongress, steht geschrieben: „war-time underground networks have turned into [political] criminal networks involved in massive smuggling, tax evasion, and trafficking in women and stolen cars.“<sup>418</sup>

Durch die Anpassung der Gewaltökonomie an die Bedingungen des Friedens, ist ein neuer Typ der Spielverderber entstanden, der von Stedman nicht erforscht wurde: die *economic Spoilers*. „[...] economic spoilers may be less interested in winning the conflict than in simply prolonging it in order to extract maximum economic benefit. Managing economic spoilers [...] may be a matter of cutting off the economic benefits that flow directly to the parties as a result of the persistence of conflict.“<sup>419</sup> Im Fall Bosniens haben wir es mit diesem Typ der Spielverderber zu tun. Donais schlägt eine indirekte Strategie des Managements von *Spoilers* vor, als einziges Mittel, den Friedensprozess in Gang zu halten. „[...] such a conclusion points specifically to measures aimed at cutting the direct links between ruling parties and lucrative state-owned

---

<sup>416</sup> OHR (2002a): Donald Hays at the CPIC Press Conference, Office of the High Representative, 5. September 2002, [http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/presssp/default.asp?content\\_id=27865](http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/presssp/default.asp?content_id=27865), Zugriff am 28.08.2009.

<sup>417</sup> Op. cit. Donais (2005), S. 69.

<sup>418</sup> Op. cit. GAO (2000), S. 14.

<sup>419</sup> Op. cit. Donais (2005), S. 83.

enterprises, at shutting down conflict-induced transborder trade and smuggling networks, and at more effective strategies for combating organized crime and corruption.”<sup>420</sup>

Aus der Sicht von Donais ist allerdings die ökonomische Natur der bosnischen Störenfriede schwieriger zu beseitigen. In der Friedenskonsolidierungsdebatte herrscht die Annahme, dass die internationale Gemeinschaft immer fähig ist, die *Spoilers* zu verwalten, da eine geeignete Strategie dafür gefunden wurde. Donais schreibt jedoch, dass ein erfolgreiches Management der Spielverderber eher von den Kapazitäten der jeweiligen *Custodian*, als von den Strategien abhängt. Die Natur der internationalen Autorität ist unausgeglichen. Der Hohe Repräsentant war imstande viele Reformen im Bereich der Politik durchzusetzen, seine Autorität jedoch ist in ökonomischen Angelegenheiten viel schwächer.<sup>421</sup> „While the High Representative has made extensive use of his powers to remove uncooperative local officials and to impose an impressive range of legislative reforms, removing officials does not fundamentally alter structures of power and imposing laws is very different from enforcing them. Until very recently, however, international influence has been particularly ineffective in coming to terms with organized crime and corruption.”<sup>422</sup> Der Misserfolg des *Custodians* in der Ökonomie erfolgte aus zwei Gründen: einerseits verfügt der Hohe Repräsentant nicht über ausreichende Ressourcen zur Abschaffung der landesweiten kriminellen Netze; andererseits haben die Empfehlungen der internationalen Gemeinschaft, Kriminalität und Korruption zu bekämpfen, einen sehr schwachen Einfluss auf die politischen Akteure Bosniens.<sup>423</sup> Der einzige Weg zur Schwächung der Gewaltökonomie in Post-Dayton Bosnien und Herzegowina, fuhr via einer vollständigen Transformation des ökonomischen Sektors. So der Hohe Repräsentant: „It is self-evident that economic revival and long-term rebuilding of the economy are preconditions for stability and peace.“<sup>424</sup>

Die Transformation der Gewaltökonomie in eine Friedensökonomie sollte in drei Etappen erfolgen. Erstens sollte die während des Krieges zerstörte Infrastruktur aufgebaut werden, um die stabilen Grundlagen für wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen. Zweitens sollten effiziente,

---

<sup>420</sup> Ebd.

<sup>421</sup> Vgl. ebd.

<sup>422</sup> Ebd.

<sup>423</sup> Vgl. ebd.

<sup>424</sup> OHR (1996): 1<sup>st</sup> Report of the High Representative for Implementation of the Bosnian Peace Agreement to the Secretary-General of the United Nations, 14. März 1996, [http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content\\_id=3661](http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content_id=3661), Zugriff am 10.09.2009.

staatliche Strukturen aufgebaut werden, auf welchen sich der Aufbau einer funktionierenden, freien Marktwirtschaft in der dritten Phase stützen sollte.<sup>425</sup>

Die Weltbank hat kurz nach der Unterzeichnung des Dayton-Abkommens ein *Priority Reconstruction Program* eingeschaltet. Damit wurden innerhalb von 4 Jahren über 3,7 Milliarden USD an den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur in Bosnien und Herzegowina ausgegeben. Die Versorgung mit Wasser, Gas und Strom wurde wiederhergestellt, die Schulen und die Verkehrswege wurden aufgebaut. Im Jahr 2000 erlebte das Land ein Wirtschaftswunder, das weitgehend mit der großen Summe der internationalen, finanziellen Hilfe zu verbinden ist.<sup>426</sup>

Die wiederaufgebaute Infrastruktur hat stabile Grundlagen für die Transformation der sozialistischen Planwirtschaft in die freie Marktwirtschaft gelegt. Die in den anderen postsozialistischen Ländern eingesetzte Strategie, musste an die spezifischen Bedingungen des Landes angepasst werden. „In Bosnia’s case, this »basic package« prescribed placing restrictive limits on governmental capacity to act in the economic realm, establishing a rigorous framework for the establishment and maintenance of macroeconomic stability, and transferring ownership of state-owned enterprises into private hands as quickly as possible. It also prescribed liberalizing the Bosnian economy both internally, through the easing of government restrictions on market transactions, and externally, through lowering tariff barriers, maintaining domestic currency convertibility, and facilitating entry of foreign firms into the domestic market.“<sup>427</sup> Die Strategie der Transformation der bosnischen Wirtschaft lässt sich dann auf drei Elemente reduzieren: makroökonomische Stabilität, Privatisierung und Liberalisierung. Die Rolle des Staates wurde bei der Umsetzung des Plans eingeschränkt. Der Staat sollte hiermit notwendige Bedingungen schaffen, die für das Funktionieren der Marktwirtschaft günstig sein würden. Die ganze Last des wirtschaftlichen Aufschwungs sollte auf den privaten Sektor gelegt werden. „Therefore, the basic strategy for economic revival should be a revival of the private sector as the main engine of increased production and employment.“<sup>428</sup>

Das Ziel der internationalen Gemeinschaft war in erster Linie die stabile Währung, die Preisstabilität sowie ein ausgeglichener Staatshaushalt. Die Weltbank bezeichnet die Errichtung

---

<sup>425</sup> Vgl. Weltbank (1996): Bosnia and Herzegovina. Towards Economic Recovery, Washington, Weltbank, S. viii f.

<sup>426</sup> Vgl. op. cit. Petritsch (2001), S. 85ff.

<sup>427</sup> Op. cit. Donais (2005), S. 89f.

<sup>428</sup> Op. cit. ebd. Weltbank (1996), § 45.

dieser Faktoren als die Hauptbedingung für einen erfolgreichen Wiederaufbau der bosnischen Wirtschaft.<sup>429</sup> Donais zeigt jedoch die negativen Auswirkungen der Politik der makroökonomischen Stabilisierung auf die bosnische Ökonomie. Erstens konnten, die im Entstehen begriffenen Institutionen, wegen der strengen, fiskalischen Politik einige wichtige Aufgaben nicht erfüllen. Zweitens wirkte diese Politik eher hemmend auf die privaten Investoren und dadurch auch auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Infolge teurer Kredite in den bosnischen Banken, stand den Investoren nur wenig Kapital zur Verfügung.<sup>430</sup> „Combined with an undercapitalized and barely functioning domestic banking system, a central government constitutionally prohibited from injecting new capital into the economy, the war-induced collapse of both foreign and domestic markets, high taxes and prohibitively high domestic interest rates, and an oppressive regulatory regime, it is hardly surprising that the private sector has failed to fulfill expectations in the post war period.“<sup>431</sup>

“If stabilization is meant to create the macroeconomic stability needed to underpin economic growth, liberalization is literally about freeing up those productive forces that will act as the engine of the growth.“<sup>432</sup> Liberalisierung bedeutet in diesem Fall einen weitgehenden Abbau der Beschränkungen, die das Funktionieren der freien Marktwirtschaft behindern könnten.

Diese Beschränkungen erfolgten in erster Linie aus der Dreiteilung des bosnischen Wirtschaftsraumes, die entlang der ethnonationalen Grenzen geschah. Große Bedeutung fand dieser Umstand in bereits erwähnten separaten Zahlungsbüros, die der jeweiligen nationalistischen Parteien unterstanden. Die Banktransaktionen, Steuer- und Zolleinnahmen, sogar Gehaltzahlungen, liefen über die parallelen Zahlungsbüros. Ihre Kontrolle gab den nationalistischen Parteien eine Finanzierungsquelle zur Erhaltung ihrer Machtstrukturen.<sup>433</sup> „These organizations are inefficient, charge high fees, engage in corrupt practices, lack transparency, and increase dramatically the costs of doing business.“<sup>434</sup> 1999 hat der Peace Implementation Council den Vertreter der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und

---

<sup>429</sup> Vgl. ebd., § 39.

<sup>430</sup> Vgl. op. cit. Donais (2005), S. 97.

<sup>431</sup> Ebd.

<sup>432</sup> Ebd., S. 98.

<sup>433</sup> Vgl. International Crisis Group (1999b): Why will no one invest in Bosnia?, ICG Balkans Report, Nr. 64, 21.

April 1999, Sarajevo/Brüssel, [http://www.crisisgroup.org/library/documents/report\\_archive/A400190\\_21041999.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400190_21041999.pdf), Zugriff am 30.08.2009, S. 11f.

<sup>434</sup> Ebd., S. 11.

Herzegowina beauftragt, einen Plan zur Transformation dieses seltsamen Systems auszuarbeiten. Die bisherigen Kompetenzen der parallelen Strukturen, wurden auf die neue staatliche Institution sowie auf die Banken übertragen.<sup>435</sup> Das zentrale Zahlungsbüro konnte jedoch erst nach einem Jahr, per Dekret des Hohen Repräsentanten, wegen der Ablehnung der Reform auf der Entitätsebene, eingerichtet werden. Es wurde nicht nur das Funktionieren des Zahlungssystems in Bosnien und Herzegowina verbessert, die potentiellen *Spoilers* wurden auch von ihrer finanziellen Grundlage abgeschnitten. Ohne parallele Zahlungsbüros, verloren die nationalistischen Parteien nicht nur eine wichtige Einnahmequelle, sondern viel wichtiger, ein Instrument der Kontrolle der bosnischen Ökonomie.<sup>436</sup>

Andere Reformen im wirtschaftlichen Bereich standen auch im Widerspruch zu den Interessen der nationalistischen Parteien und stießen auf eine politische Ablehnung ihrerseits. Der einzige Weg, die notwendigen wirtschaftlichen Reformen schnell zu verabschieden, war die Einmischung des Hohen Repräsentanten. Paddy Ashdown hat das so genannte „Bulldozer Committee“ errichtet, dessen Ziel es war, fünfzig wirtschaftliche Reformen innerhalb von 150 Tagen durchzusetzen.<sup>437</sup> „Through the dialogue that has been developed in the Bulldozer Process, political leaders, the private sector, and -- through the next stage in the process, Bulldozer Phase II -- the trades union, will be able to create long-term economic development programs that benefit all.“<sup>438</sup>

Die Privatisierung erwies sich als die schwierigste Phase der Transformation der sozialistischen Planwirtschaft in die freie Marktwirtschaft. Schon als der Prozess 1997 unter der Aufsicht von USAID angefangen hat, war der internationalen Gemeinschaft klar, dass es zu weiteren politischen Auseinandersetzungen zwischen den nationalistischen Parteien führen würde. Es musste eine Strategie entwickelt werden, die dieses Problem minimieren sollte.<sup>439</sup> „[...] privatization should take into account the ethnic diversity of the country, especially since most

---

<sup>435</sup> Vgl. OHR (1999b): 14<sup>th</sup> Report of the High Representative for Implementation of the Bosnian Peace Agreement to the Secretary-General of the United Nations, 16. Juli 1999, [http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content\\_id=3678](http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content_id=3678), Zugriff am 30.08.2009, § 76.

<sup>436</sup> Vgl. Zaum, Dominik (2006): Economic Reform and the Transformation of the Payment Bureaus, In: Chandler, David (Hrsg.): Peace without Politics? Ten Years of the International State-Building in Bosnia, Abington, Routledge, S. 46ff.

<sup>437</sup> Vgl. OHR (2003): One Economic Reform Every Four Days, 19. Mai 2003, [http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content\\_id=29920](http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content_id=29920), Zugriff am 30.08.2009.

<sup>438</sup> Ebd.

<sup>439</sup> Vgl. op. cit. Weltbank (1996), S. 43ff.

enterprises and banks are controlled by distinct ethnic groups.”<sup>440</sup> Die Hauptkompetenzen der Privatisierung wurden den regionalen Behörden zugeschrieben. Es wurden zwölf Privatisierungsagenturen eingerichtet: zehn auf der Kantonsebene und je eine pro Entität. Um den Einfluss von HDZ, SDS und SDA, dessen Strukturen auf der lokalen Ebene am besten ausgebildet sind, zu verringern, hat der Hohe Repräsentant 1998 eine Kommission gegründet, die einen ordnungsgemäßen Verlauf der Privatisierung gewährleisten sollte.<sup>441</sup>

Ein anderer Weg, das staatliche Eigentum und besonders die kleinen Unternehmen zu privatisieren, erfolgte über die Ausgabe der Vouchers und ihren Verkauf, an die Gesellschaft. Es sollten einige finanzielle Forderungen (zum Beispiel unbezahlter Sold) gegenüber dem Staat abgedeckt werden. Der Besitzer dieser Vouchers, war zum Kauf, der im Staatseigentum stehenden Wohnungen beziehungsweise der Anteile an staatlichen Unternehmen, berechtigt. Die Ausgabe der Vouchers hat allerdings viele Nachteile gehabt.<sup>442</sup> „While offering a relatively quick fix to the problem of transferring state assets into private hands, as well as helping to secure public support for privatization, this solution meant abandoning any hope of generating badly needed revenues for the state through the sale of public enterprises. More significantly, perhaps, voucher privatization by itself had no answer to the problem of generating capital for enterprises restructuring and modernization.”<sup>443</sup>

Da die Privatisierung zu Beginn des Friedensprozesses kaum Erfolg hatte (bis 2002 wurde nur ein Viertel der zur Privatisierung vorgesehenen Unternehmen tatsächlich privatisiert), vollzog der Hohe Repräsentant zu Beginn des Jahres 2000 einen Strategiewechsel. Ungefähr 140 staatliche Unternehmen sollten über öffentliche Ausschreibungen und mit Hilfe zahlreicher internationaler Experten privatisiert und an die ausländischen Investoren verkauft werden.<sup>444</sup> „This revised approach reflects the general consensus that the long-term hopes for economic recovery in Bosnia rest on the country’s ability to attract foreign investment.”<sup>445</sup> Diese Strategie hat bereits erste Erfolge gezeigt. Die Privatisierung erfolgt jetzt schneller. Bis zum Herbst 2008, befanden sich

---

<sup>440</sup> Ebd., S. 52.

<sup>441</sup> Vgl. OHR (1999c): 13<sup>th</sup> Report of the High Representative for Implementation of the Bosnian Peace Agreement to the Secretary-General of the United Nations, 7. Mai 1999, [http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content\\_id=3677](http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content_id=3677), Zugriff am 30.08.2009, § 96ff

<sup>442</sup> Vgl. op. cit. Donais (2005), S. 120f.

<sup>443</sup> Ebd., S. 120.

<sup>444</sup> Vgl. ebd., S. 123.

<sup>445</sup> Ebd.

über 41%, der zur Privatisierung vorgesehenen Unternehmen, in privaten Händen. In der früher zurückgebliebenen Republika Srpska, erfolgte der Prozess sogar rascher und der Prozentsatz des privatisierten Kapitals betrug 68%. Darüber hinaus wurden bis dahin fast alle Banken privatisiert.<sup>446</sup>

## 6.7. Kritik am Spoilers-Management

Carrie Manning vertritt die Meinung, dass die vom *Custodian of Peace* benützten Strategien zum Management der Spielverderber, tatsächlich einen Wandel der nationalistischen Parteien (also auch der HDZ) verursacht haben.<sup>447</sup> Obwohl die ethnischen cleavages noch immer als zentrale Ressource zur Mobilisierung der kroatischen Wähler angesehen wurde, haben die von Hohen Repräsentanten eingesetzten Strategien das Verhalten der HDZ weitgehend beeinflusst. Das starke Vorgehen der internationalen Gemeinschaft gegen die Einrichtung der separaten kroatischen Strukturen und die sinkende Unterstützung seitens Kroatien, haben eine Milderung der Forderungen der HDZ bewirkt, obwohl die Idee einer bosnisch-kroatischen Autonomie beziehungsweise der Einrichtung einer kroatisch dominierten Entität nie aufgegeben wurde.<sup>448</sup>

Die Forderungen nach den separaten kroatischen Strukturen wurden allerdings nicht mehr von den groß angelegten Aktionen von HVIDRA begleitet. Alle Strategien zum Management der Spielverderber haben einen großen Einfluss auf den Verhaltenswechsel von HVIDRA gegenüber die, der Föderation stärkenden, Gesetze gehabt. HVIDRA hat unter anderem das Projekt des föderalen Kriegsveteranen- und Invalidengesetzes befürwortet, das ein Teil, der von der Weltbank finanzierten Reform des sozialen Sektors war. Das Verabschieden dieses Gesetzes war eine Voraussetzung für die Weltbankknnleihe, die für die Fortsetzung der weiteren Reformen unerlässlich war. Als das Projekt 2003 zum ersten Mal als Gesetzesvorschlag deklariert wurde, versuchte HVIDRA mit seinen alten Taktiken, die Einrichtung eines gemeinsamen Sozialversicherungsfonds und die Ausgleichung des Anspruchsrechts von den Veteranen der HVO und der ABiH, zu verhindern. Dank der anhaltenden Sozialisierungsstrategie seitens der

---

<sup>446</sup> Vgl. EUCOM (2008): Bosnia and Herzegovina 2008 Progress Report, SEC(2008) 2693 final, 5. November 2008, S. 28f.

<sup>447</sup> Vgl. op. cit. Manning (2004b), S. 77ff.

<sup>448</sup> Vgl. op. cit. ICG (2009), S. 10f.



internationalen Gemeinschaft, hat HVIDRA seine Position graduell umformuliert. Die Einstellung des Veteranenverbandes wurde laut Bojicic-Dzelilovic moderater. Nichts desto trotz verweigerte HVIDRA, seine Unterstützung für das Gesetz zu leisten und beschuldigte die Regierungsmitglieder der HDZ BiH der Kapitulation, der Zustimmung der Hauptpunkte des Projekts. Der Schlüssel zur weiteren Milderung der Anstellung der Veteranen, war das Versprechen der anhaltenden Unterstützung seitens Kroatien, das von der Perspektive der Mitgliedschaft der EU angereizt wurde.<sup>449</sup> „The HVIDRA announced that it had established a committee for drafting the law on additional veteran’s rights – a sharp turn from its practice of violence, blackmail, and deals outside of official institutions.“<sup>450</sup>

Die HDZ strebte zwar weiter nach ihren ursprünglichen Zielen, was jedoch die *Spoiling*-Kapazitäten der Partei geschwächt hat, war der Verlust mit der Milderung von HVIDRA des Mittels, um diese außerhalb des demokratischen Systems zu verfolgen. Die Versuche der Einrichtung der separaten kroatischen Strukturen, erfolgen jetzt weitgehend innerhalb der verfassungsmäßigen Institutionen.<sup>451</sup> Die ICG fasst die innerparteilichen Veränderungen in der HDZ folgendermaßen zusammen: „The smallest of Bosnia and Herzegovina’s constituent nations, the Croats quietly support compromise and avoid talk of their long standing goal of a third entity all their own. But their political leadership remains committed to some form of territorial autonomy, a position that has in the past attracted strong international and Bosniak resistance.“<sup>452</sup>

Die Strategien zum Management der Spielverderber, die in Bosnien und Herzegowina eingesetzt wurden, haben also durchaus zu Veränderungen im Auftreten der ethnopolitischen Akteure beigetragen, obwohl das ethnische Element immer stark blieb. Gromes schreibt zu diesem Thema: „Zehn Jahre nach dem Friedensschluss zeigten sich SDS, HDZ und SDA personell wie programmatisch gewandelt und in ihrer Macht beschnitten. Sie waren nicht mehr Kriegsparteien von einst, blieben aber mehr ethnische als demokratische Kräfte.“<sup>453</sup> Die Frage, die sich hier stellt, ist, ob diese Veränderung der Wahrheit entspricht beziehungsweise inwieweit sie eine Maske der nationalistischen Parteien ist. Vedran Dzihic bezweifelt, dass der Richtungswechsel

---

<sup>449</sup> Vgl. op cit. Bojicic-Dzelilovic (2006), S. 215ff.

<sup>450</sup> Ebd., S. 217.

<sup>451</sup> Vgl. op. cit. Gromes (2007), S. 284ff.

<sup>452</sup> Op. Cit. ICG (2009), S. 10.

<sup>453</sup> OP. cit. Gromes (2007), S. 338.

tiefgreifend ist und sieht es eher als die „zwischenzeitlich gelernten moderateren Tönen für die westlichen Politiker.“<sup>454</sup> Dieser Zweifel an den tatsächlichen Veränderungen innerhalb der Parteien, schien nach dem Auftreten von HVIDRA in den letzten Jahren, die zur Entlassung weiterer HDZ-Politiker und HVIDRA-Mitglieder führte, begründet. Diese Ansicht scheinen auch weitere Gesellschaftsgruppen zu vertreten, da die von der internationalen Gemeinschaft unterstützten moderaten Politiker und Parteien immer mehr Mandate gewinnen.<sup>455</sup>

Die moderaten Parteien waren allerdings auch keine Lösung für das *Spoier*-Problem. Der Versuch, diese als Alternative zu den nationalistischen Parteien aufzubauen, scheiterte. Manche, anfänglich gemäßigten Politiker, haben im Laufe der Zeit ihre moderaten Vorstellungen beiseitegelegt und begannen immer stärker die Interessen einer ethnischen Gruppe zu vertreten. Das beste Beispiel ist hier die Person des ehemaligen Favoriten der internationalen Gemeinschaft – Milorad Dodik, der, statt die bisherigen *Spoilers* in Republika Srpska abzuschaffen, selbst zu einem Spielverderber wurde. „The Dodik government offered the same resistance to development of the central institutions as had its SDS predecessors.“<sup>456</sup> Dodik erwies sich als ein geschickter Stratege, indem er, in einem Spagat zwischen der internationalen Gemeinschaft und den bosnischen Serben, agiert hat. Dodik konnte seine Ziele ruhig verfolgen, die nicht immer zugunsten des Friedensprozesses waren, da ihm bewusst war, dass der Hohe Repräsentant die SNSD als das kleinere Übel immer unterstützten wird.<sup>457</sup> Dodik nutzte die Strategie der Marginalisierung zum Aufbau der eigenen politischen Position und dem Machtgewinn in der Republika Srpska.

NHI erwies sich als keine Alternative für die nationalistische HDZ. Die Strategie der Marginalisierung zeigte sich dann als äußerst ineffizient im Falle der bosnischen Kroaten.<sup>458</sup> Dafür hat die internationale Gemeinschaft ein neues Problem und einen neuen Störenfried geschaffen – die SNSD.

Die Entlassung der Politiker und Offiziellen, deren Handlungen im Widerspruch mit dem Dayton-Abkommen standen, zeigte sich auch als Strategie zum Management der Spielverderber

---

<sup>454</sup> Op. cit. Dyihic (2005), S. 26.

<sup>455</sup> Vgl. op. cit. Gromes (2008), S. 21ff.

<sup>456</sup> Op. cit. Cox (2001), S. 15.

<sup>457</sup> Vgl. ebd., S. 14f.

<sup>458</sup> Vgl. Manning (2004b), S. 68ff.

besonders mangelhaft. Die Absetzung dieser, brachte keine tiefgreifende Veränderung innerhalb der Parteien, da die hochrangigen Mitglieder auch nach ihrer Entlassung den Einfluss auf die Machtstrukturen ausüben konnten.<sup>459</sup> Ante Jelavić musste zwar 2001 seine Aufgaben als Präsident von Bosnien-Herzegowina und Mitglied der HDZ aufgeben, behielt aber tatsächlich seine Position in der Partei.<sup>460</sup> Die entlassenen Politiker wurden von der Partei schnell nachbesetzt, aber die Veränderung war eher illusorisch.<sup>461</sup>

In der Praxis erwies sich die Zwangsstrategie als nicht effektiv genug, um die *Spoilers* in Bosnien und Herzegowina zu stoppen.

Ein wichtiger Kritikpunkt liegt in den ständigen Veränderungen der Strategien zum *Spoilers*-Management. Fast jeder Hohe Repräsentant setzte eine eigene Strategie durch. Christian Schwarz-Schilling hat seine Vollmachten nur in Ausnahmefällen benutzt, wobei Paddy Ashdown und Miroslav Lajčák ihre Befugnisse im großen Umfang gegen die potentiellen Spielverderber eingesetzt haben. Paddy Ashdown hat innerhalb seiner Amtszeit mehrere Strategien verwendet, die von sanften zu extrem harten Maßnahmen übergingen. Ständige Änderungen an der Strategie zum Management der Störenfriede, konnten kaum effektiv sein. Darüber hinaus haben sie zum Verlust der politischen Glaubwürdigkeit und damit auch des Einflusses und der Macht des Hohen Repräsentanten geführt. Die Entscheidungen des Vertreters der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina, wurden in den letzten Jahren immer häufiger von den nationalen Politikern kritisiert und sind auf einen starken Widerstand der nationalistischen Parteien gestoßen.<sup>462</sup> Die ICG fasst den ständigen Strategiewechsel und seinen Effizienzverlust folgendermaßen zusammen: „Bosnian officials are now more likely to defy a Bonn powers imposition if the OHR tried to force them to make political decisions they felt were against their basic national interests.“<sup>463</sup>

Manche Strategien haben, statt zur Schwächung der Spielverderber, zu ihrer Verstärkung beigetragen. In diesem Zusammenhang sind zwei Aspekte des Friedensprozesses zu erwähnen: eine rasche Durchführung der freien Wahlen und die *shock therapy* für die bosnische Wirtschaft.

---

<sup>459</sup> Vgl. op. cit. ESI (2000), S. 33f.

<sup>460</sup> Vgl. op. cit. Manning (2004b), S. 79f.

<sup>461</sup> Vgl. op. cit. ESI (2000), S. 34.

<sup>462</sup> Vgl. op. cit. ICG (2009), S. 12ff.

<sup>463</sup> Ebd., S. 14.

Das Dayton-Abkommen sah die Durchführung von freien Wahlen innerhalb von sechs bis neun Monaten nach seiner Unterzeichnung vor. Die ersten Wahlen nach dem Krieg erfolgten noch immer in einem hoch polarisierten Umfeld und haben die potentiellen *Spoilers* demokratisch legitimiert und als die Vertreter der jeweiligen ethnischen Gruppe bestätigt.<sup>464</sup> Manning schreibt dazu: „[...] the effects of those first elections may have entrenched the war time nationalist parties to the extent that it became nearly impossible to dislodge them.“<sup>465</sup> Die Annahme der internationalen Gemeinschaft, dass eine regelmäßige Abhaltung der Wahlen zur automatischen Ablösung der den Friedensprozess unterminierenden Akteuren führen würde, wurde in der Praxis nicht bestätigt. Vielmehr nutzten die nationalistischen Parteien die Wahlkämpfe, um die Trennlinien zwischen den Volksgruppen aufrechtzuerhalten.<sup>466</sup>

Die Transformation der sozialistischen Planwirtschaft in die freie Marktwirtschaft, hat sogar mehrere Anreize für die potentiellen Spielverderber, als die rasche Durchführung der freien Wahlen gebracht, und führte zu ähnlichen Ergebnissen. Die internationale Gemeinschaft hat in diesem Fall keine Rücksicht auf die Besonderheiten Bosnien und Herzegowinas genommen, die sich aus der Natur des Krieges ergeben haben. Dadurch wurden die Ressourcen der nationalistischen Machtstrukturen der HDZ, SDS und SDA zur Verfügung gestellt und sogar erweitert.

Die Phase des Wiederaufbaus, der während des Krieges zerstörten Infrastruktur, stützte sich grundsätzlich auf die internationalen Hilfgelder, deren Zufluss zur Stärkung der Machtstrukturen der nationalistischen Parteien beigetragen hat. Die Verteilung der finanziellen Hilfe und die Umsetzung der internationalen Projekte, lief über die lokalen Behörden, die den nationalistischen Parteien nahe standen.<sup>467</sup> Durch den Zufluss der internationalen Gelder, haben die nationalistischen Parteien materiell, sowie politisch profitiert. „Local leaders benefited materially from the aid programme through control of local companies contracted for reconstruction work, and through the supply of goods and rental premises to international agencies. They benefited

---

<sup>464</sup> Vgl. op. cit. Gromes (2997), S. 385.

<sup>465</sup> Op. cit. Manning (2004b), S. 68.

<sup>466</sup> Vgl. op. cit. Gromes (2007), S. 374f.

<sup>467</sup> Vgl. op. cit. Cox (2001), S. 11.

politically, not just being able to provide their constituency with international aid, but also from the ability to direct aid according to political criteria.”<sup>468</sup>

Am wenigsten erfolgreich erwies sich die Privatisierung. Die privatisierten Unternehmen standen immerhin unter der direkten beziehungsweise indirekten Kontrolle der nationalistischen Parteien. Die staatlichen Betriebe wurden hauptsächlich an Investoren verkauft, die der zuständigen Partei nahestanden. Die Preise lagen dazu weit unter dem tatsächlichen Wert des privatisierten Eigentums. Als Beispiel kann hier das Privatisierungsverfahren des Telekom-Unternehmens „Eronet“ dienen. „Eronet“ wurde in einem unklaren Anbieterverfahren an drei Unternehmen (Hercegovina Osiguranje, Croherc and TGP Alpina Komerc) verkauft,<sup>469</sup> „some of which have been mentioned as key sources of financing for the HDZ parastate in Herzegovina”.<sup>470</sup> In der Folge der Privatisierung des staatlichen Eigentums wurden nicht nur die nationalistischen Parteien, sondern auch die kriminelle Unterwelt verstärkt, da die Unternehmen an diejenigen verkauft wurden, die der jeweiligen ethnopolitischen Gruppe nahe standen. Durch die Privatisierung konnten die Gewaltakteure, das im Krieg illegal erworbene Vermögen, „waschen“ und die nationalistischen Parteien konnten weiterhin einen gewissen Einfluss auf die privatisierten Betriebe ausüben.<sup>471</sup>

Die für kleinere Betriebe favorisierte Taktik der Voucher-Ausgabe hat ähnliche Resultate gebracht. Diese Strategie wurde zur Aufrechterhaltung der Dreiteilung der bosnischen Wirtschaft entlang der ethnonationalen Linien benutzt, indem die Vouchers an die Mitglieder der jeweiligen ethnischen Gruppe verteilt wurden. Die Mehrheit dieser ging an die ehemaligen Soldaten als Belohnung für ihre Dienste während der Kriegshandlungen.<sup>472</sup> „While many citizens used their vouchers to purchase socially owned flats, in the desperately poor conditions of post-war Bosnia many others have chosen to sell their vouchers for whatever they could get for them. For those with money – notably members of the nationalist-mafia-nomenklatura networks – the desperation of ordinary citizens has been a golden opportunity, as they have been able to buy up certificates

---

<sup>468</sup> Op. cit. ESI (1999), S. 15.

<sup>469</sup> Vgl. International Crisis Group (2001): Bosnia's Precarious Economy: Still Not Open for Business, 7. August 2001, ICG Balkans Report N° 115, Sarajevo/Brüssel, [http://www.crisisgroup.org/library/documents/report\\_archive/A400375\\_07082001.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400375_07082001.pdf), Zugriff am 02.09.2009, S. 26.

<sup>470</sup> Ebd.

<sup>471</sup> Vgl. Andreas, Peter (2004): The Clandestine Political Economy of War and Peace in Bosnia, In: International Studies Quarterly, Vol. 48, S. 44ff.

<sup>472</sup> Vgl. op. cit. Donais (2005), S. 120f.

for as little as 3 percent of their face value and turn around and invest these certificates in privatized enterprises at their full face value.”<sup>473</sup>

Auf diese Weise ist ein Großteil der privatisierten Unternehmen in das Eigentum der potentiellen Spielverderber übergegangen.<sup>474</sup> Die Privatisierung des staatlichen Eigentums in Bosnien und Herzegowina wurde kurz und bündig bei der International Crisis Group zusammenfasst: „[the privatisation] has gone horribly wrong.“<sup>475</sup>

Die Transformation der postsozialistischen Wirtschaft in die freie Marktwirtschaft hat keinesfalls zur Schwächung der kriminellen Ökonomie und der potentiellen Spoilers beigetragen. Sie endete in einer gegenteiligen Entwicklung, in der die nationalistischen Parteien ihre Machstrukturen auf der von ihnen kontrollierten Wirtschaft weiter ausbauen und ihre ursprünglichen Ziele verfolgen konnten.

---

<sup>473</sup> Ebd., S. 121.

<sup>474</sup> Vgl. op. cit. GAO (2000), S. 31.

<sup>475</sup> Op. cit. ICG (2001), S. 18.

## Fazit

Die Ausführungen meiner Arbeit verfolgten das Ziel, am Fallbeispiel Bosnien und Herzegowinas herauszufinden, inwiefern die spezifischen Bedingungen eines so genannten neuen Krieges die Natur der *Spoilers* im Friedensprozess beeinflussen und ob dieser beim Entwerfen einer effizienten Strategie zum Management der Spielverderber, in Betracht gezogen werden sollte.

Das Beispiel Bosnien und Herzegowinas zeigt, dass das Unterzeichnen eines Friedensabkommens noch lange kein Ende des Konfliktes bedeutet. Das Dayton-Abkommen hat die grundlegenden Kriegsursachen und die *needs* der Gewaltakteure unzureichend behandelt. Der langjährige Friedensprozess ist durch das Streben der ursprünglichen Gewaltakteure nach der Befriedigung ihrer *needs* gekennzeichnet. Der ethnische Konflikt überlagert alle anderen Probleme des heutigen Bosniens. Obwohl in vielen Bereichen Vorschnitte erzielt wurden, die jedoch meistens durch den Druck des Hohen Repräsentanten durchgesetzt wurden, blieb Bosnien und Herzegowina, ein entlang der ethnischen Grenzen, geteiltes Land.

Der Krieg in Bosnien und Herzegowina hat zahlreiche Merkmale eines neuen Types des Konfliktes ausgewiesen. Die neuen Kriege sind schwieriger zu beenden als die Konflikte der Vergangenheit. Die Friedensprozesse, die nach diesen Konflikten die Ordnung wiederherstellen sollten, charakterisieren sich durch eine besonders große Anzahl an *Spoilers*, die mit dem Ergebnis der Friedensverhandlungen nicht hundertprozentig einverstanden sind und diesen Punkt im Nachhinein weiter „verhandeln“ wollen. Die Besonderheiten, die die zwischenstaatlichen Kriege beziehungsweise klassischen Bürgerkriege von den neuen Kriegen unterscheiden, haben einen großen Einfluss auf die Natur der Spielverderber. Eine große Anzahl der Akteure bestimmte gewissermaßen das Auftreten von mehr als einem *Spoiler*, was ein Problem für den *Custodian* war, da die Strategien, die dem Management eines Störenfriedes effizient erschienen, einen anderen beeinflussten beziehungsweise stärkten. Die besonders brutalen Strategien, die während des Krieges angewandt wurden sowie die neue Rolle der Zivilen als Ziel der Gewalthandlungen, begünstigten auf keinen Fall die Aussöhnung des entzweiten Volkes. Die Opfer suchten die Rache und die Gerechtigkeit nach dem Ende des Krieges. Die Gewaltökonomie, die weitgehend auf der Schattenglobalisierung und den Kontakten mit der kriminellen Unterwelt aufgebaut war, hat neue Gewaltmotive gebracht. Die Akteure haben nicht

nur die identitätsbezogenen Motive verfolgt. Ihre Beweggründe waren oft ökonomischer Natur. Da dank der kriminellen Gewaltökonomie die Selbstbereicherung einfach erschien, haben die Gewaltakteure keine Interesse an der Beseitigung des gewinnbringenden Konfliktes gehabt und wenn dieser beendet war, strebten sie nach weiteren Profiten, die leicht (meist illegal) zu erwerben waren. Die besondere Asymmetrie des bosnischen Konfliktes und des Friedensprozesses, hat vor allem die bosnischen Kroaten betroffen, auf denen ich mich in meiner Diplomarbeit konzentriert habe. Die nationalistischen Parteien in Bosnien und Herzegowina waren so zu sagen für die Rolle der *Spoilers* dieses Friedensprozesses prädestiniert.

Das Dayton-Abkommen hat viele Fragen offen gelassen und bot Gesprächspartnern, zahlreiche Möglichkeiten, den Friedensprozess nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Das Auftreten der nationalistischen Parteien, die ihre Strategien der Verfolgung der ursprünglichen, an die sich aus dem Konflikt ergebenden spezifischen Bedingungen des Friedensvertrages, angepasst haben, gefährdet die Friedenskonsolidierung. Nach dem Abschluss der Friedensverhandlungen, fiel wegen der permanenten Anwesenheit der internationalen Einheiten, die Option der Gewaltanwendung zur Durchsetzung der eigenen Ziele weitgehend aus. Außerdem war die Rückkehr der Spielverderber zum offenen Krieg, genauso wenig das Ziel, wie die Reintegration des multiethnischen Staates. Die nationalistischen Parteien mussten ihre Strategien an die Bedingungen des bosnischen Friedensprozesses anpassen. Die HDZ verfolgte ihre Ziele nicht nur innerhalb der demokratischen Institutionen (unter anderem durch die Blockade der, der ethnischen Dreiteilung des Landes gefährdenden Reformen), sondern auch außerhalb dieser, mit Hilfe des Veteranenverbandes HVIDRA.

Das Konzept des *Spoilers*-Managements gewinnt jedes Jahr an Bedeutung. Es gibt Beweise, dass *Spoiling* ein Zeichen eines bestimmten Typus des gewaltsamen Konfliktes sei. Es tauchen zahlreiche Fragen bezüglich des *Spoilers*-Managements auf, die erforscht werden sollten. Es kann nicht angenommen werden, dass alle oder sogar die Mehrheit aller Konflikte durch Einigungserzielung beendet werden könnten beziehungsweise dass alle Konfliktparteien nach einem verhandelten Frieden streben. In bestimmten Typen der gewaltsamen Konflikte, haben manche Gewaltakteure „rationale“ Anreize den Friedensprozess in Frage zu stellen.

Die internationale Gemeinschaft hat in Bosnien und Herzegowina mehrere Strategien eingesetzt, wobei das Pendel von eher sanften bis zu extrem harten Maßnahmen hin und her schwankte und



sehr oft gewechselt wurde. Außer den direkten Strategien zum Management der Spielverderber, wurden auch diese zur Schwächung der kriminellen Ökonomie eingesetzt. Die Gewaltökonomie ist ein allseits bekannter Aspekt und die treibende Kraft, was die Motivationen und das Verhalten der Akteure angeht. Wie ich in meinem Projekt bewiesen habe, ist *Spoiling* direkt mit dem Ansporn der Gewaltökonomie verbunden. Die logische Konsequenz ist, dass die Implementierung des Friedensprozesses absichtlich oder versehentlich unterminiert sein könnte, wenn die Akteure die Gewaltökonomie des Krieges für vorteilhafter halten als die Friedensökonomie.

Durch die Blockade der gemeinsamen Gremien, die ständige Verweigerung der Zusammenarbeit mit den anderen ethnischen Gruppen sowie mit dem Hohen Repräsentanten, die Manipulation der Wahlen durch das Spielen mit Ängsten des eigenen Volkes und bauend auf den kriminellen Geschäften, haben die nationalistischen Parteien es geschafft, die Trennlinien aufrechtzuerhalten und die Transformation der Gesellschaft zu verhindern. Das Auftreten der nationalistischen Parteien erklärt weitgehend die Situation im heutigen Bosnien und Herzegowina, jedoch müssen die Aktivitäten des Hohen Repräsentanten auch kritisch betrachtet werden.

Das *Spoilers*-Management in Bosnien und Herzegowina, erwies sich als äußerst ineffektiv. Das Fehlen einer kohärenten Strategie des *Custodians*, verringerte den Einfluss der angewandten Maßnahmen auf die potentiellen Spielverderber. Nicht nur war die internationale Gemeinschaft ineffizient im Kampf gegen die *Spoilers*, sie hat auch zur Entstehung neuer Bedrohungen für den Friedensprozess und zum Verlust an Vertrauen in ihren Entscheidungen und Aktionen beigetragen. Der Hohe Repräsentant erwies sich als unfähig die potentielle Störenfriede von der Unterminierung der demokratischen Strukturen des Staates abzuhalten, indem er seine Strategien langsamer als die nationalistischen Parteien an die sich dauernd verändernden Umstände angepasst hat.

Das Fallbeispiel Bosnien und Herzegowinas hat gezeigt, dass die Strategien zum Management der Spielverderber, die die speziellen Charakteristika des konkreten Falles nicht in ausreichendem Maße berücksichtigen, die Situation verschärfen können. Es lässt sich sogar sagen, dass die internationale Gemeinschaft selbst unbeabsichtigt zum Spielverderber im Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina wurde. Die rasch durchgeführten freien Wahlen haben in erster Linie nicht in der Festigung der demokratischen Strukturen resultiert, sondern

eher in der Legitimierung als Vertreter der jeweiligen ethnopolitischen Gruppe der Gewaltakteure, die ursprünglich zum Ausbruch des Krieges beigetragen haben. Genauso erwies sich die *shock-therapy* für die Transformation der bosnischen Wirtschaft als äußerst ineffektiv. Die marktwirtschaftlich orientierten Reformen zu wirtschaftlichem Aufschwung, haben den potentiellen Spielverderbern mehrere Ressourcen für die Erhaltung ihrer Machtstrukturen gegeben, statt die Verbindung dieser mit der kriminellen Unterwelt abzuschaffen. Alle Reformen und Strategien des Hohen Repräsentanten konnten den Aufschwung der bosnischen Demokratie und Wirtschaft verursachen, jedoch nur, wenn die spezifischen Bedingungen dieses Landes berücksichtigt werden würden. Um die Transformation vom Krieg zum Frieden erfolgreich durchzuführen, müssen solche Strategien eingesetzt werden, die auf den konkreten Staat abgestimmt sind und die besondere Interdependenzen der Postkonfliktgesellschaft in Betracht ziehen.

Heute scheint es, dass die nationalistischen Parteien imstande sind, den Friedensprozess an die eigenen Vorstellungen anzupassen. HDZ, SDS und SDA haben ihre Machstrukturen weitgehend konsolidiert und gesichert. Die internationale Gemeinschaft war im Gegenteil fähig, ihre Position nur teilweise durchzusetzen und das trotz des großen Einsatzes an personellen sowie materiellen Ressourcen.

Die Situation in Bosnien und Herzegowina hat sich allerdings bemerkenswert verbessert und nach 14 Jahren der Friedensimplementierung in Bosnien und Herzegowina scheint es, dass die Zuneigung, mindestens des Veteranenverbandes, zu den illegalen Strategien der Friedensprozessunterminierung begrenzt wurde. Die Beziehung zwischen den Akteuren wurde erheblich gelockert und die Macht der HDZ BiH wurde damit vermindert. Dank des Engagements des Hohen Repräsentanten, muss ihre Entschlossenheit zur Einrichtung der bosnisch-kroatischen Autonomie durch formelle, politische Kanäle gerichtet werden.

Der Konflikt zwischen den einzelnen ethnopolitischen Gruppen, wurde jedoch noch nicht beseitigt. Es scheint, dass wenn die internationale Gemeinschaft ihre Strategien nicht schnell überprüft und überdenkt, die *Spoilers* noch längst imstande sein werden, den Prozess des Übergangs vom Krieg zum Frieden zu beeinflussen und nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten.

## Literaturverzeichnis

Aggestam, Karin (2006): Internal and external dynamics of spoiling: A negotiation approach, In: Newman, Edward/Richmond, Oliver (Hrsg.): Challenges to Peacebuilding. Managing Spoilers During Conflict Resolution, New York, United Nations University Press.

Andreas, Peter (2004): The Clandestine Political Economy of War and Peace in Bosnia, In: International Studies Quarterly, Vol. 48.

Bojicic-Dzelilovic, Vesna (2006): Peace on whose terms? War veterans' associations in Bosnia and Herzegovina, In: Newman, Edward/Richmond, Oliver (Hrsg.): Challenges to Peacebuilding. Managing Spoilers During Conflict Resolution, New York, United Nations University Press.

Bollig, Michael (2001): Zur Ökonomie des Krieges: Die Gewalt und die Geschäfte der afrikanischen Warlords. Über die soziale und politische Organisation von Kriegsherren-Gruppen, <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Privatkriege/kriegsheren.html>.

Bose, Sumantra (2007): Contested Lands, Cambridge, Harvard University Press.

Bougarel, Xavier (1999): Zur Ökonomie des Bosnien-Konflikts: zwischen Raub und Produktion, In: Jean, François/Rufin, Jean-Christophe (Hrsg.) (1999): Ökonomie der Bürgerkriege, Hamburg, Hamburger Edition HIS.

Buturović, Adnan (2004): Dossier: Who Killed Jozo Leutar, 26.01.2004, <http://www.ex-yupress.com/slobos/slobos16.html>.

Brock, Lothar (2004): Vorwort: Alt und neu, Krieg und Gewalt: heuristische und normative Aspekte kategorialer Unterscheidungen, In: Kurtenbach, Sabine/Lock, Peter (Hrsg.): Kriege als (Über)Lebenswelten: Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität, Bonn.

Brzoska, Michael (2004): „New Wars“ Discourse in Germany, In: Journal of Peace Research, Nr. 41.

Calic, Marie-Janine (1995): *Der Krieg in Bosnien-Herzegovina*, Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Calic, Marie-Janine (2005): *Ethnic Cleansing and War Crimes, 1991-1995*, West Lafayette, Purdue University.

Collier, Paul/Hoeffler, Anke (2002): *Greed and Grievance in Civil War*, Working Paper 2002-01, Oxford, Centre for the Study of African Economies,  
<http://www.csae.ox.ac.uk/workingpapers/pdfs/2002-01text.pdf>.

Cousens, Elisabeth (2002): *From Missed Opportunities to Overcompensation: Implementing the Dayton-Agreement on Bosnia*, In: Stedman, Stephen John/Rotchild, Donald/Cousens, Elizabeth M. (2002): *Ending Civil Wars. The Implementation of Peace Agreements*, Boulder, Lynne Rienner Publishers.

Cox, Marcus (2001): *State Building and Post-Conflict Reconstruction: Lessons from Bosnia*, Genf, Centre for Applied Studies in International Negotiations, Jänner 2001,  
<http://www.casin.ch/web/pdf/cox.pdf>.

Diessenbacher, Hartmut (1998): *Kriege der Zukunft*, München Carl Hanser Verlag.

Donais, Timothy (2000): *Division and Democracy. Bosnia's Post-Dayton-Elections*, In: Spencer, Metta (Hrsg.): *The Lessons of Yugoslavia*, London, Elsevier Science.

Donais, Timothy (2005): *The Political Economy of Peacebuilding in Post-Dayton Bosnia*, London, Routledge.

Dorić, Petar (2007): *Croatia*, In: Goehring, Jeannette (2007): *Nations in Transit 2007. Democratization from Central Europe to Eurasia*, New York, Freedom House.

Downs, George/Stedman, Stephen John (2002): *Evaluation Issues in Peace Implementation*, In: Stedman, Stephen John/Rotchild, Donald/Cousens, Elizabeth M. (2002): *Ending Civil Wars. The Implementation of Peace Agreements*, Boulder, Lynne Rienner Publishers.

Drayic, Ivana (2001): Jelavic Proclaimed “Croat Self-Government”. Illegitimate and Illegal Decision, AIM Sarajevo, 8. März 2001, <http://aimpress.ch/dyn/trae/archive/data/200103/10308-001-trae-sar.htm>.

Du Pont, Yannick (1999): Der Chancengleichheit den Boden bereiten: Demokratisierung durch Förderung eines pluralistischen und gemäßigten Parteiensystems in Bosnien und Herzegowina, In: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg: OSZE-Jahrbuch 1999, Baden-Baden, Nomos.

Dzihic, Vedran (2005): Nation-Building in Bosnien und Herzegowina. Eine Bilanz zehner Jahre nach Dayton. In: Reiter, Erich/Jureković, Pedrag (Hrsg.): Bosnien und Herzegowina. Europas Balkanpolitik auf dem Prüfstand. Baden-Baden, Nomos.

Ehrke, Michael (2003): Von der Raubökonomie zur Rentenökonomie. Mafia, Bürokratie und internationales Mandat in Bosnien, In: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 2/2003.

Eppler, Erhard (2002): Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.

Gray, David H./Tafoya, Fred A. (2008): Bosnia’s ‘Jihad’ and the Development of Al Qaida: Past, Present, and Future, In: Research Journal of International Studies, Nr. 7, März 2008.

Greenhill, Kelly M./Major, Salomon (2006): The Perils of Profiling, In: International Security, Vol. 31, Nr. 3.

Gromes, Thorsen (2003): Den Frieden abgewählt? Die Friedenskonsolidierung in Bosnien und Herzegowina und die Wahlen im Oktober 2002, HSFK-REPORT 4/2003, Frankfurt am Main, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

Gromes, Thorsten (2007): Demokratisierung nach Bürgerkriegen. Das Beispiel Bosnien und Herzegowina, Frankfurt am Main, Campus Verlag.

Heupel, Monika/Zangl, Bernhard (2003): Die empirische Realität des "neuen Krieges", Bremen, Institut für Interkulturelle und Internationale Studien.

Heupel, Monika (2005): Friedenskonsolidierung im Zeitalter der „neuen Kriege“, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.

Higgins, Rosalyn (1993): The New United Nations and Former Yugoslavia, In: International Affairs, Vol. 69, Nr. 3.

Kaldor, Mary (2000): Neue und alte Kriege, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.

Kaldor, Mary (2001): New Types of Conflict, In: Stanley, Ruth (Hrsg.) (2001): Gewalt und Konflikt in einer globalisierten Welt, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.

Kaplan, Robert (1994): Balkan Ghosts. A Journey Through History. New York, St. Martin's Press.

Kapuściński, Ryszard (1999): Afrikanisches Fieber. Erfahrungen aus Vierzig Jahren, Frankfurt am Main, Eichborn Verlag.

Kissinger, Henry (1969): The Viet Nam Negotiations, In: Foreign Affairs, Bd. 47, Nr. 2 (1969).

Kurtenbach, Sabine/Lock, Peter (2004): Kriege als (Über)Lebenswelten: Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Insel der Zivilität, In: Kurtenbach, Sabine/Loch, Peter (Hrsg.): Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Insel der Zivilität, Bonn, Verlag J.H.W. Dietz.

Lock, Peter (2004): Gewalt als Regulation: Zur Logik der Schattenglobalisierung, In: Kurtenbach, Sabine/Loch, Peter (Hrsg.): Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Insel der Zivilität, Bonn, Verlag J.H.W. Dietz.

Mac Ginty, Roger (2006): The Role of Accidental Spoilers, Paper presented at one day conference on violence and ethnic conflict (12.05.2006), Queen's University Belfast.

Mair, Stefan (2004): Die Rolle von Private Military Companies in Gewaltkonflikten, In: Kurtenbach, Sabine/Loch, Peter (Hrsg.): Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Insel der Zivilität, Bonn, Verlag J.H.W. Dietz.

Manning, Carrie (2004a): Armed Opposition Groups into Political Parties: Comparing Bosnia, Kosovo, and Mozambique, In: Studies In Comparative International Development, Spring 2004, Vol. 39, No. 1.

Manning, Carrie (2004b): Elections and Political Change in Post-War Bosnia and Herzegovina, In: Democratization, Vol. 11, Nr. 2, April 2004.

Mao, Tse Tung (1938): Probleme der Strategie im Partisanenkrieg gegen Japan, In: Hahlweg, Werner (1968): Lehrmeister des kleinen Krieges, Damstadt, Wehr und Wissen Verlagsgesellschaft.

Münkler, Herfried (2004): Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Münkler, Herfried (2006): Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie, Weilerswist, Velbrück Wissenschaft.

Münkler, Herfried (2007): Clausewitz über den Charakter des Krieges. In: Themenportal Europäische Geschichte, [http://www.europa.clio-online.de/site/lang\\_de/ItemID\\_137/mid\\_11428/40208214/default.aspx](http://www.europa.clio-online.de/site/lang_de/ItemID_137/mid_11428/40208214/default.aspx).

Münkler, Herfried (2008): Krieg, In: Erwägen, Wissen Ethik, Jg. 19/2008.

Newman, Edward (2004): The „New Wars“ Debate: A Historical Perspective is Needed, In: Security Dialogue, Nr. 35.

Newman, Edward (2006): „New wars“ and spoilers, In: Newman, Edward/Richmond, Oliver (Hrsg.): Challenges to Peacebuilding. Managing Spoilers During Conflict Resolution, New York, United Nations University Press.

Newman, Edward/Richmond, Oliver (2006): Introduction. Obstacles to Peace Processes: Understanding Spoiling, In: Newman, Edward/Richmond, Oliver (Hrsg.): Challenges to Peacebuilding. Managing Spoilers During Conflict Resolution, New York, United Nations University Press.

Petritsch, Wolfgang (2001): Bosnien und Herzegowina fünf Jahre nach Dayton. Hat der Friede eine Chance?, Klagenfurt, Wieser Verlag.

Pittwald, Michael (2008): Kindersoldaten, neue Kriege und Gewaltmärkte, Osnabrück, Sozio-Publishing.

Richmond, Oliver (2006): The linkage between devious objectives and spoiling behaviour in peace processes, In: Newman, Edward/Richmond, Oliver (Hrsg.): Challenges to Peacebuilding. Managing Spoilers During Conflict Resolution, New York, United Nations University Press.

Shain, Yossi/Aryasinha, Ravinatha P. (2006): Spoilers or Catalysts? The Role of Diasporas in peace Process, In: Newman, Edward/Richmond, Oliver (Hrsg.): Challenges to Peacebuilding. Managing Spoilers During Conflict Resolution, New York, United Nations University Press.

Schlichte, Klaus (2002): Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den internationalen Beziehungen, In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Nr. 9.

Schlichte, Klaus (2006): Neue Kriege oder alte Thesen?, In: Geis, Anna (Hrsg.) (2006): Den Krieg überdenken, Baden-Baden, Nomos Verlag.

Schneckener, Ulrich (2002): Auswege aus dem Bürgerkrieg. Modelle zur Regulierung ethno-nationalistischer Konflikte in Europa, Frankfurt am Main, Suhrkamp.



Schneckener, Ulrich (2003): Warum manche den Frieden nicht wollen. Eine Soziologie der „Störenfriede“, Diskussionspapier der Fachgruppe 8., Februar 2003, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik.

Schreiber, Wolfgang (2001): Die Kriege in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und danach, In: Rabehl, Thomas/Schreiber, Wolfgang (Hrsg.): Das Kriegsgeschehen 2000. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Opladen, Leske+Burich.

Singer, Peter Warren (2005): Children at War, New York, Pantheon Books.

Sisk, Timothy (1999): Power sharing and international mediation in ethnic conflicts, Washington, United States Institute of Peace.

Sito-Sucic, Daria (2008): Ethnic Croats feel sidelined in Bosnia, leaders say, Reuters, 20. März 2008,  
<http://in.reuters.com/article/lifestyleMolt/idINTZO94095920080320?pageNumber=1&virtualBrandChannel=0>.

Stedman, Stephen John (2008): Peace Process and the Challenges of Violence, In: Darby, John/Mac Ginty, Roger (Hrsg.): Contemporary Peacemaking. Conflict, Peace Processes and Post-War Reconstruction, New York, Palgrave Macmillan.

Tretter, Hannes/Müller, Stephan (Hrsg.) (1998): „Ethnische Säuberungen“ in der nordostbosnischen Stadt Zvornik von April bis Juni 1992, Wien, Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte.

UN Secretary General (2005): In Larger Freedom: Towards Development, Security and Human Rights for All, New York, United Nations, § 114, <http://www.un.org/largerfreedom/chap3.htm>.

Weltbank (1996): Bosnia and Herzegovina. Towards Economic Recovery, Washington, Weltbank.

Wouters, Jan/Naert, Frederik (2001): How Effective Is the European Security Architecture? Lessons from Bosnia and Kosovo, In: The International and Comparative Law Quarterly, Vol. 50, Nr. 3.

Van Creveld, Martin (2001): Frauen und Krieg, München, Gerling Akademie Verlag.

Von Clausewitz, Carl (1832/2000): Vom Kriege, München, Cormoran.

Van Welser, Maria (1993): Am Ende wünschst du dir nur noch den Tod. Massenvergewaltigungen im Krieg auf dem Balkan, München, Droemersch Verlagsanstalt.

Zahar, Marie-Joëlle (2008): Reframing the Spoiler Debate in Peace Processes, In: Darby, John/Mac Ginty, Roger (Hrsg.): Contemporary Peacemaking. Conflict, Peace Processes and Post-War Reconstruction, New York, Palgrave Macmillan.

Zangl, Bernhard/Zürn, Michael (2003): Frieden und Krieg, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.

Zartman, William (2000): Mediating Conflicts of Need, Creed and Greed, In: Orbis, Spring 2000.

Zaum, Dominik (2006): Economic Reform and the Transformation of the Payment Bureaus, In: Chandler, David (Hrsg.): Peace without Politics? Ten Years of the International State-Building in Bosnia, Abington, Routledge.

## **Dokumente der internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen**

Coalition to Stop the Use of Child Soldiers: Global Report Child Soldiers (2008),  
[http://www.childsoldiersglobalreport.org/files/German\\_intro\\_08.pdf](http://www.childsoldiersglobalreport.org/files/German_intro_08.pdf).

Erstes Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte, [http://www.admin.ch/ch/d/sr/0\\_518\\_521/a47.html](http://www.admin.ch/ch/d/sr/0_518_521/a47.html).

EUCOM (2008): Bosnia and Herzegovina 2008 Progress Report, SEC(2008) 2693 final, 5. November 2008.

European Stability Initiative (1999): Reshaping international priorities in Bosnia and Herzegovina. Bosnian Power Structures, Part One, European Stability Initiative, Berlin.

European Stability Initiative (2000): Reshaping international priorities in Bosnia and Herzegovina, International Power in Bosnia, Part Two, European Stability Initiative, Berlin.

Final Report of the Commission of Experts Established Pursuant to Security Council Resolution 780 (1992), Annex III General Studies, S/1994/674/Add. B.  
<http://www.his.com/~twarrick/commxyu1.htm>.

GAO (2000): Bosnia Peace Operation. Crime and Corruption Threaten Successful Implementation of the

Dayton Peace Agreement, Washington, US General Accounting Office.

General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina

Helsinki Committee for Human Rights in Bosnia and Herzegovina (2001): Analysis of the State of Human Rights in Bosnia and Herzegovina. Analysis for the Period January 2001 – December 2001, 13A/12-2001.

International Crisis Group (1999a): Is Dayton Falling? Bosnia Four Years After The Peace Agreement, ICG Balkans Report No. 42, 9. September 1998, Brussels/Sarajevo,  
<http://www.unhcr.org/refworld/publisher,ICG,.,BIH,3ae6a6ea4,0.html>.

International Crisis Group (1999b): Why will no one invest in Bosnia?, ICG Balkans Report, Nr. 64, 21. April 1999, Sarajevo/Brüssel,

[http://www.crisisgroup.org/library/documents/report\\_archive/A400190\\_21041999.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400190_21041999.pdf).

International Crisis Group (2001): Bosnia's Precarious Economy: Still Not Open for Business, 7. August 2001, ICG Balkans Report N° 115, Sarajevo/Brüssel,

[http://www.crisisgroup.org/library/documents/report\\_archive/A400375\\_07082001.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400375_07082001.pdf).

International Crisis Group (2002a): Reunifying Mostar: Opportunities for Progress, International Crisis Group Balkan Report Nr. 90, Brüssel,

[http://www.crisisgroup.org/library/documents/report\\_archive/A400020\\_19042000.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400020_19042000.pdf).

International Crisis Group (2002b): The Continuing Challenge of Refugee Return in Bosnia & Herzegovina, International Crisis Group Balkan Report Nr. 137, Brüssel,

[http://www.crisisgroup.org/library/documents/report\\_archive/A400847\\_13122002.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400847_13122002.pdf).

International Crisis Group (2002c): Bosnia's Alliance for (Smallish) Change, ICG Balkans Report Nr. 132, Sarajevo/Brüssel,

[http://www.crisisgroup.org/library/documents/report\\_archive/A400725\\_02082002.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400725_02082002.pdf).

International Crisis Group (2003): Bosnia's Nationalist Governments: Paddy Ashdown and the Paradoxes of State Building, ICG Balkan Report Nr. 146, 22. Juli 2003, Sarajevo/Brüssel,

[http://www.crisisgroup.org/library/documents/report\\_archive/A401057\\_22072003.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A401057_22072003.pdf).

International Crisis Group (2009): Bosnia's Incomplete Transition. Between Dayton and Europe, ICG Europe Report Nr. 198, 9. März 2009, Sarajevo/Brüssel,

[http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/balkans/198\\_bosnias\\_incomplete\\_transition\\_between\\_dayton\\_and\\_europe.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/balkans/198_bosnias_incomplete_transition_between_dayton_and_europe.pdf).

OHR (1996): 1<sup>st</sup> Report of the High Representative for Implementation of the Bosnian Peace Agreement to the Secretary-General of the United Nations, 14. März 1996,

[http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content\\_id=3661](http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content_id=3661).

OHR (1997): Special Report No. 348/97 (10.04.1997).

OHR (1999a): High Representative and the OSCE Head of Mission announce the removal from office of various public officials, 29.11.1999, [http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content\\_id=4825](http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content_id=4825).

OHR (1999b): 14<sup>th</sup> Report of the High Representative for Implementation of the Bosnian Peace Agreement to the Secretary-General of the United Nations, 16. Juli 1999, [http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content\\_id=3678](http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content_id=3678).

OHR (1999c): 13<sup>th</sup> Report of the High Representative for Implementation of the Bosnian Peace Agreement to the Secretary-General of the United Nations, 7. Mai 1999, [http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content\\_id=3677](http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content_id=3677).

OHR (2000): 17th Report by the High Representative for Implementation of the Peace Agreement to The Secretary-General of the United Nations (17.10.2000), [http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content\\_id=3659](http://www.ohr.int/other-doc/hr-reports/default.asp?content_id=3659).

OHR (2001): The High Representative's TV Address On Dismissal of Mr Jelavic and three other HDZ Officials, 07.03.2001, [http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content\\_id=4257](http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content_id=4257).

OHR (2002a): Remarks by Principal Deputy HR Donald Hays at the CPIC Press Conference, Office of the High Representative, 5. September 2002, [http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/presssp/default.asp?content\\_id=27865](http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/presssp/default.asp?content_id=27865).

OHR (2002b): Inaugural Speech by Paddy Ashdown, the new High Representative for Bosnia & Herzegovina, 27.05.2002, [http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/presssp/default.asp?content\\_id=8417](http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/presssp/default.asp?content_id=8417).

OHR (2003): One Economic Reform Every Four Days, 19. Mai 2003, [http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content\\_id=29920](http://www.ohr.int/ohr-dept/presso/pressr/default.asp?content_id=29920).

OHR (2009a): Decision banning Zdravko Batinic from holding public and party offices, 07.03.2001, [http://www.ohr.int/decisions/removalsdec/default.asp?content\\_id=324](http://www.ohr.int/decisions/removalsdec/default.asp?content_id=324).

OHR (2009b): High Representative Removes Two Police Officials for Anti-Dayton activities, 08.06.2009, [http://www.ohr.int/ohr-dept/preso/pressr/default.asp?content\\_id=43580](http://www.ohr.int/ohr-dept/preso/pressr/default.asp?content_id=43580).

Peace Implementation Council (1997): Bosnia and Herzegovina 1998: Self-sustaining Structures, 10. Dezember 1997, [http://www.ohr.int/pic/default.asp?content\\_id=5183](http://www.ohr.int/pic/default.asp?content_id=5183).

## **Internetquellen**

HVIDRA Homepage, <http://hvidra.ba>.

SFOR Homepage, <http://www.nato.int/sfor>.

UNPROFOR Homepage, [http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/co\\_mission/unprofor.htm](http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/co_mission/unprofor.htm).

## Abstract

Die Hälfte aller Staaten, die ein Friedensabkommen unterschrieben haben, verfallen wieder in einen Konflikt innerhalb von 5 Jahren. Die so genannten „neuen Kriege“ sind schwer zu befriedigen, da sie günstige Bedingungen für die *Spoilers* und *Spoiling* schaffen. Unter den Begriffen wird folgendes verstanden: Gruppen und Taktiken, die aktiv versuchen, den Friedensprozess zu behindern, aufzuhalten beziehungsweise zu unterminieren. Obwohl nach dem Ende des Kalten Krieges bedeutsame Erfolge im Bereich der Friedensschaffung stattgefunden haben, wurde klar, dass die traditionelle Durchführung des Friedensprozesses in Frage gestellt sein sollte. Anhand des Beispiels des Post-Dayton Bosnien und Herzegowinas wurden die ethno-nationalen Parteien, und besonders die bosnischen Kroaten mit der HDZ und HVIDRA als ihre Vertretung, als Spoilers dargestellt. Darüber hinaus wurden die Strategien der internationalen Gemeinschaft zum Management dieser einer kritischen Betrachtung durchgezogen.

Half of all countries that emerge from war lapse back into violence within five years. The so called “new wars” are hard to end because they create certain conditions that are especially favourable for spoilers and spoiling. Under these terms we come to understand the groups and tactics which actively seek to obstruct, stop or undermine the peace process. Even though the end of the Cold War brought some significant successes in the peacekeeping field, the results of traditional conducting of peace processes need to be questioned and reconsidered. On the basis of the peace process in post-Dayton Bosnia and Herzegovina the ethnic-national parties, especially the Bosnian Croats with the HDZ and the HVIDRA as their representation, were characterized as spoilers. Moreover the strategies of the transnational authority were the subject of criticism.

# Lebenslauf

**Persönliche Daten:**

Barbara Boreta  
Ebendorferstr. 8/642  
1010 Wien  
Emailadresse: barbaraboreta@gmail.com  
geb. 09.07.1985, Warschau, Polen

**Ausbildung:**

09/08 – 02/09	Erasmus Stipendium, Università degli Studi di Roma “La Sapienza”, Rom, Italien
03/05 – 12/09	Politikwissenschaft, Universität Wien, Österreich
10/04 – 02/05	European Studies, Universität Warschau, Polen
09/99 – 06/04	J. Kochanowski Lyzeum, Radom, Polen Bilinguale Klasse, Abitur

**Berufserfahrung:**

08/08	Office of the Committee for European Integration, National Aid Coordinator Department (Praktikum)
05/08 – 07/08	United Nations Office on Drugs and Crime, Advocacy Section (Praktikum)
02/08	Botschaft der Republik Polen in Österreich (Praktikum)
09/07	Polish Forum of Young Diplomats (Praktikum), Warschau, Polen
08/07	Casmir Pulaski Foundation (Praktikum), Warschau, Polen

**Sprachen:**

Polnisch – Muttersprache; Deutsch – fließend; Englisch – fließend; Italienisch – gut; Spanisch – gut